

0400 B

An die
Vorsitzende des Hauptausschusses
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über
Senatskanzlei – G Sen –

Umsetzungsbericht EGovG Bln (betr.: Auflage B.29 zum Haushalt 2022/2023)

rote Nummer/n: 0400 A

Vorgang: 14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23.06.2022 (Drs. 19/0400)

Ansätze: entfällt

Gesamtausgaben: entfällt

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen (Auflage B.29):

Der Senat wird aufgefordert, den für Digitalisierung zuständigen Ausschüssen über die im Haushalt niedergelegten Maßnahmen der digitalen Modernisierung des Landes Berlin in einem „Umsetzungsbericht E-Government-Gesetz Berlin“ jährlich, erstmals zum 1. März 2023 mit Stichtag 31. Dezember des Vorjahres, Bericht zu erstatten.

Darüber hinaus soll der Senat mit einem Abschnitt IKT-Zukunftsbericht einen Ausblick auf die Herausforderungen auf dem Weg in die Digitale Verwaltung, Trends aus dem IKT-Planungsrat

und die Umsetzung des OZG geben. Dieser IKT-Zukunftsbericht soll unter anderem die Entwicklung der Open-Source-Nutzung, digitale Souveränität sowie nachhaltige und sozialverträgliche Beschaffung der Berliner IT-Hardware umfassen.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis.

Hierzu wird berichtet:

Der Senat war gemäß Auflagenbeschluss B.30 zum Haushalt 21/22 aufgefordert jährlich einen Bericht zur Umsetzung des EGovG Bln jeweils zum 30.6. des Jahres vorzulegen. Für das Jahr 2022 ist dies nicht erfolgt und der HA wurde zuletzt mit Rote Nr. 0400A um Fristverlängerung zum 01.3.23 gebeten. Mit dieser Fristverlängerung war verbunden die Bitte an den Hauptausschuss, auf die Berichterstattung nach der alten Auflage zum Haushaltsgesetz zu verzichten und fristgemäß zum 01.3.23 nach der Auflage B.29 zum HH-Plan 22/23 zu berichten.

Der Hauptausschuss hat Fristverlängerung bis 31.1.23 gewährt. Eine vollständige Aufbereitung des neuen Berichtsformats zu diesem Stichtag ist allerdings nicht möglich. Daher wird mit dem beigefügten Umsetzungsbericht EGovG Bln zum Stand 31.10.2022 ein Zwischenbericht vorgelegt. Der Bericht zum greift gleichwohl strukturell die künftige Berichtsstruktur auf, die zur Befolgung des Auflagenbeschlusses B.29 zum Haushalt 22/23 angewendet werden soll.

Die Berichterstattung zum Umsetzungsbericht EGovG Bln mit Stand 31.12.2022 wird fristgerecht zum 01.03.2023 durch den Senat erfolgen.

In Vertretung

Dr. Ralf Kleindiek

Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport

3. Umsetzungsbericht EGovG Bln

- Zum Stichtag 31.10.2022 -



Inhalt

1	Einleitung.....	2
2	Inhaltsteil Umsetzungsbericht.....	7
2.1	Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Zentrale Maßnahmen und Projekte	7
2.1.1	Kernthemen der Regierung	7
2.1.2	Maßnahmen aus den Richtlinien der Regierungspolitik	25
2.1.3	Weitere Maßnahmen, darunter Linienaufgaben	49
2.1.4	IKT-Basisdienste	65
2.2	Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung.....	83
2.2.1	Vorhaben der Ressorts	83
2.2.2	OZG Leistungen der Ressorts	113
2.2.3	Fachverfahren der Berliner Verwaltung: Bestand*	122
2.3	Kooperation Berlin-Brandenburg	140
3	Inhaltsteil IKT-Zukunftsbericht.....	141
3.1	Zentrale Maßnahmen.....	141
3.1.1	Trends aus dem IT-PLR/der föderalen Zusammenarbeit	141
3.1.2	Umsetzung OZG / Registermodernisierung.....	142
3.1.3	Digitale Souveränität.....	143
3.1.4	Datenmanagement/Open Data/Datahub	144
3.1.5	Nachhaltige und sozialverträgliche Beschaffung der Berliner IT-Hardware.....	145
3.1.6	KI.....	146
3.1.7	Digitaler Zwilling.....	147
3.1.8	Zusammenarbeit mit GovTechCampus, CityLAB.....	148
3.2	Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung	149

1 Einleitung

Im Jahr 2022 waren seitens der Verwaltung erneut außerordentliche Herausforderungen bedingt durch die Folgen des Krieges in der Ukraine und der weiterhin gegebenen Pandemiesituation zu bewältigen.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben bundesweit gezeigt, welche großen Herausforderungen auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung vor uns liegen. Zunehmend spürt der Staat einen Druck von Seiten der Bürgerinnen und Bürger: sie sind aus dem Alltag gewohnt, mit wenigen Klicks Leistungen online zu bezahlen, Services zu beantragen und sich Gegenstände liefern zu lassen.

Das Land Berlin ist sich dessen bewusst und hat die vergangenen Monate genutzt, um eine Vielzahl von Digitalisierungsthemen zu bewegen und weitere darüber hinaus neu anzustoßen. Es kann daher resümiert werden, dass sich in Berlin gerade auf dem Gebiet der Verwaltungsmodernisierung viel mehr getan hat als nur bloße „Pandemiebewältigung“.

Die Richtlinien der Regierungspolitik für die 19. Wahlperiode weisen die Digitalisierung als einen Schwerpunkt der Arbeit des Senats aus. Erstmals wurde die Position eines Chief Digital Officers (CDO) als Staatssekretär Digitalisierung eingerichtet. Diese Aufgabenstellung wird durch Herrn Dr. Ralf Kleindiek wahrgenommen, der sowohl in der Senatskanzlei wie in der für Digitalisierung zuständigen Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport angesiedelt ist.

Im ersten Quartal 2022 erfolgte die Identifizierung zentraler Kernthemen zur Digitalisierung, die seitens des CDO besonders fokussiert werden. Diese sollen die Berliner Verwaltung in eine verbesserte Position bringen; eine Position, aus der heraus es möglich ist, solide und kundenorientierte Arbeit zu leisten und innerhalb der kommenden Jahre einen messbaren Sprung auf dem Feld der Verwaltungsmodernisierung zu machen. Synergieeffekte, Bürger:innenorientierung und konkrete Modernisierung der Infrastruktur wie auch der Arbeitsumgebung der Verwaltungsmitarbeitenden werden durch die Umsetzung dieser Kernthemen maßgeblich adressiert.

Ein hoch priorisiertes Thema ist die Beschleunigung des Rollouts der Digitalen Akte. Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport und das Bezirksamt Mitte wurden bereits an das neue System angeschlossen. Sie befinden sich im Probe-Echtbetrieb. Schulungsprogramme sowie Multiplizierende für das Streuen von Wissen neben einem kontinuierlich parallel angebotenen Sprechstunden-Format stellen eine Akzeptanz sicher. Zur Verbesserung der Arbeit in der Verwaltung sollen alle Behörden bis 2024 die Papierakte durch die digitale Akte ablösen.

Im Rahmen der von zentraler Stelle aus gesteuerten Entwicklungen zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden eine Reihe von Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Arbeitsfähigkeit der Berliner Verwaltung auch unter geänderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Die mit dem „Notebook-Sonderprogramm“ im Jahr 2021 initiierten und umgesetzten Maßnahmen werden verstetigt und im Rahmen der Ausformulierung der „One-Device-Strategie“ (ODS) weiter vorangetrieben. Diese Maßnahme folgt dem Trend hin zur stärkeren Flexibilisierung der Arbeit (insbesondere bezüglich der Möglichkeiten zur Arbeit im Home-Office).

Ferner hat die SenInnDS die Beschleunigung und Steigerung der Verbindlichkeit für die Zentralisierung des IKT-Betriebes zum ITDZ Berlin angestoßen. Der Senat hat dazu einen ersten Beschluss gefasst. Zielsetzung ist es, den Planungsprozess für die beschleunigte Zentralisierung des IKT-Betriebes zum ITDZ Berlin konkret einzuleiten und die gemeinsame Priorisierung des Handlungsauftrages durch einen politischen Schulterschluss zwischen allen Ressorts sicherzustellen.

Die Weiterentwicklung des ITDZ als der zentrale IKT-Landesdienstleister des Landes Berlin ist ebenfalls eines der Kernthemen des CDO. Schwerpunkte hier sind Fragestellungen der Steigerung der Kund:innenfreundlichkeit, dauerhafte und verlässliche Absicherung der finanziellen Ausstattung des ITDZ (Finanzierungsmodell) sowie die Prüfung möglicher rechtlicher Anpassungen zu weiteren Rahmenbedingungen des ITDZ Berlin.

Neben den oben genannten Themen zur strukturellen Modernisierung wird auch die Inhaltsseite mit Bürger:innenbezug bei der Priorisierung miteinbezogen. Zu den Kernthemen gehört so jenes Ziel, das den Alltag der Berlinerinnen und Berliner positiv beeinflussen soll: Innerhalb von 14 Tagen soll künftig jede und jeder von ihnen ganzjährig einen Termin beim Bürgeramt wahrnehmen können. Auch wenn hier die organisatorische Seite jene des Digitalisierungsanteils überwiegt, so steht es dennoch außer Frage, dass ein derlei angepasstes Angebot in Richtung der Bürger:innen auf lange Sicht durch einen Strauß von Online-Services gestützt werden muss. Berlin ist ein **funktionierender und moderner Dienstleister**, das zeigt sich bei der Verbesserung von **Terminbuchungsmöglichkeiten**.

Die SenInnDS Abteilungen V und VI bringen in dieser Legislatur vermehrt jene Steuerungsthemen voran, die ebenfalls außerhalb Deutschlands - und das zu Recht - mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden. Als Teil des übergreifenden Bogens „Digitale Souveränität“ wurde festgelegt, dass in 2023 eine Open-Source-Strategie mit Open-Source-Kompetenzzentrum in Berlin verwaltungsseitig eingerichtet wird. Aus der SenWiEnBe wird die Aufgabenstellung „Open-Data“ zum CDO in die SenInnDS verlagert. Die vermehrte Aufmerksamkeit für das Thema wird dem Open-Data-Portal auf absehbare

Zeit zu Gute kommen – und damit der Wirtschaft, der Verwaltung wie auch der Wissenschaft und Forschung Berlins. Die Hauptstadt sitzt bekanntlich auf Datenschätzen, die es zu heben gilt.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine setzt sich fort und beschäftigt Berlin. Nicht nur liegt Deutschland im Einflussbereich Russlands, sondern ist auch im Kontext dieses Berichts zu betonen, dass Berlin eine der bevorzugt gewählten Zieldestinationen für Geflüchtete ist. Sehr schnell haben das Landesamt für Einwanderung und die Innenverwaltung auf die einsetzende und anhaltende Flüchtlingsbewegung reagiert und entsprechende Online-Angebote für diese Zielgruppe in mehreren Sprachen entwickelt.

Die Senatskanzlei mit ihrer Stabsstelle GD:B arbeitet am Strategiepapier „Gemeinsam Digital: Berlin“. Sie geben damit den Akteurinnen und Akteuren der Berliner Verwaltung unter anderem Werkzeuge an die Hand, die bei Umsetzungsprojekten unterstützend wirken. In der Stabsstelle GD:B sind der Arbeitsbereich Smart-City wie auch die Digitalisierungsstrategie (vormals verortet bei SenWiEnBe) aufgegangen. Die Verwaltungsmodernisierung als Strategiekomponente findet sich durch einen engen Austausch mit der IKT-Steuerung in der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport repräsentiert. Auf diese Weise sind die „großen“ Steuerungsbestandteile der Berliner Digitalisierung erstmals zentral gebündelt vorzufinden.

Eine Konsolidierung der neuen Rolle des CDO in Berlin ist gelungen. Der CDO hat durch einen regen Austausch mit Akteuren der Verwaltung, der Wirtschaft, Tech-Communities sowie der Kulturschaffenden und Ehrenamtlichen gezeigt, worum es bei dem von ihm verantworteten Kompetenzbündel geht.

Nach wie vor besitzt Berlin eine besondere Anziehungskraft für all jene, deren Aufgabengebiete mehr oder minder von der Digitalisierung geprägt sind. So fand u.a. auch die Veranstaltung re:publica wieder in Präsenz statt (diesmal mit Stand der Senatskanzlei zu „Gemeinsam Digital: Berlin“), oder die Smart Country Convention, die auch für den Dialog und die Reflexion mit der Zivilgesellschaft genutzt wurden.

In der Öffentlichkeit, u.a. in Form von Statements zahlreicher Analyst:innen und von Mandats- und Amtsträger:innen, wurde zuletzt und mit Blick auf die vergangenen Jahre oft das Fazit gezogen, dass wir uns in einem Modus der andauernden Krisen befänden. Diese Einschätzung wird von der IKT-Steuerung des Landes Berlin geteilt. So ist eine Priorisierung von Themen der Digitalisierung in einer hochkomplexen Welt weder immer einfach, noch gibt es eine Garantie, dass die vorgenommene Bewertung nicht im selben Jahr noch umgeworfen werden muss. Wir erleben das beispielsweise bei den Lieferketten. Ebenso sorgt eine geopolitisch sehr unsichere Zeit dafür, dass eine Stärkung der IKT-Sicherheit mit zur obersten Priorität gehören muss. In ähnlichem oder selbem Maße wie

die Leistungsangebote hinsichtlich der Linderung der Geflüchteten-Anliegen, Stichwort „Ukraine“, ist kaum absehbar, inwiefern in naher Zukunft Online-Services geschaffen werden müssen, um eine Inflationskrise zu bewältigen – geschweige denn von erneuten Pandemiebewältigungsmaßnahmen mit einem zu befürchtenden Wiedereinsetzen von Corona-Erkrankungswellen.

Angesichts der hohen Dynamik im Politikfeld Digitalisierung sind die Berliner Verantwortlichen durch die gute Arbeit der Mitarbeitenden in jüngster Zeit von negativen Ausschlägen weitgehend verschont geblieben. Die vergangenen Jahre haben die Resilienz in der IKT Berlins steigen lassen.

Zum positiven Resümee der Digitalisierungsanstrengungen gehören u.a. folgende weitere Themenstellungen:

- Nutzerfreundliche, wiedererkennbare **Online-Anträge** mit Assistenten-Funktion.
- **Service-Portal Berlin**: Zentrales Portal für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Alle Dienstleistungen der Berliner Verwaltung sind an einer Stelle gebündelt und viele Verfahren online durchführbar.
- Mit den **IKT-Fachverfahren unterstützen** wir Mitarbeitende der Fachverwaltungen und Bezirke. Das kommt den Bürger:innen und der Berliner Wirtschaft zu Gute.
- Das **Digitalisierungs-Dashboard** und die damit verbundenen Standards schaffen Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung.
- Berlin bietet eine **digitale und transparente Verwaltung**: Bürgerinnen und Bürger können online u.a. ihren Wohnsitz anmelden, einen Bewohnerparkausweis beantragen oder ihre Meldebescheinigung digital ausgestellt bekommen.

Die im Bericht genannten Maßnahmen werden aus den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln finanziert. Mit den in Aussicht gestellten Planungsvorhaben sind keine konkreten Finanzierungszusagen verbunden.

Zur Struktur dieses Berichts

Der Bericht ist untergliedert in die zentralen Digitalisierungsvorhaben und -maßnahmen sowie auf der anderen Seite die dezentrale Digitalisierung, die in separater Politikfeld- bzw. Ressortverantwortung erfolgt und in den nachgeordneten Behörden (Sonderbehörden).

Eingangs wird auf die o.g. Kernthemen eingegangen, die seitens der SenInnDS als besonders hoch priorisiert zu betrachten sind.

In einem weiteren Teil sind diese Projekte und Maßnahmen geführt, die den Richtlinien der Regierungspolitik entstammen und daher ebenfalls eine erhöhte Aufmerksamkeit genießen.

Danach folgen die weiteren Maßnahmen, darunter auch jene, die von SenInnDS als Linienaufgaben wahrgenommen werden. Dabei ist anzumerken, dass alle IKT-Basisdienste unter der nachfolgenden Überschrift gelistet sind - mit Ausnahme jener Aufgaben, die aktuell unter die Kernthemen oder Aufgaben gemäß Richtlinien der Regierungspolitik zu verstehen sind.

Im Teil der dezentralen Digitalisierungsvorhaben finden Sie einen Überblick zu a) den Vorhaben der Ressorts, b) den OZG-Leistungen der Ressorts sowie c) den Fachverfahren der Berliner Verwaltung.

Abgerundet wird der Inhaltsteil zum Umsetzungsbericht von einer Schilderung der Brandenburg-Berliner Kooperation zu digitalpolitischen Themen.

Als Teil des Berichtsauftrags gilt auch der IKT-Zukunftsbericht. Hier wird ebenfalls in eine Beschreibung von zu erwartenden Entwicklungen bezüglich der zentralen und nicht-zentralen Maßnahmen getrennt.

Zum Gutachten „Evaluation des Berliner E-Government-Gesetz“

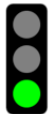
Externe Gutachterinnen und Gutachter haben 2021 eine Evaluation des Berliner E-Government-Gesetz vorgenommen. Die erfolgte in Einklang mit § 26 EGovG Bln, der besagt, dass der Senat das Gesetz zu evaluieren hat und dem Abgeordnetenhaus vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes einen Erfahrungsbericht vorlegt. Unter Zustimmung des Hauptausschusses hat die Senatsverwaltung für Inneres und Sport (heute: Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport) einen Schlussbericht mit dessen Anlage in Form eines extern erstatteten Gutachtens vom Mai 2021 „Evaluation des Berliner E-Government-Gesetz“ zur Kenntnis vorgelegt.

2 Inhaltsteil Umsetzungsbericht

2.1 Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Zentrale Maßnahmen und Projekte

2.1.1 Kernthemen der Regierung

2.1.1.1 Digitalisierung Ämter für Bürgerdienste

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Programm Digitalisierung Ämter für Bürgerdienste „DigiBüD“	Ziel von DigiBüD ist die digitale Bereitstellung von Dienstleistungen der Ämter für Bürgerdienste. Projekte im Rahmen des Programmes zahlen auf das 14-Tage-Ziel der Bürgerämter ein und bewirken immer eine Serviceverbesserung für Bürgerinnen und Bürger.	Programmhandbuch ist erstellt Q4 2022	
Programm Digitalisierung Ämter für Bürgerdienste „DigiBüD“	Potentiale sowie Prioritäten zur Digitalisierung der 384 validierten Leistungen sind ermittelt und festgelegt. Die Arbeit der Programmgruppen ist aufgenommen.	Digitalisierungspotential erhoben und Prioritäten festgelegt Q1 2023	
Projekt elektronische Wohnsitzanmeldung Berlin „eWA Berlin“	Ziel des Projektes ist die Implementierung des Online-Dienstes elektronische Wohnsitzanmeldung in verschiedenen Ausbaustufen.	Start des Onlinedienstes Q2 2023	
Projekt Digitale Meldebescheinigung „DigiMeld“	Ziel des Projektes ist die Implementierung des Online-Dienstes Digitale Meldebescheinigung und bundesweite Bereitstellung als nachnutzbare EfA-Leistung.	Implementierung erste Ausbaustufe in Berlin Q 2 2023	

Projekt	Ziel des Projektes ist die	Start des Projektes	
Digitalisierung	Nachnutzung und	Q 1 2022	
Standesämter	Implementierung von EfA-Dienstleistungen im Bereich Personenstandswesen		

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
0500/54003	253.837 €	250.000 €
2500/54003	125.000 €	175.000 €
2500/N.N.	Konjunkturmittel BMI	Beantragt 800.000 € Landesmittel

A) Entwicklung und Status

Gemäß den Richtlinien der Regierungspolitik hat die Digitalisierung von Bürgerdienstleistungen oberste Priorität. Die Ämter für Bürgerdienste erbringen eine Vielzahl an Bürgerdienstleistungen. Es bedarf einer einheitlichen Strategie zur Digitalisierung der Dienstleistungen in den Ämtern für Bürgerdienste, um unterschiedlichste Rahmenbedingungen in den Bezirken, fachgesetzlicher Vorgaben (OZG, EGovG Bln, SDGVO), Erwartungen der Nutzenden, Erwartungen der Sachbearbeitenden sowie Soll-Fallzahlen zu vereinen und um geplant und mit einer sinnvollen Priorisierung die Herausforderung anzugehen. Im Jahr 2022 wird die Konzeption des Programms in Form eines Programmhandbuchs abgeschlossen. Ebenso sind die im Programm einzeln umzusetzenden 384 Leistungen auf der Grundlage des Digitalisierungs-Dashboards identifiziert sowie deren Digitalisierungspotential erhoben.

Die unter dem Programmschirm DigiBüD laufenden Projekte haben stets die Zielsetzung der Unterstützung der digitalen Transformation der Ämter für Bürgerdienste. Sie zahlen auf das 14-Tage-Ziel der Bürgerämter ein und erzielen eine Außenwirkung – sichtbar für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Einrichtungen. Aktuell laufende Projekte des Programmes DigiBüD sind das EfA-Nachnutzungsprojekt elektronische Wohnsitzmeldung „eWA Berlin“ und das EfA-Umsetzungsprojekt Digitale Meldebescheinigung. „DigiMeld“

B) Planung für 2023

In 2023 wird die Arbeit in den Programmkommissionen aufgenommen. Projekte werden nach Prioritäten gestartet und Managementbausteine (Controlling und Reporting) implementiert.

Die Projekte ProDigiMeld und eWA Berlin werden fortgeführt mit dem Ziel der erfolgreichen Implementierung der ersten Ausbaustufen in 2023.

Für die Digitalisierung der Dienstleistungen in den Standesämtern wird das Projekt Digitalisierung Standesämter konzeptioniert. Es nimmt in Q 1/2023 die Arbeit auf. Zielsetzung ist die Nachnutzung von mindestens drei EfA-Dienstleistungen (Anmeldung Eheschließung, Anzeige Geburt und Anzeige Sterbefall).

C) Ausblick 2024/25

In 2024/25 ist das Programm DigiBüD etabliert und wird fortgeführt. Dienstleistungen aus der Vorhabenliste (Digitalisierungs-Dashboard) werden entsprechend der gesetzten Prioritäten als Online-Dienste entwickelt und bereitgestellt.

2.1.1.2 Beschleunigung OneIT@BERLIN

Kernprojekt: Beschleunigung OneIT@Berlin (ehemals IT-Migrationsprogramm)

Status



Kurzbeschreibung & Ziele

Ziel des Programms OneIT@Berlin ist es, den Betrieb der verfahrensunabhängigen IKT und der IKT-Basisdienste an das ITDZ Berlin zu überführen. Die Richtlinien der Regierungspolitik sehen eine **Beschleunigung der Zentralisierung** vor. Zur Sicherstellung und Beschleunigung der Zentralisierung wurden die bestehenden Hindernisse analysiert und **Maßnahmen für einen Senatsbeschluss** formuliert.

Risiken

- Die Motivation der Behörden, den IT-Betrieb an das ITDZ Berlin abzugeben, ist zum Teil begrenzt.
- Die Lieferfähigkeit des ITDZ Berlin als zentraler Dienstleister ist nicht sichergestellt.
- Die Herstellung der Migrationsreadiness ist zeit- und kostenintensiv und kann zu Verzögerungen führen.



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51113	1.000.000 €	1.000.000 €
2500/51160	17.800.000 €	19.675.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Senat von Berlin hat am 30.08.2022 die von der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport mit Senatsvorlage Nr. S-641/2022 vorgelegten Festlegungen zur Beschleunigung und Steigerung der Verbindlichkeit für die Zentralisierung des IKT-Betriebes zum ITDZ Berlin beschlossen. Dieser Senatsbeschluss hat zum Ziel, den Planungsprozess für die beschleunigte Zentralisierung des IKT-Betriebes zum ITDZ Berlin einzuleiten und die gemeinsame Priorisierung des Handlungsauftrages durch einen politischen Schulterschluss zwischen allen Ressorts sicherzustellen.

Mit einem zweiten Senatsbeschluss soll der Auftrag zur Festlegung einer Planung und die Darstellung der finanziellen Auswirkungen des Vorhabens der beschleunigten IKT-Zentralisierung umgesetzt werden.

Zur Erstellung einer Planung wurden durch das ITDZ Berlin Ist-Erhebungen in den Senatsverwaltungen (Stammhäuser inkl. Außenstellen) als Voraussetzung für die Analyse und Planung der Zentralisierung durchgeführt, sowie die bereits bestehenden Behördenprojekte im Programm OneIT@Berlin fortlaufend geplant.

Die Ergebnisse der Ist-Erhebungen wurden allen Senatsverwaltungen im November 2022 übermittelt. Im Zuge der Präsentation wurde der Umsetzungsplan vorgestellt und die daraus resultierenden Aufgaben und Herausforderungen abgestimmt.

B) Planung für 2023

Anfang 2023 soll die 2. Senatsvorlage zur Festlegung einer Planung in den Senat eingebracht werden.

Mit Beschluss der dargestellten Planung und den aufgezeigten finanziellen Auswirkungen sollen die Senatsverwaltungen in das Programm OneIT@Berlin aufgenommen werden. Die erarbeitete Grobzeitplanung wird gemeinsam mit dem ITDZ Berlin und der Behörde ausgearbeitet und konkretisiert.

Parallel werden die bestehenden Behördenprojekte umgesetzt.

C) Ausblick 2024/25

Die Planung sieht vor, die Zentralisierung der IKT-Arbeitsplätze zum ITDZ Berlin in dieser Legislatur so zu beschleunigen, dass an deren Ende mindestens 15.000 Arbeitsplätze nach den Standards der IKT-Architektur in der unmittelbaren Betriebsverantwortung des ITDZ Berlin stehen. Die Senatsverwaltungen (Stammhäuser inkl. Außenstellen) und die IKT-Steuerung wirken gemeinsam darauf hin, bis zum 31.12.2024 die Zentralisierung der verfahrensunabhängigen IKT zum ITDZ Berlin abzuschließen.

2.1.1.3 Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte / Digitaler Posteingang

Kernprojekt:

Einführung des IKT-Basisdienstes „Digitale Akte“ / „Digitaler Posteingang“

Status



Kurzbeschreibung & Ziele

Der IKT-Basisdienst **Digitale Akte** stellt allen Berliner Behörden ein Werkzeug zur Verfügung, um Akten und Geschäftsgänge digital durchzuführen. Durch den IKT-Basisdienst können Behörden interne Abläufe durchgängig elektronisch vornehmen. Voraussetzung im Zusammenhang mit der Einführung der Digitalen Akte sind Maßnahmen zur **Digitalisierung des Posteingangs**. Die Behörden werden in die Lage versetzt, die täglich eingehende Papierpost zu digitalisieren.

Risiken

- Stabile SW-Versionen von nscale
- Herstellung der E-Akte Ready-Fähigkeit in den einzelnen Behörden als Grundlage für den technischen Rollout
- fehlende Akzeptanz
- Fehlendes Active Directory / Alternativen

Bereitstellung IKT Basisdienst Digitale Akte in 2022, Digitaler Posteingang: Bereitstellung in Anlehnung am Rolloutplan der Digitalen Akte

Anbindung von insgesamt 25 Behörden 2023

Nutzung des IKT-Basisdienstes in allen Behörden samt digitalem Posteingang 2024

Kapitel/Titel DiA	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51163	31.440.000 €	35.050.000 €
2500/81263	990.000 €	800.000 €

Kapitel/Titel DiP im SIWA	Ansatz 2022 (übertragbar)
9810/82038	3.566.471 €

A) Entwicklung und Status

Der IKT-Basisdienst Digitale Akte (DiA) wurde auf der Basis der Standardsoftware nscale aufgebaut und steht der Berliner Verwaltung zur technischen Nutzung zur Verfügung. Der Betrieb der PaaS-Plattform und des Dienstes erfolgen im ITDZ Berlin.

Parallel ist die Verwaltung auf die Nutzung durch hausinterne Vorprojekte (eAkte Ready), Schulungen und Maßnahmen des Akzeptanzmanagements vorzubereiten bzw. einzustimmen.

Voraussetzung für die Nutzung des IKT-Basisdienstes ist die technische Anbindung der Behörde an den im ITDZ betriebenen Mandanten. Das Ziel für 2022 ist es, insgesamt 15 Behörden technisch anzubinden. Dieses Ziel wird erreicht bzw. knapp unterschritten. Zwei Behörden befinden sich – wie geplant – im Probe-Echtbetrieb.

Aktuell zeigt sich, dass der Funktionsumfang des IKT-Basisdienstes noch nicht zu allen Anforderungen der Behörden passt. Es erfolgt eine kontinuierliche Schließung dieser

Lücke. Weiterhin ist die Auslastung von Ressourcen bei allen beteiligten Dienstleistenden hoch.

Für die Realisierung des Digitalen Posteingangs wurde im Land Berlin ein Rahmenvertrag für Scanner und einer Client-Scan-Software etabliert. Die Poststellen der Senatsverwaltungen, nachgeordneten Einrichtungen und der Bezirksämter werden sukzessive mit dieser Scan-Technik ausgestattet. Die Erstausrüstung - bis zu drei Scannern - wird zentral durch SenInnDS finanziert. Für die Reihenfolge ist der Rollout-Plan der Digitalen Akte maßgeblich.

Darüber hinaus werden standardisierte Prozesse für die Vorbereitung, Digitalisierung und Verteilung der digitalisierten Papierposteingänge entwickelt. Hierfür werden die Software Fujitsu PaperStream Capture Pro und Komponenten der DiA eingesetzt.

B) Planung für 2023

Für 2023 ist die Anbindung von insgesamt 25 Behörden an den IKT-Basisdienst DiA und damit auch an den Digitalen Posteingang vorgesehen.

Für alle startenden Behörden werden Schulungen und Maßnahmen zum Akzeptanzmanagement angeboten.

Weiterhin ist der Rollout der bereits angebundenen Behörden in deren eigener Verantwortung zu planen und umzusetzen.

C) Ausblick 2024/25

Gemäß EGovG Bln §7 führt die Berliner Verwaltung ihre Akten spätestens ab dem 1. Januar 2025 elektronisch. Hierfür stellt die IKT-Steuerung einen landeseinheitlichen IKT-Basisdienst „Digitale Akte“ (DiA) bereit. Im Zeitraum 2024/25 erfolgt die technische Anbindung der noch verbliebenen Behörden sowie die Unterstützung der dieser durch Schulungsmaßnahmen. Die Aktivitäten zum Digitalen Posteingang ordnen sich nahtlos in die geplanten DiA-Aktivitäten ein.

2.1.1.4 Weiterentwicklung des ITDZ

Die wichtigsten Themen der **Verwaltungsdigitalisierung (V B)** SenInnDS

Kernprojekt: ITDZ Berlin a) „Weiterentwicklung“

Status



Kurzbeschreibung & Ziele

Die Richtlinien der Regierungspolitik sehen den **strukturellen Umbau des ITDZ sowie die Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit** und den kulturellen Wandel zu einem kundenorientierten Dienstleister vor. Zu diesem Zweck **soll das ITDZ-Gesetz novelliert werden**.

Risiken

- Personalsensibles Vorgehen notwendig
- Unterschiedliche Interessen der Stakeholder
- Begrenzter Leistungszeitraum der Organisationsberatung
- Etablierung der Ergebnisse in 2023



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51160	540.000 €	80.000 €

A) Entwicklung und Status

Zur Erfüllung der regierungspolitischen Ziele des strukturellen Umbaus, der Leistungserhöhung und des kulturellen Wandels zu einem kundenorientierten Dienstleister, plant SenInnDS die Beauftragung einer Organisationsberatung.

Die Ausschreibung für die Organisationsberatung wurde am 16.10.2022 veröffentlicht. Parallel zur Ausschreibung wurde zu diesem Zweck ein Projektmanagement nebst Projektauftrag aufgesetzt, welches u.a. ein Projektteam (SenInnDS und ITDZ), das Funktionale Team (externe Beratung), eine Abstimminstanz (SenInnDS und ITDZ), einen Lenkungsausschuss (ITDZ Vorstand und SenInnDS AbtL V) und die Projektspensoren auf Staatssekretärssebene vorsieht. Nach erfolgten Nachverhandlungen mit dem Anbieter erfolgt der Zuschlag und der Leistungszeitraum für die Organisationsberatung ist für das 1. und 2. Quartal 2023 festgelegt.

Ziel ist die Erstellung eines Geschäftsverteilungskonzeptes und Handlungsempfehlungen für die strategische Steuerung.

B) Planung für 2023

Für 2023 sind die Durchführung der Organisationsberatung sowie erste Umsetzungsschritte aus den Ergebnissen geplant.

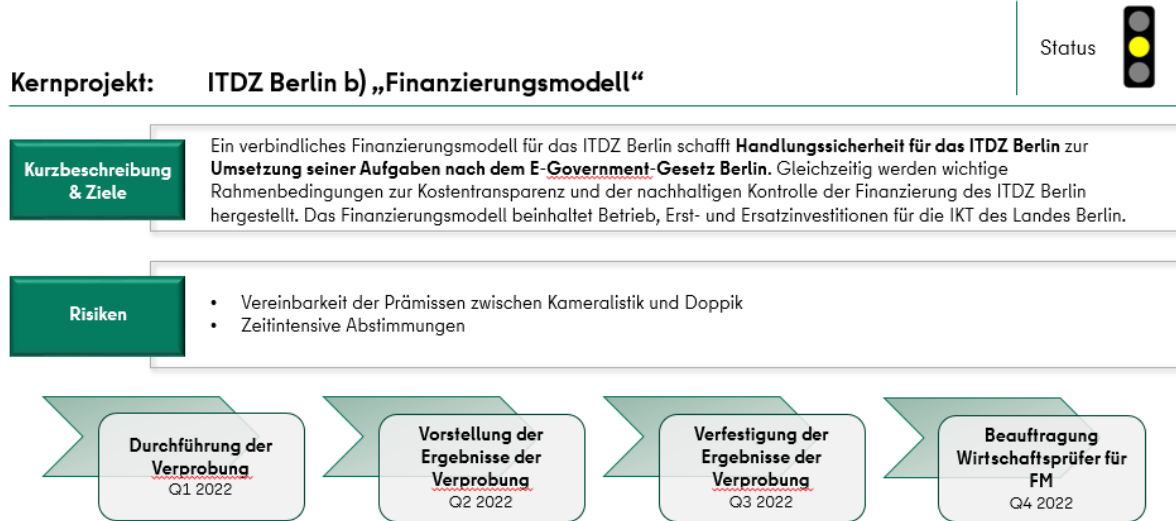
C) Ausblick 2024/25

Langfristig ist es das (regierungspolitische) Ziel, das ITDZ nachhaltig strukturell umzubauen. Das Geschäftsverteilungskonzept soll hierfür die Grundlage bilden und in 2024/25 zur Anwendung kommen. Die hierfür notwendigen Umsetzungsschritte und die Dauer werden im Zuge der Organisationsberatung festgelegt.

2.1.1.5 Finanzierungsmodell des ITDZ Berlin

Die wichtigsten Themen der **Verwaltungsdigitalisierung (V B)**

SenInnDS



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Das ITDZ Berlin ist IT-Dienstleister des Landes Berlin und nach § 24 Abs. 2 EGovG Bln soll es allen Behörden und Einrichtungen der Berliner Verwaltung die verfahrensunabhängige IKT sowie IT-Basisdienste zur Verfügung stellen und die Behörden bei der laufenden Anpassung der IT-Verfahren an die Basisdienste unterstützen sowie die dafür notwendige Infrastruktur betreiben.

Nach § 8 Gesetz über die Anstalt des öffentlichen Rechts IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ-Gesetz) ist das ITDZ nach kaufmännischen Grundsätzen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes zu führen. In diesem Lichte und im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung des ITDZ Berlin als kommunales Unternehmen ist eine Etablierung eines nachhaltigen Finanzierungsmodells erforderlich.

Im Verwaltungsrat des ITDZ wurde das erarbeitete Finanzierungsmodell mit Stand 18.08.2021 zur Kenntnis genommen und das ITDZ damit beauftragt, die Festlegungen des Finanzierungsmodells einer Verprobung (Prüfung auf Anwendbarkeit) zuzuführen. Die Ergebnisse wurden im Verwaltungsrat im März 2022 besprochen. Das vorgelegte Finanzierungsmodell soll für das ITDZ-Berlin eine abschließende Planungssicherheit herstellen, mit Blick auf die Finanzierungen zur Erst-, Ersatzbeschaffungen, der Ausgleich von Verlustgeschäften und die Finanzierung von Betriebskosten.

Für einen rechtssicheren Abschluss ist das derzeit erarbeitete Finanzierungsmodell nebst den ersten Erkenntnissen aus der Verprobung einem Wirtschaftsprüfer zur Bewertung vorzulegen.

Die Beauftragung soll in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Finanzen noch in 2022 erfolgen.

B) Planung für 2023

Die Überprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer wird noch im kommenden Jahr fortgeführt werden.

Vor einer abschließenden Festlegung und Verbindlichmachung des Finanzierungsmodells werden nach der Bewertung und Überprüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gegebenenfalls weitere Abstimmungen mit den Interessenvertretern erforderlich, um die Nachhaltigkeit der Finanzierung sicherzustellen.

C) Ausblick 2024/25

Etablierung einer nachhaltigen, planbaren Finanzierung für den IT-Dienstleister des Landes Berlin verbunden mit einer transparenten Preispolitik.

2.1.1.6 One-Device-Strategie – „Berlin PC“

Kernprojekt: One-Device-Strategie „Berlin PC“

Status



Kurzbeschreibung & Ziele

Bis Ende 2022 wird in der IKT-Steuerung mit Unterstützung der „Fokusgruppe Ein-Gerät-Strategie (FEGS)“ die One-Device Strategie für das Land Berlin weiter ausgearbeitet, um die erforderlichen strategischen Vorgaben für die IKT-Architektur des Landes Berlin dauerhaft festzulegen. Der **Berlin-PC mobil soll dauerhaft als Standard-Arbeitsplatz** auf Grundlage der ausformulierten One-Device-Strategie in der Berliner Verwaltung etabliert werden.

Risiken

./.



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/54803	2.000.000 €	2.000.000 €

A) Entwicklung und Status

Der „Berlin-PC“ ist eines (von vier) der Kernelemente des standardisierten und zentralisierten IKT-Arbeitsplatzes für die Berliner Verwaltung. Im Rahmen der von zentraler Stelle aus gesteuerten Entwicklungen zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden eine Reihe von Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Arbeitsfähigkeit der Berliner Verwaltung auch unter geänderten Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Mit der Umsetzung des „Notebook-Sonderprogramms“ wurden Umsetzungsschritte zu einer „One-Device-Strategie“ (ODS) eingeleitet. Diese ist nunmehr dauerhaft und tragfähig konzeptionell und in Bezug auf die Leistungserbringung durch den zentralen IKT-Dienstleister konzeptionell zu hinterlegen. Hierfür wurde die senatsübergreifende Fokusgruppe „Ein-Gerät-Strategie“ (FEGS) ins Leben gerufen in der die konzeptionell-textliche Entwicklung der ODS vorangebracht wird.

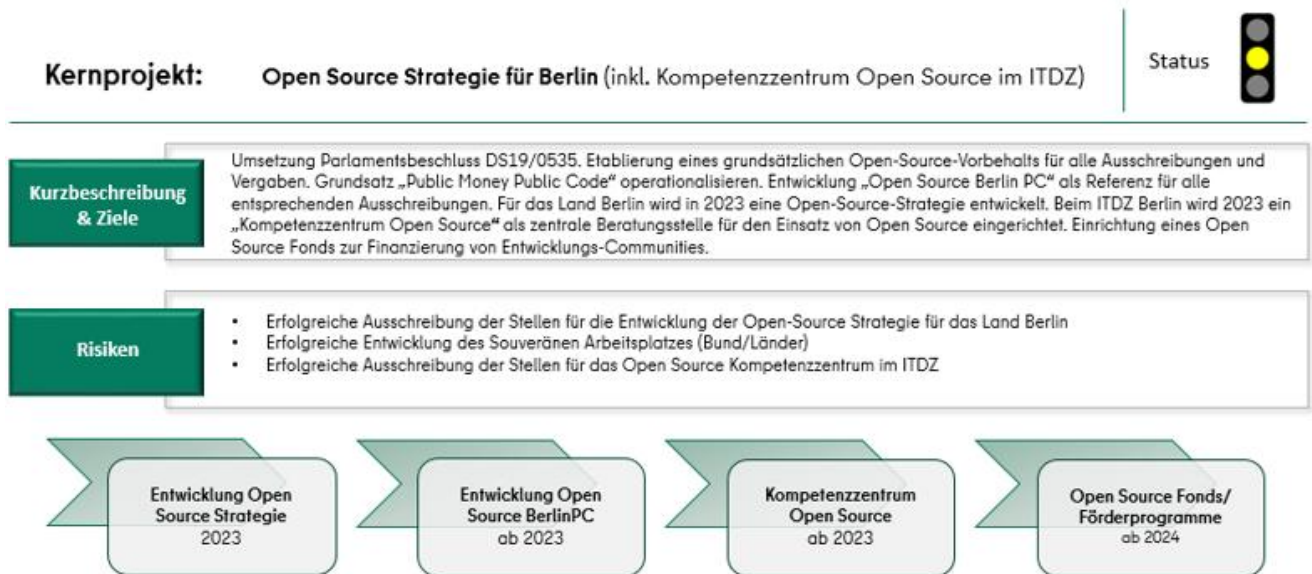
B) Planung für 2023

Die senatsübergreifende Fokusgruppe „Ein-Gerät-Strategie“ (FEGS) hat die One-Device-Strategie als Grundlage der Ausgestaltung des IKT-Arbeitsplatzes vorgelegt. Das Ergebnis wird vor dem Hintergrund der strategischen Bedeutung des Vorhabens Gegenstand eines Senats- und RdB-Beschlusses.

C) Ausblick 2024/25

Die Ergebnisse und strategischen Festlegungen sind Regelgegenstand der IKT-Architektur des Landes Berlin. Auf dieser Grundlage erfolgen seitens des zentralen IKT-Dienstleisters des Landes Berlin die Ausstattung des IKT-Arbeitsplatzes im Rahmen der Zentralisierung des Betriebes der verfahrensunabhängigen IKT-Infrastruktur. Das Veranschlagungsmodell für die vulKT wird, unter Einbeziehung des Ergebnisses des IKT-Benchmarkings gem. § 24 E-GovG Bln, entsprechend weiterentwickelt.

2.1.1.7 Open Source Strategie für Berlin



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51164	1.150.000 €	1.150.000 €

A) Entwicklung und Status

Das Haushaltsgesetz 2022/2023 ermöglicht die Besetzung eines Vollzeitäquivalents (VZÄ) „Digitale Souveränität und Open-Source-Strategie“. Dieses befindet sich derzeit im Ausschreibungsprozess.

Im November 2021 hat das Land Berlin die gemeinsame Absichtserklärung des BMI und der Länder zur Stärkung der Digitalen Souveränität und gemeinsamen Erarbeitung des Souveränen Arbeitsplatzes unterschrieben. Ziel ist es, bis Ende 2023 eine Basisvariante der Arbeitsplatsumgebung bereitzustellen, die sämtliche notwendigen Anwendungen und Funktionen in den Bereichen Kollaboration, Kommunikation und Produktion (z.B. Datenaustausch, Textverarbeitung, Telefon- und Videokonferenzen etc.), in einer OS-basierten, integrierten "Komplettlösung" bereitstellt (https://gitlab.opencode.de/bmi/souveraener_arbeitsplatz/info).

Im Mai 2022 hat das Land Berlin die gemeinsame Absichtserklärung des BMI und der Länder zur Etablierung des Zentrums für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung unterzeichnet. Das Zentrum soll als Bindeglied zwischen Öffentlicher Verwaltung (ÖV) und den Akteuren des Open-Source-Software (OSS) -Ökosystems fungieren, Anforderungen der ÖV aufnehmen und diese in das OSS-Ökosystem kommunizieren. Ergänzend erfolgt derzeit die Abstimmung mit dem ITDZ zur Konzeptionierung des „Open-Source Kompetenzzentrums (OSK)“.

In der am 14.09.2022 gem. § 21 Abs. 2 Nr. 3 EGovG Bln festgesetzten IKT-Architektur der Berliner Landesverwaltung in der Version 1.9 wurde die Bevorzugung von Open Source verbindlich festgesetzt.

B) Planung für 2023

Der Senat ist bestrebt, rechtzeitig zum Bericht für das Jahr 2023 eine Open Source-Strategie für das Land Berlin entwickelt und verabschiedet zu haben. Die Open Source-Strategie soll mit ihrer fachlich spezifischen Ausrichtung direkt an die (Dach-) Strategie „Gemeinsam Digital:Berlin“ anknüpfen. Das Open-Source-Kompetenzzentrum soll eingerichtet und ein BerlinPC Open Source als Referenz für Ausschreibungen und Vergaben entwickelt werden.

C) Ausblick 2024/25

Je nach Fortschritt wird die Open Source Strategie für Berlin umgesetzt, die Beratung durch das Open-Source Kompetenzzentrum bei Beschaffung und Betrieb von Open Source Software für die Verwaltungen ist etabliert und Open Source Fonds und Förderprogramme fördern den Aufbau von Entwicklungs-Communities, die das Land Berlin braucht, um Anwendungen zu pflegen und weiterzuentwickeln.

2.1.1.8 Maßnahmenbündel „14-Tage-Ziel“

Kernprojekt: **Bürgerdienstleistungen „14-Tage-Ziel“**

Status



Kurzbeschreibung & Ziele

Das Projekt „14-Tages-Ziel“ der Bürgerämter besteht aus **7 Arbeitspaketen** („100 neue Mitarbeitende“ - „5 neue Standorte“ - „Springerpool“ - „Aufgabenkritik“ - „Recht“ - „ZMS“ - „Controlling“). Ziel ist es, die Bürgerämter so aufzustellen, dass Bürgerinnen und Bürger innerhalb von 14 Tagen über das ganze Jahr einen Termin beim Bürgeramt bekommen können. **Im Durchschnitt bekommen 30% innerhalb von 14 Tagen einen Termin (60% wollen das).**

Risiken

- Controlling wird durch Bezirke und Politik nicht angewandt.
- Gezielte Maßnahmen zur Einhaltung des 14-Tage-Ziels werden aufgrund der föderalen Strukturen berlinweit nicht akzeptiert und nicht umgesetzt.



Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/54803	450.000 €	250.000 €

A) Entwicklung und Status

Das Gesamtprojekt „14-Tage-Ziel“ befindet sich im Zeitplan. Das 14 Tage-Ziel ist erreicht, wenn 60 % der vereinbarten Termine dauerhaft innerhalb von 14 Tagen liegen bei 2,4 Mio. Terminen jährlich.

Die Abwägung und Entscheidung im **Arbeitspaket 1** „100 Mitarbeitende“ zur Einrichtung eines Rekrutierungsservice liegt vor. Vorgeschlagen wird ein regionalisierter bezirklicher Service zur zentralen Einstellung von Personal für alle 12 Bezirke. Anforderungsprofile (AP) und Beschreibungen des Aufgabenkreises (BAK's) sind erstellt und liegen als Muster AP und Muster BAK vor.

Hinsichtlich des **Arbeitspakets 2** „Einrichtung von bis zu 5 neuen Standorten“ sind die Bedarfe der Bezirke bewertet und hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung abgewogen. Ein Ranking des Bedarfs liegt vor. In Frage kommende Standorte der BIM werden begutachtet und auf Eignung für ein Bürgeramt überprüft. Gemeinsam mit der SenFin werden derzeit die Modalitäten zur Anmietung von zusätzlichen Flächen geklärt. Falls möglich werden bereits Maßnahmen zur Einrichtung neuer Standorte innerhalb des Projekts getroffen. Falls nicht möglich, wird dies als Folgeprojekt in die Linie überführt.

Im **Arbeitspaket 3** „Springerpool“ liegt hinsichtlich der Prüfung zur Einrichtung eines Springerpools die Definition hierfür vor. Eine positive rechtliche Bewertung der SenInnDS

Abteilung I mit Blick auf AZG und BezVG liegt vor. Eine Grobplanung für das Betriebskonzept inklusive Einsatzszenarien ist erstellt. Muster AP's und Muster-BAK's liegen vor.

Im **Arbeitspaket 4** „Aufgabenkritik“ sind die Dienstleistungen definiert, die in den Fokus rücken sollen. Eine Bewertungsmatrix zur Gewichtung aus Kundensicht ist erstellt und Kriterien definiert. Die Erledigungsarten, der Multikanalzugang sowie anhand des BeLeiKa der Digitalisierungsgrades der einzelnen Dienstleistungen werden erhoben. Derzeit werden die Verfahrensvorschläge zu einzelnen Dienstleistungen erstellt und dokumentiert.

Das **Arbeitspaket 5** „Recht“ wurde gebildet, als noch nicht absehbar war, dass bei SenInnDS Abt VI ein Referat in Linienverantwortung für den AZG-Änderungsprozess Verantwortung tragen wird. Daher wird das Arbeitspaket 5 nicht fortgeführt.

Das **Arbeitspaket 6** „ZMS“ arbeitet an der Verbesserung der statistischen Funktionen sowie der Usability aus Sicht der Mitarbeitenden und Kunden/innen und dokumentiert die Anforderungen. Derzeit ist die Freischaltung einer verbesserten Nutzerführung in der Abstimmung.

Das **Arbeitspaket 7** „Controlling“ befindet sich in der Abschlussphase. Die Projektergebnisse werden in Linienarbeit eingebunden. Das Prognosemodell ist der SenFin zur Prüfung der möglichen weiteren Verwendung für die Budgetierung übergeben worden. Ein regelmäßiges Berichtswesen sowie die Steuerungsstrukturen der Zielvereinbarung sind etabliert und werden genutzt. Die Ergebnisse des Arbeitspakets werden in die Linie überführt.

B) Planung für 2023

Die Entscheidung zur personellen Ausstattung des Rekrutierungsservice und der Vorschlag zur Finanzierung sollen vorgelegt und abgestimmt werden. Eine Entscheidungsvorlage für die Projektgremien zur Verortung des Rekrutierungsservice wird eingebracht. Die Übergabe des Arbeitspakets „100 Mitarbeitende“ in die Linie ist nach Abschluss des Projekts in Q2/2023 vorgesehen.

In 2023 werden konkrete Vorschläge zur Anmietung von zusätzlichen Flächen für Bürgerämter nach der Bedarfsanalyse des Projekts vorgestellt, die dann politisch zu entscheiden sind. Die Umsetzung und Unterstützung der Einrichtung erfolgen dann sukzessive. Die Übergabe des Arbeitspakets „neue Standorte“ in die Linie ist nach Abschluss des Projekts in Q2/2023 vorgesehen.

Für die Verteilung der Mitarbeitenden des Springerpools werden Kennzahlen ermittelt, danach ist die Festlegung der Abrufmodalitäten und die Fertigstellung der Einsatzplanung geplant. Es soll die Klärung von IT-Ausstattung, IT-Kennungen und notwendigen IKT-Infrastruktur bis Ende Januar 2023 erfolgen. Danach soll die Klärung der Modalitäten

bzgl. Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der notwendigen Mitarbeitengewinnung erfolgen. Die Übergabe des Arbeitspakets „Springerpool“ in die Linie ist nach Abschluss des Projekts in Q2/2023 vorgesehen.

Im Arbeitspaket 4 erfolgt die Qualitätssicherung der Ergebnisse und Übergabe an den Auftraggeber zum Abschluss des Projekts in Q1/2023. Danach erfolgt die Übergabe in die Linie und Kontrolle der Umsetzung durch die jeweiligen Prozesseigner.

Im Arbeitspaket 6 „ZMS“ ist die Übergabe in die Linie und die Prüfung der Umsetzungsempfehlungen aus der Machbarkeitsstudie vorgesehen.

Im Arbeitspaket 7 „Controlling“ ist vorgesehen, das Modell für die Budgetierung ab 2024 zu verwenden. Die Zielvereinbarung Bürgerämter wird weiterentwickelt.

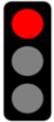
C) Ausblick 2024/25

Aus dem Projekt heraus werden folgende Elemente einer gesamtstädtischen Steuerung dauerhaft angewandt, sofern die Ergebnisse des Projekts umgesetzt werden:

- Erhebung und Transparentmachung von steuerungsrelevanten Kennzahlen und Zielwerten zur Erreichung von 60%-Terminvereinbarung innerhalb von 14 Tagen
- Ressourcenstärkung der Bürgerämter durch Vorschläge zur effizienteren, digitalen und bürgerfreundlichen Organisationsstruktur und Verbreiterung der Ressourcenbasis
- Auf ressourcenorientierte und langfristig wirkende Ausstattung der Bürgerämter mit Personal und Sachmitteln hinwirken

2.1.2 Maßnahmen aus den Richtlinien der Regierungspolitik

2.1.2.1 Einführung „Digitalcheck“

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Einführung „Digitalcheck“	Der Senat führt im Rahmen der Ressortabstimmung bei der Rechtssetzung einen transparenten „Digital-Check“ ein.	offen	

A) Entwicklung und Status

Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport führt eine interne Abstimmung zu möglichen Handlungsalternativen durch. Es wird dabei u.a. geprüft, wie die bereits vorhandenen Mechanismen und Vorgaben der GGO II aufgegriffen bzw. weiterentwickelt werden können. Dabei werden auch bestehende Ansätze zu anderen Handlungsfeldern, wie die Regelung zum „Klimacheck“ in §9 Abs. 6a GGO II einbezogen.

Im Kontext entsprechender föderaler Entwicklungen hat Berlin aktiv die Berichterstattung des Bundes im IT-Planungsrat über den dortigen Sachstand „Digitalcheck für Gesetze“ aufgenommen. Federführend beim Bund ist das BMI. Das BMI erarbeitet ein Konzept für eine stufenweise und iterative Implementierung eines Digitalchecks für Gesetze. In einem ersten Schritt soll auf Bundesebene ein „grobes Prüfraster für die Erarbeitung digitaltauglichen Rechts“ geben. Mit diesem „Prototypen“ sollen auf Bundesebene ab Januar 2023 die weiteren Schritte im Bund gegangen werden. In einem ersten Schritt nimmt Berlin an Erfahrungsaustauschen mit dem BMI teil.

B) Planung für 2023

Ausgehend von den u.a. seitens des Bundes geschaffenen Lösungsansätzen wird unter möglichst breiter Beteiligung der Senatsverwaltungen eine konzeptionelle Grundlage für Berlin entwickelt. Diese wird im Laufe des Jahres 2023 nach Möglichkeit erprobt und im Anschluss dem Senat zur Beschlussfassung vorgelegt.

C) Ausblick 2024/25

Es erfolgt eine kontinuierliche Auswertung der durchgeführten Digitalchecks. Im Rahmen des föderalen Austauschs und der eigenen Erkenntnisse erfolgt regelmäßig eine Auswertung und Weiterentwicklung des Werkzeuges.

2.1.2.2 *Beauftragung IKT-Basisdienste*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Beauftragung IKT-Basisdienste	Alle IKT-Basisdienste werden beim ITDZ-Berlin beauftragt. Neuverhandlungen aufgrund der Ergebnisse des IKT-Benchmarks	Q4 2022: Neuabschluss RV IKT-AP und RV BeLa	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
Die Ansätze sind direkt bei den IKT-Basisdiensten ausgewiesen.		

A) Entwicklung und Status

In § 10 EGovG Bln ist geregelt, dass die internen Verwaltungsabläufe in elektronischer Form abzuwickeln und in entsprechender Form zu gestalten sind, soweit nicht Rechtsvorschriften entgegenstehen. Der Zugang zu den elektronisch abwickelbaren Verwaltungsverfahren, den Informationen zum Verfahrensstand und zum weiteren Verfahren erfolgt über das zentrale Service-Portal und unter Nutzung hierzu von der IKT-Steuerung zentral bereitgestellter IKT-Basisdienste.

Als Basisdienste stehen unter anderem der Basisdienst Vermittlung und Auskunft, das Service Konto Berlin, Online-Zugänge, der Digitale Antrag, das ePayment und das Termin- und Zeitmanagement zur Verfügung. Als Projektverträge laufen unter anderem das Projekt Migration Landesverzeichnisdienst, die Neugestaltung IT-Bestands - und Planungsübersicht, die Beratung zum Aufbau eines Anforderungsmanagements, das Projekt Public-Key-Infrastructure des Basisdienstes Sicherheit und Datenschutz sowie XTA2 Gateway.

Es wurden bis jetzt 18 Basisdienste der Berliner Verwaltung bereitgestellt. Sie werden stetig weiterentwickelt. Darüber hinaus werden Projekte für neue Basisdienste initiiert.

Planung für 2023

In 2023 ist der Abschluss des Betriebsvertrages zum Berliner Landesnetz, zum Cyber-Defence-Center sowie die Überarbeitung der Betriebsverträge IKT-Arbeitsplatz, Vermittlung und Auskunft und Digitaler Antrag geplant.

C) Ausblick 2024/25

In den Jahren 2024 und 2025 werden weitere IKT-Basisdienste beim ITDZ beauftragt.

2.1.2.3 IKT-Fachkräfte / IKT-Organisation

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Fachkräfte / IKT-Organisation	Erarbeitung und Bereitstellung eines IKT-Rollenkonzeptes Erarbeitung von einem Geschäftsmodell im Hinblick auf den IKT-Betrieb.	Q4 2022: Festsetzung des IKT-Rollenmodells	
Rahmenvertrag Personaldienstleistungen ab 2023	Nahtloser Anschluss an den auslaufenden Rahmenvertrag Personaldienstleistungen zum Abruf von Unterstützungs- und Beratungsleistungen.	Q1 2023 Rahmenvertrag Personaldienstleistungen	
Begleitdokumente zum IKT-Rollenkonzept	Erarbeitung von Begleitdokumenten zum IKT-Rollenkonzept in Form von Vorlagen für Stellenausschreibungen und Stellenbewertungen.	Q3 2022 Rahmenvertrag Personaldienstleistungen	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51160	56.000 €	28.000 €

A) Entwicklung und Status

Als Unterstützung für eine gut organisierte Leistungserbringung an den Schnittstellen der Berliner Behörden soll ein einheitliches Verständnis von notwendigen IKT-Rollen hergestellt werden, anhand dessen sich die Berliner Behörden auf die laufenden und anstehenden Veränderungen einstellen können, die aufgrund der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und der Zentralisierung des IKT-Betriebs zum ITDZ Berlin vorgenommen werden müssen. Durch die Beschreibung von Aufgabenbündeln (Rollen) und deren einheitlicher Benennung soll dabei nicht zuletzt eine größere Vergleichbarkeit von historisch gewachsenen Rollen- und Stellenbezeichnung in der Berliner Verwaltung erreicht werden. Dies soll die Zusammenarbeit zwischen den IKT-Stellen erleichtern und

nicht zuletzt gezieltere landesweite Personalrekrutierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen. Unter Einbeziehung der Arbeitsgemeinschaft IKT-Fachkräfte konnte das IKT-Rollenkonzept fertiggestellt werden, um als Standard festgesetzt zu werden.

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 ist das Mapping des IKT-Rollenkonzepts bei den landesweiten Behörden vorgesehen. Weiterhin gilt es die Unterstützungsmaßnahmen zum Abruf aus dem neuen Rahmenvertrag vorzubereiten, um die Behörden im Rahmen des Unterstützungs- und Beratungszentrums (UBZ) bestmöglich zu unterstützen. Darüber hinaus ist ein gemeinsames Projekt mit dem landesweiten Geschäftsprozessmanagement geplant, um die Grundsatzdokumente der SenInnDS, IKT-Steuerung im Sinne eines „Best Practice“-Beispiels in ihrem Ineinandergreifen darzustellen.

C) Ausblick 2024/25

Als Ausblick für 2024/25 ist mit einer flächendeckenden Anwendung des IKT-Rollenkonzepts zu rechnen, was die IKT-Steuerung in die Lage versetzt zielgerichtete Aussagen über Qualifizierungsbedarfe von IKT-Fachkräften tätigen zu können.

2.1.2.4 Open Data

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Rechtsgrundlage	gesetzliche Grundlagen für die Bereitstellung von Open Data der Berliner Verwaltung existieren seit 2016 mit dem §13 des E-Government Gesetzes und der dazugehörigen Open Data Verordnung, die seit dem 1.1.2021 in Kraft getreten ist.		
Open Data Portal	Mit daten.berlin.de besteht seit 2011 die technische Infrastruktur für einen zentralen Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten		
Open Data Strategie	Strategie wurde durch umfassenden Partizipationssprozess der Stakeholder:innen aus Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in 2022 mit einer Befragung der Stadtgesellschaft auf mein.berlin.de und in Workshops weiterentwickelt. Handlungsempfehlungen sind in „Open Data Strategie Papier“ eingeflossen.	finale Open Data Strategie durch SenInnDS in den Senat eingebracht Q1 2023	
Gemeinsame Datenplattform „Data Hub“:	gemeinsame Datenplattform ist ein unabdingbarer Baustein für das Berliner Datenmanagement. Verschiedene Datenplattformen des Landes Berlin sind über Schnittstellen an eine gemeinsame Datenplattform anzubinden	Q 1 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
1350/54010	1.100.000 €	1.100.000 €
1350/69806	302.000 €	305.000 €

A) Entwicklung und Status

Die gesetzlichen Grundlagen für die Bereitstellung von Open Data der Berliner Verwaltung existieren in §13 des E-Government Gesetzes und der dazugehörigen Open Data Verordnung.

Mit dem Open Data Portal des Landes Berlin daten.berlin.de besteht die technische Infrastruktur für einen zentralen Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten. Das Open Data Portal hat mittlerweile über 3.000 Datensätze aus 22 Kategorien und 67 Anwendungsbeispiele aus Verwaltung und Wirtschaft.

B) Planung für 2023

Die Open Data Strategie wird aktuell weiterentwickelt und in den Senat eingebracht.

Kerndatensätze aus zehn Kategorien von Stadtentwicklung und Wohnen bis Umwelt, Verkehr und Wirtschaft werden auf dem Open Data Portal veröffentlicht und Ihr Nutzen für die Allgemeinheit mit Visualisierungen und Dashboards dargestellt. Daten sollen in Fünf Sterne Qualität, also Linked Open Data, auf dem Open Data Portal zur Verfügung stehen, die per [Uniform Resource Identifier](#) (URI) identifiziert sind und darüber direkt per [HTTP](#) abgerufen werden können und ebenfalls per URI auf andere Daten verweisen.

Eine gemeinsame Datenplattform ist ein unabdingbarer und wichtiger Baustein für das Berliner Datenmanagement. Verschiedene Datenplattformen des Landes Berlin sollen über Schnittstellen an die gemeinsame Datenplattform angebunden werden. Upload- und Downloadprozesse in der Datenplattform sollen möglichst niedrighschwellig funktionieren. Für die Weiterentwicklung des Konzepts einer gemeinsamen Datenmanagementplattform soll eine gemeinsame Infrastruktur, die entsprechenden Ressourcen, eindeutige Verantwortlichkeiten und die erforderlichen Kompetenzen regelt, konkretisiert werden. Der Data Hub soll von Anfang an darauf ausgerichtet sein, verknüpfte Datensätze im Sinne von Linked Open Data zu hosten und auch eine Cloud Umgebung zur internen Speicherung von Daten haben. Über eine Schnittstelle vom Data Hub zum Open Data Portal solle eine automatische Veröffentlichung von Datensätzen gewährleistet werden.

C) Ausblick 2024/25

Fachverfahren müssen auf allen Ebenen überprüft und reformiert werden, um Daten für eine automatisierte Veröffentlichung vorzubereiten (Open by default, API Schnittstellen). In Beschaffungsverträgen soll es einen Hinweis geben, dass eine API bzw. Programmierschnittstelle von Anfang an auch für eine „Open by default“-Veröffentlichung auf dem Open-Data-Portal mitbedacht werden muss.

2.1.2.5 Novellierung EGovG Bln

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Novellierung EGovG Bln	Vorschlag für eine Novellierung des EGovG Bln, die den IKT-Lenkungsrat durch handlungsfähige, ebenenübergreifende Gremienstrukturen ersetzt und Prüfung der Rolle des bzw. der Landesbeauftragten für IT-Sicherheit als unabhängige Stelle	Q4 2022: Vorlage der Ergebnisse des abteilungsinternen Workshops und der Auswertung des externen Gutachtens zur Evaluierung des EGovG Bln	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Es werden Überlegungen geführt, ob das erst Ende 2021 geänderte E-Government-Gesetz Berlin erneuten Änderungsbedarf erkennen lässt. Hierzu sind die verwaltungsinternen Abstimmungen noch nicht abgeschlossen.

B) Planung für 2023

Es soll im Frühjahr 2023 dem Senat ein Eckpunktepapier zur Besprechung vorgelegt werden.

2.1.2.6 *Beitritt GovTech Campus Deutschland e.V.*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Beitritt GovTech Campus Deutschland e.V.	Vernetzung von Bund, Ländern und Kommunen mit innovativsten Akteuren der Techszene, der Zivilgesellschaft, der Open-Source-Community und der angewandten Forschung	Q1 2022: Beitritt GovTech Campus Q3 2022: Erste Gespräche durch den CDO	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Der GovTech Campus Deutschland e.V. soll relevante digitale Technologien und Lösungen zur Anwendung in der Verwaltung identifizieren, bewerten, nutzbar- sowie skalierbar machen. Die mit der Zuwendung geförderte Personalstelle beim GovTech Campus Deutschland e.V. wird dabei die Vernetzung zwischen dem GovTech-Ökosystem und den Verwaltungseinheiten des Landes Berlin mit geeigneten Vernetzungsformaten befördern. Der GovTech Campus organisiert zu diesem Zweck konkrete Projekte, in denen die Verwaltungseinheiten des Landes Berlin mit der GovTech-Szene (Startups, IT Dienstleister, Cloud- und Open-Source-Entwickler:innen, Technologieunternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Beschaffungsorganisationen) gemeinsam digitale Lösungen entwickeln können. Vordringliches Ziel des Projektes ist es, mittels GovTech-Anwendungen auch eine Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung der Landes- und Bezirksverwaltungen zu erreichen.

B) Planung für 2023

Zurzeit werden besondere Digitalisierungsvorhaben identifiziert, die in Zusammenarbeit mit dem GovTech Campus Deutschland e.V. in 2023 projektiert werden sollen.

C) Ausblick 2024/25

Weiterführung und Intensivierung der Zusammenarbeit.

2.1.2.7 *Strategische Ausrichtung des Berliner Landesnetzes*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Strategische Ausrichtung des Berliner Landesnetzes	Strategische Ausrichtung des Berliner Landesnetzes, Koordination der operativen Umsetzung (Neubau und Modernisierung des Standardnetzzugangs (SNZ)) und Vorbereitung des Betriebsvertrages für das Berliner Landesnetz.	Q1 2023: Abschluss des Betriebsvertrag	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51113	24.017.000 €	24.239.000 €

A) Entwicklung und Status

Betriebsvertrag

- Die Vorbereitungen für den BeLa-Betriebsvertrag konnten auf Arbeitsebene zwischen dem ITDZ und der IKT-Steuerung abgeschlossen werden.
- Mitzeichnungsverfahren des Vertrages mit SenFin ist ausstehend und für Q1 2023 in Vorbereitung.

Modernisierung Standardnetzzugänge

- Durch die Auswirkungen der vorläufigen Haushaltswirtschaft in Q1 und Q2 2022 konnten die geplanten Projekte nur teilweise umgesetzt werden.
- Die Projektliste für die Modernisierung und den Neubau von Standardnetzzugängen für das Jahr 2023 ist in der Abstimmung.

B) Planung für 2023

- Abschluss des BeLa-Betriebsvertrages mit 5 Jahren Laufzeit
- Planung eines Monitoringsystems für des Berliner Landesnetz
- Zügige architekturkonforme Modernisierung der Standardnetzzugänge
- Ausbau der Anbindung an das Netz des Bundes (NDB)
- Konsolidierung der Strategie zur Nutzung der BeLa-Infrastruktur

C) Ausblick 2024/25

- Entwicklung und Inbetriebnahme eines Monitoringsystems für das Berliner Landesnetz
- Abschluss der Modernisierung aller bestehenden Standardnetzzugänge

2.1.2.8 IKT-Fachverfahren

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Fachverfahren	Steuerung der Weiterentwicklung der IKT-Fachverfahren unter flexibler Berücksichtigung der Vorgaben der IKT-Steuerung. Einbringen der IKT-Fachverfahren in die IKT-Architektur.	Nicht begonnen	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Die Steuerung der Weiterentwicklung der IKT-Fachverfahren ist seitens der IKT-Steuerung in den letzten Jahren aufgrund der Corona Pandemie und des Umstandes, dass die Verantwortung für IT-Fachverfahren bei den jeweiligen Politikfeld verantwortlichen Senatsverwaltungen liegt, nur in geringem Umfang erfolgt. Eine zentrale Steuerung ist somit aufgrund fehlender Zuständigkeiten nur dann erfolgreich möglich, wenn Angebote geschaffen werden, die attraktiv sind und von den Fachverfahrensverantwortlichen angenommen werden. Hierzu könnte die initiale Bereitstellung der PaaS-Umgebung (Plattform as a Service) beim ITDZ Berlin gehören. Aufgrund von Hemmnissen bei der Bereitstellung – die Nutzung erfordert i.d.R. ein Projekt unter Beteiligung von ITDZ Berlin und auftraggebender Stelle – ist diese jedoch nicht so stark genutzt, wie ursprünglich erwartet.

Mit dem Verbot von Kleinstanwendungen zum 01.06.2021 wurde ein Impuls gesetzt, diese durch IT-Fachanwendungen abzulösen. Der Prozess dafür ist jedoch langwierig und erfordert zahlreiche Ausnahmen vom Verbot in Form sogenannter Modernisierungsvereinbarungen zwischen der IKT-Steuerung und den jeweiligen Senatsverwaltungen.

B) Planung für 2023

Für 2023 sind insgesamt fünf Stellen für den Bereich der Fachverfahrens-Steuerung vorgesehen. Neben der Fortsetzung früherer Aktivitäten (PaaS) ist die Einführung eines Basisdienstes Low-Code-Plattform zur erleichterten Ablösung von Kleinstverfahren in Planung. Weitere Unterstützungsleistungen für IT-Fachverfahrensverantwortliche sind denkbar, aber noch nicht konkret geplant.

C) Ausblick 2024/25

Neben der Verstetigung der Unterstützungsleistungen ist zu erwarten, dass die in den Modernisierungsvereinbarungen formulierten Ablöseziele größtenteils erreicht sind und Kleinstverfahren nur noch vereinzelt im Einsatz sind. Die Nutzung des Basisdienstes Low-Code-Plattform wird dazu führen, dass frühere Kleinstverfahren durch neue (kleine) IT-Fachverfahren ersetzt wurden.

2.1.2.9 IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla)	Die derzeit im Einsatz befindliche IT-BePla darf aus vertrags- und vergaberechtlichen Gründen zwar in dem Zustand weiterbetrieben, jedoch nicht mehr weiterentwickelt werden, und erfordert daher eine Neuvergabe.	2022: Plan 2023: Plan/Build 2024: Run	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	145.000 €	265.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Betrieb der im Einsatz befindlichen IT-Bestands- und Planungsübersicht (IT-BePla) muss solange erfolgen, wie eine Ablösung nicht erfolgt. Für die Ablösung wurde 2022 eine Voruntersuchung beauftragt und durchgeführt mit dem Ziel, funktionale und weitere Anforderungen an eine Neuentwicklung zu erheben. Ergebnis war eine Kostenschätzung, die deutlich über die Erwartungen bei der IKT-Steuerung hinaus ging. Es wird daher geprüft, ob die Neuentwicklung auf Basis einer Low-Code-Plattform deutlich günstiger erreicht werden kann.

Zusätzlich muss das Betriebssystem aktualisiert werden, auf dem die IT-BePla derzeit läuft. Eine erste Aufwandschätzung ist erfolgt und soll in einem Angebot münden. Dieses soll in 2023 beauftragt und dann die Modernisierung des Betriebes vorgenommen werden.

B) Planung für 2023

Für den Betrieb muss die IT-BePla auf einen aktuellen Stand des Server-Betriebssystems gebracht werden. Hierfür sind weitere Beauftragungen und die Umsetzung in 2023 geplant.

C) Ausblick 2024/25

Je nach Fortschritt bei der Neuentwicklung der IT-BePla könnte eine Ablösung in 2024 erfolgen.

2.1.2.10 Migration Landesverzeichnisdienst und Entwicklung Basisdienst (MiLaVe)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Migration Landesverzeichnisdienst und Entwicklung Basisdienst (MiLaVe)	Ziel des Projekts ist der Aufbau bzw. Ausbau einer technischen Infrastruktur für einen microsoftbasierenden Landesverzeichnisdienst nach den aktuellsten Sicherheitsstandards des BSI sowie dessen Betriebsfähigkeit für alle verfahrensunabhängigen IT-Infrastrukturen und Basisdienste.	Q4 /2022: Betriebsvorbereitung fertiggestellt 2022/2023: Infrastruktur und Migrationsvorbereitung abgeschlossen 2023/2024: Migration ITDZ und SenInnDS 2024: Betrieb	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51164	2.216.000 €	3.3055.000 €

A) Entwicklung und Status

Das ITDZ Berlin hat in der Vorprojektphase eine Grundstruktur, aufbauend auf einem microsoftbasierenden Landesverzeichnisdienst nach den aktuellen Sicherheitsstandards des BSI, umgesetzt. Die einheitliche hochmoderne Grundstruktur unterstützt die neuen sicherheitstechnischen Implementierungen und ermöglicht die Verknüpfung aller Systeme und Verfahren, welche an den neuen Forest angebunden werden.

Es ist weiter erforderlich, dass der bereits bestehende, dezentral betriebene Verzeichnisdienst bis zur Ablösung durch den neuen Verzeichnisdienst weiter verfügbar ist. Jener bestehende Dienst ist historisch gewachsen und heterogen. Nach einer Analyse der Mängel durch technisch-organisatorische Maßnahmen im ITDZ wurde die Sicherheit dieses bestehenden Verzeichnisdienstes auf ein bis zur Verfügbarkeit des neuen Basisdienstes Landesverzeichnisdienst vertretbares Niveau gehoben.

B) Planung für 2023

Zunächst werden der Aufbau und die Konzeption eines IKT-Basisdienstes Landesverzeichnisdienst in Zusammenarbeit mit dem ITDZ und im Auftrag der IKT-Steuerung (IKT-S) entwickelt. Die Migrations-Phase (Bestandteil des Projektvertrages)

beinhaltet eine Migration von ITDZ und der IKT-S in die neue Grundstruktur. Dafür soll eine entsprechende technische Infrastruktur auf- bzw. ausgebaut werden. Des Weiteren sollen Vorgehensmodelle für nachfolgende Migrationen weiterer Verwaltungen erstellt werden. Die Zielgruppen und die Umsetzungsszenarien werden im Laufe dieses Projektes mit der IKT-Steuerung abgestimmt und geplant.

C) Ausblick 2024

Nachdem beide Migrationen und die Beteiligung der Personalvertretungsgremien im Land Berlin erfolgreich durchgeführt wurden, wird der IKT-Basisdienst in den Betrieb überführt. Der IKT-Basisdienst steht ab diesem Zeitpunkt für die Behörden der Berliner Verwaltung zur Verfügung, die dann sukzessive in diesen migriert werden.

2.1.2.11 Beschleunigung der Umsetzung von §10 EGovG Bln (GPM)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Implementierung der Landesredaktion Prozesse	Zur Neuausrichtung der Steuerung im gesamtstädtischen GPM wurde im Juli 2022 die Landesredaktion Prozesse gegründet und ein Fachkonzept entwickelt. Es wurden Einführungsveranstaltungen mit allen Ressorts (ausgenommen SenFin) durchgeführt.	Umgesetzt Q4 2022	
Einrichtung der Meldestelle für Abweichungen gem. §10(3) EGovG Bln	Die Meldestelle für Abweichung nach §10(3) EGovG Bln wurde eingerichtet und bei der Landesredaktion Prozesse verortet. Die flächendeckende Kommunikation folgt noch bis 12/2022	08/2022	
Einrichtung der Prozessbibliothek	Die verwaltungsöffentliche Prozessbibliothek wurde technisch aufbereitet und steht seit 08/2022 zur Befüllung mit Berliner Standardprozessen zur Verfügung.	Q4/2022	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	240.000 €	300.000 €

A) Entwicklung und Status

Im Juli 2022 wurde die Landesredaktion Prozesse gegründet, um die Steuerung im landesweiten Geschäftsprozessmanagement (GPM) auf Basis eines gezielten Beratungsansatzes zielgruppenspezifisch und verbindlich neu auszurichten. Seit August 2022 haben Einführungsveranstaltungen mit den GPM-Teams in nahezu allen Ressorts stattgefunden, die zur Vermittlung dieses neuen Ansatzes gedient haben. Im Anschluss werden Kooperationsvereinbarungen mit den GPM-Leitungen der Ressorts geschlossen, um das weitere Vorgehen im Ressort bestmöglich unterstützen aber auch nachhalten zu können. Bislang konnte mit einem Ressort eine solche Kooperationsvereinbarung geschlossen werden.

B) Planung für 2023

Für das Jahr 2023 wurde ein Handlungsprogramm erarbeitet, dass in verschiedenen Handlungsfeldern konkrete Maßnahmen vorsieht. Schwerpunkt wird die Unterstützung bei der Aktivierung und Zuweisung von Prozessverantwortung zu bestimmten Personen in den Senatsverwaltungen sein. Hierfür wird auch ein Schulungsangebot erarbeitet.

C) Ausblick 2024/25

Es wird davon ausgegangen, dass der neue Beratungs- und Steuerungsansatz zu einem flächendeckenden Prozessbewusstsein beitragen kann. Optimierungs- und Digitalisierungsprojekte erhalten eine bessere Daten- und Entscheidungsgrundlage und die Zuweisung von Prozessverantwortlichkeiten wird letztlich auch zu einer Beschleunigung dieser Aktivitäten führen. Dieses Vorhaben wird vor dem Hintergrund der zahlreichen Verwaltungsleistungen bis weit in das Jahr 2025 hineinlaufen.

2.1.2.12 Digitalisierungs-Dashboard

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Digitalisierungs-Dashboard	Das Digitalisierungs-Dashboard des Landes Berlins bildet seit April 2022 auf Basis der bundesweit einheitlichen LeiKa-Leistungen den Fortschritt in den Berliner Digitalisierungsprojekten ab.	Regelbetrieb seit Q2 2022	
Digitalisierungs-Dashboard	Die Weiterentwicklung des Digitalisierungs-Dashboards soll entsprechend der aktuellen Anforderungen (Interne Projekte/Öffentlichkeit/Controlling) abgeschlossen sein	Abschluss Q 2 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	siehe Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP)	siehe Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP)

A) Entwicklung und Status

Das in den Richtlinien der Regierungspolitik verankerte Ziel ein Digitalisierungs-Dashboard zum Sachfortschritt von Digitalisierungsprojekten zur Verfügung zu stellen ist seit Q2 2022 erfüllt. Seitdem befüllen die Stabsstellen der Ressorts die Datenbank mit Kennzahlen (u.a. Prozessverantwortung, Reifegrad, Hindernisse der Digitalisierung) zu Ihren Kernprojekten.

Das Kernziel des Digitalisierungs-Dashboards ist die fachliche Steuerung der Digitalisierung durch die Ressorts. Weitere Ziele des Digitalisierungs-Dashboards sind die Standardisierung bei der Projektdokumentation sowie des Berichtswesens zur Entlastung der Ressort-Digitalisierungsverantwortlichen und ihrer Stabsstellen. Letztlich wird durch die verwaltungsinterne Öffentlichkeit des Digitalisierungs-Dashboards eine Transparenz der Projekte für alle Beschäftigten des Landes Berlin erreicht.

Mit Stand Oktober 2022 befinden sich 230 abgeschlossene und laufende Digitalisierungsprojekte im Digitalisierungs-Dashboard in der Projektmanagementplattform des Landes Berlin (ProMaP). Diese sind auf Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ausgerichtet.

B) Planung für 2023

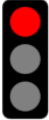
Die Weiterentwicklung des Digitalisierungs-Dashboards soll entsprechend der aktuellen Anforderungen abgeschlossen sein. Geplant sind u.a. die Integration aller verwaltungsinternen Projekte, der Zugang der Öffentlichkeit und ein Controlling des Sachfortschritts.

Diese Anforderungen sollen in einem nutzerzentrierten Prozess zur permanenten Weiterentwicklung des Digitalisierungs-Dashboards mit den Fachressorts in das Digitalisierungs-Dashboard integriert werden.

C) Ausblick 2024/25

Das Digitalisierungs-Dashboard wird im Rahmen von ProMaP als IKT-Basisdienst der Standard für die Ressortsteuerung im Land Berlin. Das Digitalisierungs-Dashboard soll auch weiterhin nutzerspezifisch permanent weiterentwickelt werden.

2.1.2.13 Umfassende IT-Sicherheitsstrategie

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Umfassende IT-Sicherheitsstrategie	IKT- Sicherheitsarchitektur als Teil der IKT-Architektur Version 1.9 enthalten, Durchführung einer Organisationsuntersuchung zur Bündelung der Cybersicherheit und Erstellung eines Konzepts zur umfassenden IT-Sicherheitsstrategie über RV beim ITDZ	Geänderte Beauftragung in Q I 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51165	356.000 €	538.000 €

A) Entwicklung und Status

Auf der Grundlage einer dem ITDZ übermittelten Leistungsbeschreibung hat das ITDZ ein Angebot für die Realisierung über einen bestehenden Rahmenvertrag übermittelt.

B) Planung für 2023

Der Auftrag wird nach Freigabe der Bewirtschaftung für das Haushaltsjahr 2023 ausgelöst. Die Projekte zur Organisationsuntersuchung und zur Erstellung des Konzeptes als Teil der IKT-Sicherheitsarchitektur werden 2023 durchgeführt. Im Ergebnis des Projektabschlusses zur Organisationsuntersuchung im 2. Quartal 2023 wird die Organisationsänderung umgesetzt. Die Fortschreibung der IKT-Sicherheitsarchitektur wird mit der Festsetzung der Version 2.0 im 4. Quartal 2023 umgesetzt.

C) Ausblick 2024/25

Auf der Grundlage der fortgeschriebenen Architektur erfolgt eine Weiterentwicklung und Ergänzung der IKT-Basisdienste zu IKT-Sicherheit und Datenschutz, sowie die Umsetzung der Anforderungen EU NIS2-Richtlinie (Richtlinie zu Maßnahmen für ein hohes gemeinsames Cybersicherheitsniveau)

2.1.2.14 Zukünftiger IKT-Basisdienst Digitale Kollaboration

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Digitale Kollaboration	Übergeordnetes Ziel ist es, für alle Berliner Behörden einen Basisdienst Digitale Kollaboration aufzubauen, der folgende Komponenten umfassen könnte: ViKo-Lösungen (Audio, Video, Telefoneinwahl, Screensharing, mit und ohne VS-NfD), Chats / Messenger, Gemeinsame Bearbeitung von Dokumenten (analog Google Doc, MS One Drive)	Projektstart 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51164	2.000.000 €	1.500.000 €

A) Entwicklung und Status

- Am 20.10.2022 erfolgte der **Zuschlag für die Ausschreibung der Videokonferenzlösung als Interimslösung** an einen Anbieter, der ebenfalls auf BigBlueButton (BBB) als Software-as-a-Service-Lösung setzt: Die Lösung wird 2 bis 4 Jahre im Einsatz sein, bis der *Basisdienst Kollaboration* zur Verfügung steht.
- Aktuell koordiniert die IKT-Steuerung zusammen mit dem ITDZ Berlin die **technische Bereitstellung sowie die Beteiligung des Tools** bei den Personalgremien, bei der besonders auf den Datenschutz und die Barrierefreiheit geachtet wird.
- Es ist geplant, BigBlueButton über den neuen Anbieter **ab Januar 2023 allen Nutzenden im Land Berlin zur Verfügung** zu stellen.

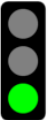
B) Planung für 2023

In einem Vorprojekt sollen die z.T. bereits vorliegenden Anforderungen der Berliner Behörden und die selektiv dezentral in den Behörden im Einsatz befindlichen Produkte gesichtet und in einen Projektauftrag für die Einführung eines landesweiten Basisdienstes überführt werden.

C) Ausblick 2024/25

Einführung des Basisdienstes im Echtbetrieb

2.1.2.15 Integration der Service-App in eine Berlin-App

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst OnlineZugänge (Hier: Service- App)	Der IKT-Basisdienst OnlineZugänge (Maßnahme 1.2.1.) enthält die Komponente Service-App. Die Service-App Berlin.de ist die nativ integrierte, mobile Variante des Service-Portals.	Regelbetrieb	
Berlin App	Entwicklung einer Berlin-App; Vorgehen, Projekthinhalte und Meilensteine befinden sich in der Abstimmung (in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle „Gemeinsam Digital: Berlin“).	Q4 2022: Vorplanung begonnen	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	Bestandteil des BD Service-Portal Berlin (siehe dort)	Bestandteil des BD Service-Portal Berlin (siehe dort)

A) Entwicklung und Status

Über die Service-App Berlin.de sind alle Berliner Verwaltungsleistungen erhältlich. Gleichwohl gibt es spezifische App-Angebote Berliner Behörden, die in einer Virtualisierungsform ‚One face to the customer‘ als gesamtstädtische App konsolidiert werden können.

Beispiele bieten andere europäische und außereuropäische Hauptstädte. Im Nachgang eines städtepartnerschaftlichen Austausches zwischen Berlin und Jakarta wird auch eine mit der Jaki-App vergleichbaren App für Berlin eruiert. Aufgrund des noch offenen Leistungsportfolios einer neuartigen Berlin-App wurde im Rahmen der Vorplanung der Scope der nur in indonesischer Sprache zur Verfügung stehenden Jakarta-App analysiert. Dienste in vergleichbarem Umfang bieten Berliner Behörden bisher nicht an.

Da die Maßnahme neben den bestehenden durchgeführt werden soll, soll auf Unterstützung durch externe Dienstleister zurückgegriffen werden.

B) Planung für 2023

Erhebung der App-Angebote Berliner Behörden, Prüfung auf Konsolidierungspotentiale, Betrachtung vertraglicher und rechtlicher Aspekte, Abstimmung der Zuständigkeit bzw. deren Abgrenzung und Erstellung eines Konzepts.

C) Ausblick 2024/25

Umsetzung der Konzeptlage.

2.1.3 Weitere Maßnahmen, darunter Linienaufgaben

2.1.3.1 *Novellierung des ITDZ-Gesetzes*

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Novellierung ITDZ-Gesetz	Referentinnen-Entwurf u.a. zur Etablierung einer nachhaltigen Finanzierung des ITDZ-Berlin und Ausweitung / Professionalisierung der Governance (u.a. Etablierung Gewährträgersversammlung, Ausschüsse, Beirat sowie Vorstandserweiterung)	Q4 2022: Abstimmung mit SenFin	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

Das ITDZ-Gesetz trat mit dessen Errichtung im Jahr 2004 in Kraft und hat seither nur wenige Änderungen erfahren. Eine Novellierung ist unter Berücksichtigung des Wachstums des ITDZ, zahlreicher Digitalisierungsvorhaben sowie der Zusatzaufgaben des ITDZ in Krisenzeiten, unter anderem hinsichtlich folgender Punkte erforderlich:

- Etablierung einer Gewährträgersversammlung,
- Stärkung des Verwaltungsrates, u.a. durch Personalausschuss und Beirat,
- Harmonisierung zur Satzung,
- Überarbeitung von zeitlich überholten Formulierungen.

Der Referentinnenentwurf wurde in 2022 erstellt und an die SenFin zur Vorabstimmung übermittelt. In vielen Änderungen wie u.a. der Vorstandserweiterung, der Bildung der Gewährträgersversammlung, des Personalausschusses und dem Beirat besteht zwischen den zwei Häusern Einigkeit. Einzelne Detailfragen sind noch zwischen den Häusern abzustimmen.

B) Planung für 2023

In 2023 ist die erste frühe Beteiligung der Hauptverwaltungen vorgesehen und im Anschluss die parlamentarische Befassung geplant.

Die Geschäftsordnung und die Satzung müssen zum ITDZ-Gesetz harmonisiert werden.

C) Ausblick 2024/25

Die Novellierung sollte 2024/25 abgeschlossen sein.

2.1.3.2 IKT-Gremien für die Verwaltungsdigitalisierung

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Gremien für die Verwaltungsdigitalisierung	Geschäftsstelle für den IKT-Lenkungsrat. Koordination der länderübergreifenden und bundesweiten Zusammenarbeit im Bereich Verwaltungsdigitalisierung (z. B. IT-PLR, FITKO)	Fortlaufende Aufgabenstellung in der Linie	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/63207	3.329.000 €	3.408.000 €

A) Entwicklung und Status

In den Richtlinien der Regierungspolitik für die Legislaturperiode 2021–2026 wurde das Ziel formuliert, den IKT-Lenkungsrat im Rahmen einer Novelle des E-Government-Gesetzes Berlin im Jahr 2022 durch „handlungsfähige, Ebenen-übergreifende Gremienstrukturen“ zu ersetzen.

Die Ergebnisse dieses Veränderungsprozesses, die sich auch in „Novellierung E-GovG Bln“ widerspiegeln werden, haben starken Einfluss auf den Bereich „IKT-Gremien“, der die Geschäftsstelle für den IKT-Lenkungsrat darstellt.

Auch der IT-Planungsrat und seine begleitenden Gremien und Veranstaltungsformate unterliegen Veränderungen. Mit dem Projekt „IT-PLR-Governance“ sind Veränderungen im Turnus, in den Formaten und in der Schwerpunktsetzung und Gestaltung des IT-Planungsrats und seiner begleitenden Gremien nicht auszuschließen. Dies zeigt sich auch in der 2022 erstmalig und mehrfach stattgefundenen Durchführung von Klausurtagungen des IT-Planungsrats, die ebenfalls vom Bereich IKT-Gremien begleitet wurden.

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 erfolgen die Organisation, Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von

- vier Sitzungen des IKT-Lenkungsrats sowie
- vier Sitzungen des Vorbereitungsgremiums des IKT-Lenkungsrats.

Zudem erfolgen Organisation, Vorbereitung und Nachbereitung von

- drei Sitzungen des IT-Planungsrats und begleitender Beratungen,
- einer Sitzung des Verwaltungsrats FITKO,
- zehn Sitzungen der Abteilungsleiter-Runde,
- sowie weiterer Sondersitzungen im Umfeld des IT-Planungsrats (Klausurtagungen, IT-PLR-Sitzungen, AL-Runden u. ä.).

Begleitend erfolgt u. a. die Durchführung eines Sitzungsaufgaben-Monitorings, die Bereitstellung von Inhalten im Internet und im Beschäftigtenportal, sowie die Bearbeitung anfallender Anfragen.

C) Ausblick 2024/25

In 2024 und 2025 wird ein ähnlicher Umfang an Sitzungen erwartet.

2.1.3.3 Planung und Bewirtschaftung des zentralen Einzelplans 25

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Planung und Bewirtschaftung des zentralen Einzelplans 25	Wahrnehmung der Aufgabenstellungen nach §§ 20 Abs. 2 Nr. 3 und 21 Abs. 2 Nr. 10 EGovG Bln entsprechend der Vorgaben der LHO.	Fortlaufende Aufgabenstellung in der Linie	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022 (Ausgaben)	Ansatz 2023 (Ausgaben)
Einzelplan 25 gesamt	267.096.500 €	274.745.900 €
Kopfkapitel 2500	141.155.100 €	146.022.100 €
Behördenkapitel	125.941.400 €	128.723.800 €

A) Entwicklung und Status

Projekte werden in den Betrieb überführt und neue Projekte initiiert. Die Behördenkapitel wurden zur vorherigen Planung erheblich verstärkt.

B) Planung für 2023

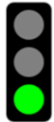
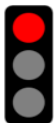
Im aktuellen Haushaltsplan bilden die Einführung der landesweiten digitalen Akte, das Berliner Landesnetz, das Projekt OneIT@Berlin sowie der IKT-Basisdienst Vermittlung und Auskunft einen wesentlichen Planungsschwerpunkt.

C) Ausblick 2024/25

Die Digitalisierung und Modernisierung der Berliner Verwaltung schreitet weiter voran. Die Übernahme neuer Aufgaben u.a. durch die Etablierung der CDO-Struktur und der Vorgaben der Richtlinien der Regierungspolitik, sollen abgebildet werden.

In den Behördenkapiteln wird sich die fortschreitende Zentralisierung der IKT der Behörden in den Betrieb des ITDZ Berlin (Programm OneIT@Berlin) niederschlagen. Die Finanzierung der zentralen Maßnahmen – hier insbesondere Projekt OneIT@Berlin, Betrieb der landesweiten Digitalen Akte, Berliner Landesnetz, IKT-Basisdienst Vermittlung und Auskunft – sollen auch in 2024/2025 den haushaltsmäßigen Schwerpunkt des Einzelplans 25 bilden.

2.1.3.4 Projektmanagementplattform Berlin (ProMaP)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Regelbetrieb	Etablierung Regelbetrieb ProMaP.	Regelbetrieb seit Q3 2021	
Projektmanagement- handbuch	ProMaP soll anhand der Anforderung des neuen Projektmanagementhandbuchs weiterentwickelt werden.	Abschluss Q1 2023	
Nutzerzentrierter Prozess	Etablierung eines nutzerzentrierten Prozesses zur permanenten Weiterentwicklung von ProMaP mit den Fachressorts.	Abschluss Q2 2023	
Querschnitts- bereiche	Weiterentwicklung von ProMaP als Tool der Projektmanagementsteuerung für Querschnittsbereiche.	Abschluss Q3 2023	
Migration zum ITDZ	Migration von ProMaP zum ITDZ	Abschluss Q3 2023	
IKT-Basisdienst	Etablierung von ProMaP als IKT-Basisdienst	Abschluss Q4 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51185	200.000 €	200.000 €

A) Entwicklung und Status

Mit der Projektmanagementplattform ProMaP steht als weitere Unterstützung seitens der IKT-Steuerung eine Anwendung zur elektronischen- und damit zeit- sowie ortsunabhängigen Projektarbeit zur Verfügung. Weitere Kernziele von ProMaP sind die Standardisierung bei der Projektdokumentation sowie des Berichtswesens zur Entlastung von Projektverantwortlichen.

ProMaP befindet sich seit August 2021 im Probeechtbetrieb und wird bereits für über 100 Projekte eingesetzt, u.a. die „landesweite Einführung der digitalen Akte“ oder das „14-Tage-Ziel“ bei den Bürgerdiensten.

In Verbindung mit dem aktuell in der Novellierung befindlichen Berliner Projektmanagementhandbuch wird ProMaP zukünftig ein unverzichtbares Werkzeug am Arbeitsplatz in der Berliner Verwaltung.

Zudem soll ProMaP in Zukunft mehr Möglichkeiten zur gesamtstädtischen Steuerung von Digitalisierungsprojekten ermöglichen. Derzeit wird das Digitalisierungs-Dashboard der Berliner Verwaltung über ProMaP betrieben und weiterentwickelt. Langfristig soll es eine direkte Verbindung zwischen den Projekten in ProMaP, der Steuerung durch Querschnittsbereiche und der gesamtstädtischen Steuerung durch die IKT-Steuerung geben.

B) Planung für 2023

In 2023 soll ProMaP die Anpassung von ProMaP an die Vorgaben des neuen Projektmanagementhandbuchs abgeschlossen und ProMaP als zentrales Tool für die Projektsteuerung im Land Berlin etabliert sein.

Abteilung VI etabliert einen nutzerzentrierten Prozess zur permanenten Weiterentwicklung von ProMaP mit den Fachressorts und schafft darüber hinaus eine Möglichkeit für Querschnittsbereiche zur Projektsteuerung und Projektcontrolling.

Die Migration zum ITDZ soll abgeschlossen werden. Diese Migration ist abhängig von den Möglichkeiten des ITDZ die LOW-Code Plattform Intrexx zu betreiben. Ein entsprechendes Projekt ist in der Abteilung V verortet.

Abhängig von der Migration zum ITDZ soll ProMaP als IKT-Basisdienst etabliert werden.

C) Ausblick 2024/25

ProMaP soll als IKT-Basisdienst der Standard für die Projektsteuerung im Land Berlin sein. ProMaP soll nutzerspezifisch permanent weiterentwickelt werden.

2.1.3.5 Strategisches Projektmanagement

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Projektmanagement-handbuch	Das novellierte Projektmanagementhandbuch wird im Senat verabschiedet.	Q1 2023	
Strategisches Projektmanagement	Digitalisierungsprojekte werden von der SenInnDS Abtl. VI strategisch gesteuert.	Q2 2023	
Schulungen	Entwicklung von Schulungsangeboten mit der Vak	Q4 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
-	-	-

A) Entwicklung und Status

SenInnDS Abteilung VI etabliert eine zentrale, strategische Steuerung für Digitalisierungsprojekte des Landes Berlin (in der Abteilung VI angesiedelt). Diese Steuerung setzt Standards für Digitalisierungsprojekte, unterstützt die Ressorts methodisch in der Umsetzung ihrer Digitalisierungsprojekte und kontrolliert den Fortschritt der Digitalisierungsprojekte. Zentrale Steuerungselemente sind das Projektmanagementhandbuch, ProMaP und das Digitalisierungs-Dashboard.

B) Planung für 2023

- Verabschiedung des novellierten Projektmanagementhandbuchs.
- Etablierung als steuernde und unterstützende Einheit für Digitalisierungsprojekte.
- Erarbeitung von Vorlagen und Etablierung eines nutzerzentrierten Prozesses mit den Ressorts, um konkrete praktische Handreichungen für das Projektmanagement zu entwickeln, das Projektmanagementhandbuch und ProMaP weiterzuentwickeln und BestPractices zu sammeln.
- Entwicklung von Schulungsangeboten über die VAK.

C) Ausblick 2024/25

- Digitalisierungsprojekte steuern und unterstützen sowie die Vorgehensweisen in Berlin methodisch weiterentwickeln.

2.1.3.6 Zeitmanagementsystem (ZMS) – Migration auf ZMS 2

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Migration ZMS 2	Beteiligung der ZMS 2-Software bei den Hauptpersonalvertretungen sowie beh. DSB Vorbereitung des Beteiligungsvorhabens ist unter Einbindung des externen Dienstleisters in 09/22 gestartet. Testbetrieb mit Pilotbehörden Pilotbehörden werden aktuell gesucht. Testbetrieb in Pilotbehörden vrsl. in I/23. Roll-out-Phase (Ziel: Abschaltung ZMS 1) Roll-out-Planung ist zu erstellen. Abschluss Roll-out frühestens zum Ende 1. Hj. 23 realistisch. Funktionale Erweiterungen ZMS 2 im Anschluss möglich	2022-23	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	1.080.000 €	1.080.000 €

A) Entwicklung und Status

Für die Ablösung von ZMS1 ist zunächst ein Probeechtbetrieb von ZMS2 geplant. Dazu wird das Beteiligungsverfahren mit der Beschäftigtenvertretung und der behördlichen Datenschutzbeauftragten vorbereitet. Der Präsentationstermin ist für Dezember 2022 geplant.

B) Planung für 2023

Das formelle Beteiligungsverfahren ist für das 01. Quartal 2023 geplant, nach erfolgreicher Beteiligung wird der Probeechtbetrieb mit ausgewählten Pilotdienststellen Mitte / Ende des 1. Quartals gestartet. Der Probeechtbetrieb ist bis Ende 2023 eingeplant, bei erfolgreichen Probeechtbetrieb soll das Beteiligungsverfahren für den Echtbetrieb Anfang des 3. Quartals 2023 erfolgen. Nach erfolgreicher Beteiligung wird bis Ende des Jahres der Rollout auf die einzelnen Behördenstandorte gestartet.

C) Ausblick 2024/25

Abschluss des Rollouts. Kontinuierlicher Rollout auf weitere Behördenstandorte und funktionale Weiterentwicklung des Systems.

2.1.3.7 Digitale Barrierefreiheit

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Digitale Barrierefreiheit	Wahrnehmung der Aufgaben nach EGovG Bln und BIKTG Bln mit folgenden Aufgaben: Landesbeauftragte für digitale Barrierefreiheit, Kompetenzstelle digitale Barrierefreiheit, Überwachungsstelle digitale Barrierefreiheit	Fortlaufende Aufgabenstellung in der Linie	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51160	285.000 €	320.000 €

A) Entwicklung und Status

Die neue Webseite für die Landesbeauftragte für digitale Barrierefreiheit geht Ende Dezember live. Informationen zur digitalen Barrierefreiheit sollen leichter, auch für Bürger und Bürgerinnen, auffindbar sein.

Insgesamt 81 gesetzlich vorgeschriebene Barrierefreiheitsprüfungen sind in 2022 erfolgt (73 vereinfachte Prüfungen, 4 vertiefte und 4 Apps). Die Prüfungen ermöglichen ein Benchmarking und eine Evaluierung der Entwicklung von öffentlicher IKT in Berlin.

Der 1. Bericht an die EU über die Webseitenprüfung 20/21 der Überwachungsstelle und Beschwerden an die Landesbeauftragte ist erstellt worden.

B) Planung für 2023

Erstellung von Handlungsleitfäden und Checklisten zur PDF und App Barrierefreiheit

Anfang des Jahres werden die Programme axesWord und axesPDF Lizenzen und PAC für die Verwaltung bereitgestellt werden. Die Erstellung von barrierefreien PDFs soll dadurch für die Berliner Verwaltung erleichtert werden.

Die Kompetenzstelle entwickelt asynchrone Schulungen zum Thema Digitale Barrierefreiheit in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie.

Die Kompetenzstelle erstellt Broschüren und andere Materialien zum Thema Barrierefreiheit.

Die Kompetenzstelle wird ein regelmäßiges Netzwerktreffen der Barrierefreiheitskoordinatoren und Ansprechpersonen für digitale Barrierefreiheit aus den jeweiligen Behörden organisieren.

C) Ausblick 2024/25

Der Fachbereich erarbeitet Lösungen für die Umsetzung barrierefreier Vorlagen für das Land Berlin. Er gründet dafür eine Projektgruppe.

2.1.3.8 Public WLAN

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Bedarfsanalyse und Markterkundung	Durchführung einer Bedarfsanalyse und Markterkundung	Abschluss Q3 2023	
Vergabeverfahren	Durchführung eines Vergabeverfahrens zum Betrieb Public WLAN	Abschluss Q4 2023	
Regelbetrieb	Übergabe in den Regelbetrieb und Start Ausbau	Regelbetrieb ab Q4 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
0500/54614	2.105.000 €	2.105.000 €

A) Entwicklung und Status

Zwischen den Jahren 2016 bis 2021 wurde im Rahmen eines Pilotprojektes zur Bereitstellung an ausgewählten Standorten im Land Berlin ein unentgeltliches und frei zugängliches öffentliches WLAN angeboten. Ziel war die Bereitstellung kostenfrei nutzbarer WLAN-Hotspots in der Stadt Berlin und so die digitale Infrastruktur Berlins im Interesse der Allgemeinheit auszubauen. Der Vertrag zum Pilotprojekt Public WLAN ist zum 31.12.2021 ausgelaufen. Aufgrund wirtschaftlicher und vergaberechtlicher Gründe konnte der Vertrag nicht mehr verlängert und ein geplanter Ausbau nicht realisiert werden.

Im zweiten Quartal 2022 wurde die Zuständigkeit für das ausgelaufene Pilotprojekt Public WLAN von der Senatskanzlei zu SenInnDS verlagert. Die Umsetzung eines Regelbetriebs befindet sich in der Vorbereitungs- und Planungsphase.

B) Planung für 2023

Mit Blick auf den Übergang in einen Regelbetrieb und der Erwägung eines möglichen Ausbaus gilt es, Veränderungen der ursprünglich in 2015 erhobenen technischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu identifizieren und Erfahrungen aus dem Pilotprojekt zu bewerten. Neben der Feststellung von Bedarfen soll im Zuge der

Ausschreibungsvorbereitungen der Leistungsumfang und das Mengengerüst durch Standorterhebungen und -erkundungen ermittelt werden.

Nach abgeschlossener Auswertung der in Analyse gesammelten Daten erfolgt auf deren Basis die Ausschreibung für den Betrieb eines Public WLAN in Berlin.

C) Ausblick 2024/25

Nach der erfolgreichen Vergabe wird nach einer kurzen Pilotphase die Übergabe in den Regelbetrieb erfolgen um anschließend mit dem geplanten Ausbau zu beginnen.

2.1.4 IKT-Basisdienste

2.1.4.1 Vermittlung und Auskunft (115 u.a.)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Vermittlung und Auskunft (115 u.a.)	Der Basisdienst Vermittlung und Auskunft ist ein vollumfänglich etablierter Dienst, der den Telefonkanal zur Berliner Verwaltung abdeckt. Neben dem Bürgertelefon 115 werden rund 100 weitere Einwahlnummern von Berliner Behörden bedient.	Regelbetrieb seit 2011	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	18.976.000 €	19.668.000 €

A) Entwicklung und Status

Der IKT-Basisdienst „Vermittlung und Auskunft“ befindet sich im Regelbetrieb und bietet den Bürgerinnen und Bürgern auf dem telefonischen Kanal Informationen zu Verwaltungsleistungen sowie die Möglichkeit der Weitervermittlung von Anfragen an fachliche zuständige Stellen an. Darüber hinaus ist es, wie in 2021 (Impf-Hotline), auch in 2022 gelungen, mit technischen und personellen Ressourcen des IKT-Basisdienstes bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Krisensituationen (z.B. Ukraine-Hotline) zu unterstützen.

B) Planung für 2023

Als Grundlage für die Fortführung des stabilen und bewährten Betriebes des IKT-Basisdienstes wird für 2023 der Abschluss eines neuen Betriebsvertrages zwischen der IKT-Steuerung bei der Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport und dem ITDZ Berlin angestrebt. Im Hinblick auf die fachliche Weiterentwicklung ist in diesem Zeitraum die Umsetzung der bundesweiten 115-Strategie und die entsprechenden Beschlüsse des IT-Planungsrates maßgeblich. Inhaltlich betrifft dies vor allem Erweiterung der 115 um die sogenannte „Lotsenfunktion“ (auch OZG-Support genannt), bei der es darum geht, dass Bürgerinnen und Bürger durch den Telefonkanal bei der Nutzung von Online-Diensten unterstützt werden. Der 115-Verbund wird im ersten Quartal 2023 hierzu einen Meilensteinplan erarbeiten und dem IT-Planungsrat vorlegen. Berlin ist in diesem

Bereich bereits Vorreiter und bietet bereits seit 2020 einen telefonischen Support für Berliner Online-Anträge (BDA) und das Berliner Service-Konto (SKB) an.

C) Ausblick 2024/25

Im Hinblick auf die Anforderungen aus der föderalen IT-Zusammenarbeit (hier: 115-Verbund), werden in diesem Zeitraum organisatorische und technische Maßnahmen zur Mitnutzung bundesweiter Standards (z.B. Verarbeitung von XZuFi 2.2 / 2.3 in den Prozessen des Service Centers; Vermittlungsdienste und Ticket-Management im bundesweiten Maßstab) fokussiert werden. Auf der Landesebene wird angestrebt, erweiterte technische Möglichkeiten (z.B. neue TK-Anlage des ITDZ, Berliner Data Hub und Dashboard-System) für eine inkrementelle, am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientierte Weiterentwicklung des IKT-Basisdienstes einzusetzen.

2.1.4.2 IKT-Basisdienst beBPo

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Regelbetrieb	Regelbetrieb beBPo via Governikus COM Vibilia	Regelbetrieb seit Q3 2022	
Marktsichtung	Marktsichtung der registrierten Drittprodukte für den OSCI-gestützten elektronischen Rechtsverkehr zwecks alternative Softwarelösung	Abschluss Q4 2022	
Bereitstellung im Verfahrens-Silo	Umzug der beBPo-Clients aus ITIS-Umgebung in ein Verfahren-Silo	Abschluss Q4 2023	
Webbasierter Client	Bereitstellung Webbasierter Client gemäß Anforderung IKT-Architektur in der Testumgebung, bessere Nutzbarkeit	Abschluss Q4 2023	
Schnittstelle digitale Akte / Fachverfahren	Integration des beBPo in die digitale Akte bzw. Fachanwendungen mit Hilfe einer Maschine-zu-Maschine Schnittstelle in der Testumgebung	Abschluss Q4 2023	
Anforderungsmanagement	Aufbau eines geordneten Anforderungsmanagement	Abschluss Q3 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	1.200.000 €	1.400.000 €

A) Entwicklung und Status

Der IKT-Basisdienst “besonderes elektronisches Behördenpostfach (beBPo)” ermöglicht die sichere und nachweisbare Übermittlung elektronischer Dokumente zwischen Behörden sowie juristischen Personen des öffentlichen Rechts und Gerichten. Die Kommunikation

erfolgt dabei auf Basis des Protokollstandard OSCI mit einer Ende-zu-Ende Verschlüsselung. Der aktive elektronische Rechtsverkehr ist seit dem 01.01.2022 rechtlich bindend. Für alle nicht über das beBPo eingereichte Prozessdokumente gilt das Formerfordernis als nicht erfüllt und die Prozesserklärung wird damit unwirksam.

Die Umsetzung im Land Berlin erfolgt auf Basis der IT-Planungsrat-Anwendung Governikus. Die Software ist als Zwischenlösung anzusehen, da Sie nur den Mindestfunktionsumfang bietet und damit besonders große Behörden vor organisatorische Herausforderungen stellt. Darüber hinaus fehlt es aktuell an Schnittstellen zu der digitalen Akte und Fachverfahren. Aus diesem Grund wurde in den vergangenen Monaten eine Marktsichtung der registrierten Drittprodukte für den OSCI-gestützten elektronischen Rechtsverkehr durchgeführt.

B) Planung für 2023

Neben dem Regelbetrieb soll 2023 zunächst die Bereitstellung des beBPo-Clients für ITIS und BerlinPC in einem Verfahren-Silo erfolgen. Die Vereinheitlichung der Bereitstellung reduziert den Aufwand im ITDZ Berlin und die Bereitstellungskosten.

Parallel wird für den IKT-Basisdienst beBPo ein Weiterentwicklungsprojekt auf Basis der Auswertung der abgeschlossenen Marktsichtung initiiert. Die aktuelle Software weist Optimierungsbedarf auf und sollte besser in den Behördenalltag zu integrieren sein. In diesem Zuge soll gleichzeitig eine Maschine-zu-Maschine Schnittstelle zur digitalen Akte und Fachverfahren geschaffen werden. Im Ergebnis soll beides zunächst in einer Testumgebung bereitgestellt werden. In diesem Zuge wird für den IKT-Basisdienst beBPo ein geordnetes Anforderungsmanagement aufgebaut zur Sicherstellung der Einhaltung der aktualisierten Anforderungen an den elektronischen Rechtsverkehr gemäß ERVB.

C) Ausblick 2024/25

Die im Rahmen des Weiterentwicklungsprojektes identifizierte alternative Software soll in entsprechenden Pilotbehörden getestet werden.

2.1.4.3 Öffentliche IT-Zugänge (Bürgerterminals)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
Bürgerterminals	Einrichtung öffentlicher IT-Zugänge zu allen informationstechnischen Angeboten der Berliner Verwaltung anhand von angemessen ausgestatteten und barrierefrei zugänglichen informationstechnischen Ein- und Ausgabegeräten	Q2 2022: Fachkonzeption Q3 2023: Erprobungsphase	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	250.000 €	300.000 €

A) Entwicklung und Status

Öffentliche IT-Zugänge – verstanden als Selbstbedienungs-Terminals zur Nutzung von Online-Diensten der Verwaltung (sog. „Bürgerterminals“) sollen Hürden beim digitalen Verwaltungszugang abbauen und somit einen Beitrag zu gesellschaftlicher Inklusion leisten. Die Berliner Verwaltung stellt öffentlichen Stellen gemäß § 16 EGovG Bln öffentliche Zugänge zu allen ihren informationstechnischen Angeboten über angemessen ausgestattete und barrierefrei zugängliche informationstechnische Ein- und Ausgabegeräte bereit. Die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport hat diesbezüglich im Rahmen einer Planungsphase die konzeptionellen Grundlagen (Strategie, Anforderungsanalyse, Oberflächen-Design, IT-Architektur) für den Einsatz von Bürgerterminals erarbeitet und prototypisch als Web-Design im Zusammenspiel mit einem Testgeräte umgesetzt.

B) Planung für 2023

Oberste Priorität im Hinblick auf die Realisierung öffentlicher IT-Zugänge liegt auf der Bereitstellung einer bedarfsgerechten Lösung für die Menschen in der Stadt Berlin. Zur Gewährleistung eines entsprechend nutzerorientierten Angebotes ist für 2023 eine Erprobungsphase geplant. Im Rahmen partizipativer Formate werden Nutzerinnen und Nutzer in den agilen Entwicklungsprozess eingebunden, so dass das Anforderungsspektrum durch direktes Feedback validiert und vervollständigt werden kann. Auf Basis der bisherigen Vorarbeiten wird im Rahmen der Erprobungsphase ein

vollständig funktionsfähiger Prototyp (MVP – Minimum Viable Product) aus Software und Hardware-Komponenten umgesetzt.

C) Ausblick 2024/25

Ausgehend von den im Rahmen der Erprobungsphase gesammelten Informationen hinsichtlich der Anforderungs- und Bedarfssituation sowie den gewonnenen Erkenntnissen sind in diesem Zeitraum entsprechende organisatorische und technische Maßnahmen durchzuführen. Dies betrifft vor allem die Beschaffung und Einrichtung benötigter Software- und Hardware-Komponenten, die Auswahl von Terminal-Standorten und die Distribution der Bürgerterminals zu den jeweiligen Standorten, sowie die Etablierung von Steuerungs- und Wartungsprozessen für den dauerhaften Betrieb der öffentlichen IT-Zugänge.

2.1.4.4 IKT-Basisdienst Digitaler Antrag

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Digitaler Antrag	Der IKT-Basisdienst Digitaler Antrag stellt interaktive Formulare für die elektronische Verfahrensabwicklung zur Verfügung. Es werden kontinuierlich weitere Anträge erstellt und Fachverfahren angebunden.	Regelbetrieb	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	4.650.000 €	4.500.000 €

A) Entwicklung und Status

Das Projekt für die Migration in die neue ITDZ-Betriebsumgebung OCP4 konnte in Q4/2022 abgeschlossen werden. In 2022 wurden 17 Verwaltungsdienstleistungen (Stand 28. November 2022) über den BDA digital transformiert, bspw.:

- Antrag für Geflüchtete aus der Ukraine auf vorübergehenden Schutz in vier Sprachen
- Sportveranstaltungsförderung – Zuwendung
- Satellitenpositionierungsdienst (SAPOS®) – Antrag auf Nutzung in Berlin
- Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Wasserversorgung
- Coronavirus - positives Testergebnis melden
- Solarpflicht - Befreiung beantragen

Aktuell sind 58 digitale Anträge, die über den IKT-Basisdienst Digitaler Antrag angeboten werden, im Service-Portal Berlin verfügbar.

In 2022 wurden 220.000 Anträge über den IKT-Basisdienst Digitaler Antrag gestellt (Stand 28. November 2022).

B) Planung für 2023

In 2023 werden zwischen 20 und 30 neue digitale Anträge für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt. Die folgenden Anträge befinden sich bereits im Produktionsprozess und werden zu Beginn des Jahres 2023 zur Verfügung gestellt:

- Härtefallfonds Energiearmut (Januar 2023)

- Chancen-Aufenthaltsrecht (Januar 2023 in drei Sprachen)
- Wohngeldanträge - Anpassung an Wohngeld-Plus-Gesetz (Januar 2023)
- Übernahme in das Beamtenverhältnis für Lehrkräfte (voraussichtlich Januar 2023)
- Rückmeldung zu Wahlen einreichen (Februar 2023)

C) Ausblick 2024/25

Es werden kontinuierlich weitere Anträge erstellt und Fachverfahren angebunden.

2.1.4.5 IKT-Basisdienst eBPF

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst eBPF	Das elektronische Behördenpostfach (eBPF) ermöglicht der öffentlichen Verwaltung in Berlin auf digitalem Weg eine sichere und rechtsverbindliche Kommunikation durchzuführen. Über das eBPF versendete Nachrichten gewährleisten Authentizität (Urhebernachweis), Integrität (Vollständigkeit und Unversehrtheit der Nachricht) sowie die Nachvollziehbarkeit und Vertraulichkeit der Kommunikation.	Regelbetrieb 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	62.100 €	63.900 €

A) Entwicklung und Status

Der Betrieb des Basisdiensts läuft stabil. Weiterentwicklungen sind aktuell keine geplant.

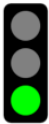
B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 befindet sich das eBPF im Regelbetrieb. Eine Optimierung des Dienstes könnte durch eine bessere Auswertung der Nutzerdaten erfolgen.

C) Ausblick 2024/25

In den Jahren 2024 und 2025 soll ein stabiler Regelbetrieb gewährleistet werden.

2.1.4.6 IKT-Basisdienst eID

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst eID	Der eID-Service ist ein IKT-Basisdienst für den elektronischen Identitätsnachweis, der im Rahmen der E-Government-Strategie des Landes Berlin zur Verfügung gestellt wird. Durch eID wird eine gegenseitige Identifizierung von Ausweisinhabenden und Diensteanbietenden unter Nutzung entsprechender Soft- und Hardware online ermöglicht.	Regelbetrieb 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	493.500 €	508.200 €

A) Entwicklung und Status

Aktuell wird die verwendete Software zur Verwendung des Basisdienstes aktualisiert. In einem laufenden Projekt gemeinsam mit dem ITDZ wird die Governikus-Softwarekomponente ID Panstar installiert. Während dieser Weiterentwicklung wird der Betrieb durchgehend gewährleistet. Der Betrieb ist aktiv, war jedoch in 2022 häufiger von Zertifikatsproblemen betroffen.

B) Planung für 2023

Das Projekt zur Implementierung der Governikus-Softwarekomponente ID Panstar soll in 2023 beendet werden. Abhängig ist dies von der Auslieferung der Software durch Governikus. Der Basisdienst soll mehr Verwendung in der Berliner Verwaltung finden.

C) Ausblick 2024/25

Ziel für die Folgejahre sollte die Anbindung weiterer Fachverfahren sein.

2.1.4.7 IKT-Basisdienst E-Payment

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst E-Payment	Die Zahlverfahren Kreditkarte (MasterCard und VISA), giropay sowie PayPal stehen zur Verfügung. In 2023 werden weitere Online-Dienstleistungen an das E-Payment angeschlossen.	Regelbetrieb 2023: Anbindung SEPA-Lastschrift und weiterer Behörden	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	807.000 €	739.000 €

A) Entwicklung und Status

Der Basisdienst E-Payment ist in Betrieb, läuft stabil und wächst jährlich. 2022 wurden zusätzlich Verwaltungsdienstleistungen des Fischereiamts, der Senatsverwaltung für Bildung und Jugend, des Standesamts I und voraussichtlich der Waffenbehörde an den IKT-Basisdienst E-Payment angeschlossen. Diese Anbindungen erfolgten in Zusammenarbeit mit dem Digitalen Antrag. Außerdem hat der Dienstleister BerlinOnline eine Migration zu einem neuem Host vorgenommen und ein Informations-Sicherheits-Management-System eingeführt. Die zentrale E-Payment Schnittstelle wurde modernisiert und bietet nun mehr Sicherheit. Zuletzt wurde ein neues Datenschutzkonzept erstellt.

B) Planung für 2023

Die Zahlungsart SEPA-Lastschrift soll in den Basisdienst aufgenommen werden. Bisher stehen nur Kreditkarte (MasterCard und VISA), Giropay und PayPal zur Verfügung. PayPal ist bisher nur für Verwaltungsleistungen der Hauptverwaltung möglich, eine Anbindung der Bezirke in 2023 wird daher angestrebt. Weitere Verwaltungsdienstleistungen sollen über den IKT-Basisdienst E-Payment elektronisch bezahlt werden können.

C) Ausblick 2024/25

Weitere Verwaltungsdienstleistungen sollen ans E-Payment angeschlossen werden. Außerdem hat der IT-Planungsrat dem dokumentierten Bedarf an einer standardisierten Schnittstelle (XBezahldienste) zwischen Bezahldiensten und Online-Diensten (insb. im

OZG-Kontext) zugestimmt und diesen Bedarf in die Standardisierungsagenda aufgenommen. Die Einführung dieses Standards könnte in den nächsten Jahren erfolgen.

2.1.4.8 Service-Konto Berlin (SKB)

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst Service-Konto Berlin	Das SKB ist als zentraler IKT-Basisdienst für die Authentifizierung und Identifizierung während der Online-Antragstellung im Land Berlin online. Aktuell wird ein Produkt-Change auf die Lösungen BundID (Bürgerkonten) und NEZO / Mein Unternehmenskonto (Organisationen) durchgeführt.	Regelbetrieb Weiterentwicklung: In Konzeption Start der Proof of Concept-Phase für BundID	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	1.844.200 €	1.784.000 €

A) Entwicklung und Status

Das aktuell produktive Service-Kontos Berlin (SKB -alt) auf der Grundlage des Softwareproduktes GovernmentGateway wird herstellerseitig nicht weiterentwickelt. Das macht einen Produkt-Change der technischen Lösung für das SKB notwendig.

Im Rahmen der Weiterentwicklung (SKB- neu) ist geplant, für die Authentifizierung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Online-Antragstellung künftig die technische Lösung von BundID nachzunutzen, für die von Organisationen die Technologie von ELSTER über das Produkt NEZO/Mein Unternehmenskonto.

Mit dem BMI hat das Land Berlin einen Letter of Intent gezeichnet und die Absicht bekundet, die BundID, das Nutzerkonto Bund, in Berlin nachzunutzen. Der Zugang zur Testumgebung für die Anbindung an die BundID steht zur Verfügung. Eine Proof-of-Concept-Phase für BundID ist angelaufen. Im Rahmen von Pilotierungen soll die Anbindung nun getestet werden.

B) Planung für 2023

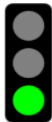
Geplant ist der Umstieg für die Authentifizierungskomponente im SKB im Jahr 2023. Für eine Übergangszeit wird zur Sicherung der Leistungsfähigkeit des SKB ein Parallelbetrieb von altem und neuem SKB stattfinden.

Beide Produkte bieten zudem eine Postfachlösung. Mit der Anbindung der Postfachlösungen soll in 2023 begonnen werden.

C) Ausblick 2024/25

Das SKB wird kontinuierlich weiterentwickelt. Insbesondere für die Postfachlösungen sind aktuell weitere Funktionalitäten in Spezifikation, unter anderem über den IT-Planungsrat.

2.1.4.9 IKT-Basisdienst OnlineZugänge

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst OnlineZugänge (DLDB, Service- Portal/-App, PVOG, Chatbot)	Der IKT-Basisdienst OnlineZugänge umfasst mehrere Komponenten, die bedarfsgerechte Ausprägungen eines Online-Zuganges bereitstellen. - Dienstleistungs- und Standort-Datenbank Berlin (DLDB) - Service-Portal (service.berlin.de) - Service-App - Portalverbund-Onlinegateway (PVOG) - Chatbot Bobbi	Regelbetrieb	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51162	1.749.000 €	2.096.000 €

A) Entwicklung und Status

DLDB

Die DLDB enthält 914 gepflegte Leistungsbeschreibungen, von denen 236 zu einer Online-Dienstleistung führen. Die Fertigung neuer Einträge erfolgt nach den Vorgaben des föderalen Informationsmanagements (FIM).

Für eine nutzergerechte Umsetzung der digitalen Anträge für Geflüchtete aus der Ukraine wurde die Mehrsprachigkeit der DLDB auf vier Sprach-Versionen (de, en, uk, ru) erweitert.

Service-Portal

Der Rebrush der Service-Portal-Oberfläche in Kombination mit einem mobil-first-Ansatz wird aktuell in einem agilen Vorgehen vorangetrieben. Eine verlässliche Prognose des Fertigstellungstermins im Jahr 2023 ist aufgrund der Abhängigkeit zu den verfügbaren Personalressourcen auf Entwickler- wie auf Auftraggeberseite schwierig.

PVOG

Die für den Anschluss der DLDB an den Portalverbund zu erfüllenden Vorgaben aus der jüngeren EU- bzw. Bundesrechtssetzung wurden weitestgehend umgesetzt.

B) Planung für 2023

DLDB

Aus den Themenfeld-Umsetzungen der Länder entstehen Stamm-Prozessbeschreibungen, Stamm-Leistungstexte und Einer-für-Alle-Online-Dienste, die durch jedes Bundesland nachgenutzt werden können. Die für eine Nachnutzung sinnvollen Vereinbarungen und Abläufe sind verbindlich festzulegen, um Mehrfachaufwände zu vermeiden und die Digitalisierungsvorhaben beschleunigen zu können.

Service-Portal/-App

Nach dem Rebrush der Portal-Oberfläche ist ein Roll-out des Service-Portal-Designs auf alle darüber aufrufbaren IKT-Basisdienste und Online-Dienste (z.B. Digitaler Antrag, Service-Konto, ePayment, Melderegister) vorgesehen.

Begleitend ist eine Analyse der Nutzererfahrung mit dem neuen Design vorgesehen.

Chatbot Bobbi

Der Chatbot soll den beta-Status verlassen, eine verbindliche Vertragsgrundlage erhalten und auf eine stabile Betriebsumgebung migriert werden.

C) Ausblick 2024/2025

Die Ergebnisse aus der User-Experience werden zusammen mit Erfahrungen aus dem Portalverbund sowie den Online-Diensten genutzt, um das Service-Portal und ggf. weitere Komponenten weiterzuentwickeln.

2.1.4.10 IKT-Basisdienst VPS

Titel	Kurzbeschreibung	Zeitplan	Status
IKT-Basisdienst VPS	Über die Virtuelle Poststelle (VPS) können einheitliche und gemeinsame IKT-Strukturen und Standards verwendet werden. Die VPS kann im Wesentlichen in zwei Szenarien eingesetzt werden: Zur Absicherung web-basierter (Client-Server) Kommunikation und Zur Bereitstellung von Sicherheitsfunktionen für Backend-Systeme	Regelbetrieb 2023	

Kapitel/Titel	Ansatz 2022	Ansatz 2023
2500/51161	29.200 €	30.900 €

A) Entwicklung und Status

Der Betrieb des Basisdiensts läuft stabil. Weiterentwicklungen sind aktuell keine geplant.

B) Planung für 2023

Im Jahr 2023 befindet sich die VPS im Regelbetrieb. Weitere Fachverfahren können an die VPS angebunden werden.

C) Ausblick 2024/25

In den Jahren 2024 und 2025 soll ein stabiler Regelbetrieb gewährleistet werden.

2.2 Entwicklung und Status der Digitalisierungsvorhaben im Land Berlin: Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung

2.2.1 Vorhaben der Ressorts

Die Übersicht der digitalen Projekte in den Ressorts spiegelt die gesamte Bandbreite und die Vernetzung der Vorhaben wider.

Es zeigt sich, dass neben den großen Fachverfahrensprojekten, den verfahrensunabhängigen Infrastrukturprojekten, den partizipativen Angeboten, auch die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung breit angegangen wird.

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Senatskanzlei		
Auf- und Ausbau der Datenkompetenz der Berliner Verwaltung DASH	Die Datenkompetenz - dies umfasst Daten erfassen, auswerten und darstellen sowie evidenzbasierte Entscheidungen treffen - in der Berliner Verwaltung soll ausgebaut werden. Dazu wird die Vereinbarung der Skzl mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Beratung und Unterstützung der Berliner Verwaltung bei der Datenaufbereitung sowie der -pflege, bei Befragungen und beim datengestützten Monitoring fortgeführt. Im Rahmen dessen wird eine gemeinsame Dashboard-Lösung aufgebaut	
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie		
Datenbank der schulpsy. und inklusionspäd. Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZ)	Datenbank zur Erfassung, Prozessbegleitung und Bescheiderstellung von Feststellungsverfahren von sonderpäd. Förderbedarf	
EBiG	IT-Umsetzung des Fachverfahrens zum Erwachsenenbildungsgesetz Berlin zur Anerkennung und Förderung von anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung	
web@VHS	IKT-konformer Umbau der Website der Berliner Volkshochschulen Prozesse zur Kurssuche, -buchung und -bezahlung sollen im Web neu angeboten und auf eine modere Webanwendung	

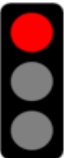
Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	umgestellt werden. Zugleich wird das Fachverfahren in eine 3-Schichtigkeit umgebaut, das Frontend nach der „mobil first“-Strategie aufgebaut und der Basisdienst ePayment zur Zahlungsabwicklung vorgesehen.	
checkIT@VHS	IKT-konformer Umbau des IT-Fachverfahren in den Berliner Volkshochschulen. Zusätzlich werden die Leistungsfähigkeit und die Bedarfe geprüft sowie technologischen Standards genutzt.	
Aus-, Fort- und Weiterbildungsdatenbank (AFW-DB)	Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften/ päd. Personal wird durch verschiedene IT-Fachverfahren verwaltet. Diese sollen in ein neues Fachverfahren zusammengeführt werden.	
Berliner Schulportal	Das Berliner Schulportal ermöglicht mit einer einmaligen Anmeldung (Single-Sign-On) einen personalisierten, strukturierten und prozessorientierten Zugang zu digitalen Werkzeugen, digitalen Fachverfahren, digitalen Bildungsmedien und Serviceangeboten, die von den Schulen, der Schulaufsichtsbehörde, den Schulbehörden (Schulträger), den Schülerinnen und Schülern, den Erziehungsberechtigten sowie von außerschulischen Kooperationspartnern für pädagogische und administrative Aufgaben genutzt werden.	
Digitale Kopie von Zeugnissen	Für Bewerbungen (Uni, Schulen, Ausbildungsbetrieb, usw.) können Schülerinnen und Schüler eine digitale Kopie von Abschlusszeugnissen mit definierter Schnittstelle und Zertifizierung übergeben werden. (OZG-Leistung in Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt).	
Digitale Ausweise/ Schulbesuchsbescheinigungen für Schülerinnen und Schüler	In einem Gemeinschaftsprojekt mit dem ITDZ, TU Berlin und SenWeb werden derzeit Möglichkeiten zur Digitalisierung von	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Ausweisen/ Bescheinigungen für Schülerinnen und Schüler erkundet.	
An-/Ummeldung von Schulerinnen und Schüler online	In einem Gemeinschaftsprojekt mit „digitaler Antrag“ werden derzeit die Möglichkeiten geschaffen, dass die Sorgeberechtigten die Anmeldung bei Einschulung und Anmeldung an weiterbildende Schule online ermöglicht wird.	
Mobile Endgeräte für pädagogische Beschäftigte an Schulen	Lehrkräfte und weiteres pädagogisches Personal werden mit einem mobilen Endgerät ausgestattet. Dabei wird ein zentrales Management eingerichtet und entsprechende Servicestrukturen aufgebaut. Zubehör und Ersatzgeräte werden bereitgestellt.	
Mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler	Schülerinnen und Schüler werden mit einem mobilen Endgerät ausgestattet. Dabei wird ein zentrales Management eingerichtet und entsprechende Servicestrukturen aufgebaut. Zubehör und Ersatzgeräte werden bereitgestellt.	Keine Angabe
zentrales Mobile-Device-Management System	Zur Konfiguration, Steuerung, Administration und Betrieb der mobilen Endgeräte dient ein zentrales Mobile-Device-Management System, welches Service, Support und Wartung der Geräte ermöglicht.	
Lernmanagementsysteme	Digitale Lernmanagement-Systeme (Lernraum Berlin und itslearning) werden den Schulen zentral zur Verfügung gestellt.	Keine Angabe
Tools für die digitale Kommunikation in Schule	Über das Schulportal stehen Tools zur digitalen Kommunikation den Schulen zur Verfügung: Mail, Messenger, Kalender, Adressbuch	Keine Angabe
Bereitstellung Digitaler Werkzeuge für Schulen	Über das Schulportal stehen digitale Werkzeuge den Schulen zur Verfügung. Für das digital gestützte Lernen sind der Betrieb eines Videokonferenzsystems sowie Online-Office (zum Beispiel	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Textverarbeitungs-, Tabellenkalkulations-, Präsentationsprogramm) und Dateiablage unerlässlich. Lizenzkosten inkl. 2nd und 3rd Level Support	
Bereitstellung Digitaler Bildungsmedien für Schulen	Über das Schulportal stehen digitale Bildungsmedien den Schulen zur Verfügung Bettermarks: Bereitstellung von Content (digitalen Bildungsmedien) mit einer Landeslizenz zur Förderung im Bereich Mathematik. Mathematiksoftware. Verbesserung der Mathematikleistungen mit Hilfe adaptiver Tests sowie Übungen von Klasse 4-13 (auch Nutzung für Berufliche Schulen (Berufsfelder) in der Entwicklung) inkl. Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Service und Support.	Keine Angabe
Passive Infrastruktur für Schulen	Bereitstellung eines Mehr-Partner- Rahmenvertrages zur Unterstützung der Schulträger beim Netzerkusbau	Keine Angabe
Aktive Netzwerkkomponenten und WLAN für Schulen	Bereitstellung eines Rahmenvertrages zur Unterstützung der Schulträger bei der Ausstattung von Schulstandorten mit WLAN	Keine Angabe
Breitbandausbau an öffentlichen Schulen	Breitbandausbau inkl. der notwendigen Begleitmaßnahmen der Berliner Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Grundvoraussetzung für digital unterstütztes Lernen ist der Anschluss jeder Berliner Schule an das 1Gbit-Netz. Anschluss aller allgemeinbildenden Schulen bis spätestens 09/2025. Berufsbildende/zentralverwaltete Schulen sind bereits angeschlossen.	
Programmmanagement beim ITDZ zu WLAN und Breitband	Um die Leistungsabrufe effektiv und wirtschaftlich umzusetzen, ist das ITDZ Berlin mit der Programmleitung für die Leistungsfelder Breitbandanschlüsse und WLAN sowie die Schnittstelle zum Leistungsfeld passive Infrastrukturverkabelung beauftragt. Der	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Umfang des Vorhabens (mehrere Jahre, hohe Investitionen, hunderte Schulen, zahlreiche Stakeholder mit heterogenen Anforderungen) erfordert eine Programmleitung zur übergreifenden Koordination. Unter anderem wird mittels standardisierter Prozesse die Zusammenarbeit der Beteiligten vereinfacht und beschleunigt. Bisherige Erkenntnisse aus einer beauftragten Vorbereitungsphase wurden transferiert.	
pädagogische Schulserver	Im edukativen (Netz-)Bereich der Schulen stellen pädagogische Schulserver den Einsatz der IKT sicher. Diese ermöglichen das dezentrale Management der eingesetzten Computer in der Schule und bieten weitere pädagogische Einsatzmöglichkeiten bereit (z. B. Klausurmodus und Bildschirmfreigabe).	
IT-Experten und IT-Wartung in den Schulen	Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der IT-Infrastruktur in den allgemeinbildenden Schulen. Mehr aufgrund des starken Zuwachses an Endgeräten in den Schulen sowie der Ausbau von LAN und WLAN und die damit verbundene stärkere Nutzung ist ein Ausbau IT Wartung notwendig. Ausbau der bestehenden IT-Wartung unabhängig von der Zusatzvereinbarung „Administration“ zum DigitalPakt, die sich nur an die durch den DigitalPakt Schule geförderte IT richtet.	Keine Angabe
zentrale Bildungsserver	Hosting und Betrieb der Infrastruktur für zentral bereitgestellte Dienste wie Lernraum und Schulportal: ZIB und PaaS beim ITDZ	Keine Angabe
Übergang Schul-IKT zum ITDZ (Vorprojekt)	-	Keine Angabe
Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT, Schulungen	Für die Durchführung von Unterricht inklusive Vor- und Nachbereitung durch die Lehrkräfte sowie die digitale	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
der Lehrkräfte und des päd. Personals i.V.m. mobilen Endgeräten	Kommunikation werden Lehrkräften und pädagogischem Personal mobile Endgeräte zur Verfügung gestellt. Mit der Einführung der Endgeräte hat eine Schulung in der technischen Nutzung sowie dem 1rd Level Support zu erfolgen. Kosten für die Fortbildung bei Einführung der Geräte und laufende Schulungen für neue Dienstkräfte.	
DigitalPakt Schule	Zur Verfügung stehenden Bundesmittel aus dem Digitalpakt Schule sowie dem Zusatzprogramm II, „IT-Administration“. Mit den Ausgaben soll die digitale kommunale Bildungsinfrastruktur gestärkt (DigitalPakt Schule) sowie die Administration der IKT in den Schulen sichergestellt werden. Die erforderliche Kofinanzierung erfolgt aus den in den Bezirken und dem Einzelplan 10 für die Digitalisierung veranschlagten Ausgaben.	Keine Angabe
Digitalisierung der Berliner Jugendhilfe	Einführung einer Standardsoftware für die Rechtsgebiete der Jugendhilfe	
Digitalisierung des Antrags auf Unterhaltsvorschuss	OZG Maßnahme UV-Onlineantrag unter Verwendung des Basisdienst Digitaler Antrag (BDA)	
Externes Datenbackup und Verbesserung der Informationssicherheit (Backup Extern)	In den Jahren 2020/2021 wurde eine systematische Sicherheitsanalyse (Grundschutzchecks) der Basis-IT zur Erarbeitung des Standortsicherheitskonzeptes auf Basis des BSI IT-Grundschutzstandards durchgeführt. Insgesamt wurden dabei alleine 300 offene Punkte identifiziert und dem Verantwortungsbereich der IT-Stelle zugeordnet. In diesem Projekt sollen erste wichtige	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Quellen für Informationssicherheitsrisiken beseitigt werden.	
Migration der vulT neu unter dem Projektnamen "OneIT@Berlin"	Migration der vulT gemäß Vorgaben der IKT-Steuerung des Landes Berlin und EGovG Bln Basierend auf dem Behördenprojektauftrag vom 03.08.2021	
Modernisierung Ticketsysteme SenBJF	Im Haus SenBJF werden seit vielen Jahren verschiedene elektronische Ticketsysteme betrieben, die die jeweiligen Einrichtungen (Abt. ZS, ISBJ, eGoc@School, JBA) bei der Bearbeitung eines hohen Aufkommens an Supportanfragen unterstützen. Die dafür aufgebaute Betriebsumgebung sowie die Software des Ticketsystems sollen in diesem Projekt modernisiert werden. Dabei sollen neue Produkteigenschaften implementiert und die Systeme besser auf die jeweiligen Bedarfe der Einrichtungen angepasst werden, um eine höhere Effizienz und Anwenderfreundlichkeit zu erreichen. Ebenfalls wird das Betriebs- und Sicherheitskonzept für die Systeme nach aktuellen Standards erstellt.	
BBB Einführung	Das bisher verwendete WebEx-System soll durch das Open-Source-Webkonferenzsystem „BigBlueButton“ abgelöst werden.	
Makrosignierung	Kleinstanwendungen, betrieben auf Basis von MS Access oder nicht-signierten Makros, werden identifiziert, ggf. signiert oder IKT-konform abgelöst.	
Access-Ablösung	Kleinstanwendungen, betrieben auf Basis von MS Access oder nicht-signierten Makros, werden auf IKT-konforme, webbasierte IT-Lösungen umgestellt.	
Digitale Akte SenBJF	Umsetzung der Digitalen Akte in der SenBJF. Beinhaltet auch DIP (ehemals DIM).	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Arbeitsplatztransformation	Umstellung aller Standortarbeitsplätze von SenBJF auf mobile Thin Clients. Die ITK-Steuerung hat im Rahmen der Coronapandemie die Umsetzung der One-Device-Strategie für alle Arbeitsplätze des Landes deutlich forciert. Die Transformation aller Arbeitsplätze und Prozesse im Rahmen eines konzertierten Projekts ist daher unabdingbar	
Senatsverwaltung für Finanzen		
SoFinData(Prototyp und Evaluation)	Aufbau einer gemeinsamen Datenanalyseplattform für die Bereiche Eingliederungshilfe (EGH), Pflege und Hilfen zur Erziehung (HzE) als Planungsgrundlage für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung	
AxA (Arbeit mal anders)(Stufe 1 und 2)	Agile Arbeitsumfeldgestaltung und prototypische Etablierung einer neuen Arbeitskultur in der Berliner Verwaltung für flexibles, mobiles und digitales Arbeiten	
Digitalisierung des Prozesses Zeiterfassung(Entwicklung zur Digitalisierungsplattform intrex)	Planung und Implementierung einer digitalen Lösung zur Erfassung und Freigabe/Verarbeitung der Zeiterfassung Beschäftigter der SenFin	
Broschüre 2.0	Überführung der Broschüre „Was kostet wo wieviel“ in ein modernes, webbasiertes, flexibles Format.	
Shared Service des LVwA	Start des Projektes zur Erhebung und Optimierung der Personalprozesse im Bereich der Hauptverwaltung (Shared-Service des LVwA)	
BDA-Anträge nach InfSchG	Schnittstelle zur E-Akte für die medienbruchfreie Verarbeitung der "Corona-Anträge" nach Infektionsschutzgesetz	
Digitalisierung Stellenbewertungsverfahren	Implementierung einer digitalen Lösung zur vollständigen Bearbeitung von Stellenbewertungen	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Digitalisierung Dienstreisemanagement	Implementierung einer digitalen Lösung zur vollständigen Bearbeitung einer Dienstreise von Antrag zu Abrechnung	
BSO 2.0(Entwicklung zur Digitalisierungsplattform intrex)	Planung und Implementierung einer digitalen Lösung zur Erfassung und Auswertung aller Schulbaumaßnahmen mit definierten finanzpolitischen, bautechnischen und schulfachlichen Variablen	
Entwicklung eines Prüfschemas für die Vergabe von Erbbaurechten	Projekt	Keine Angabe
Optimierung des landesweiten Prozesses Wissenstransfer	Projekt	Keine Angabe
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales		
Digitales Willkommenszentrum	Mit verschiedenen Maßnahmen sollen die Beratungsangebote des Willkommenszentrums ausgebaut werden: 1. So wird derzeit geprüft, ob eine rechtssichere Online-Beratung möglich ist. 2. Das digitale Beratungsangebot "Neu in Berlin" in Kooperation mit dem Träger Minor verfolgt das Ziel, "digital Streetwork" zu betreiben, um Ratsuchende aufsuchend in ihren Communitys (z.B rumänische Social-Media-Kanäle) zu beraten, auf Angebote zu verweisen und auf Fakenews zu reagieren - in enger Absprache mit dem Willkommenszentrum.	
Partizipation Digital	Etablierung eines interinstitutionellen, digitalen Informationssystems im Land Berlin. Ziel: bestehende Organisationsstrukturen im Bereich Informationsmanagement und -veröffentlichung zu verbessern, um die gesellschaftliche Teilhabe von Berliner*innen mit Migrationsgeschichte aus Drittstaaten nachhaltig zu stärken. Ein anderes Ziel des Projekts wird die Errichtung eines mehrsprachigen Apps sein.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Weiterentwicklung Vertragssachbearbeitung	Erhebung der hiesigen Geschäftsprozesse des Vertragssachbearbeiter-Bereichs in der Eingliederungshilfe mit dem Ziel, hieraus SOLL-Prozesse zu konzipieren und dieses zu guter Letzt möglichst in allen Schritten bzw. Aktivitäten in der Praxis zu digitalisieren. Leistungspaket bestehend aus 4 Arbeitspaketen (AP).	
Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung (GStU)	Eine IT-gestützte, bedarfsgerechte Unterbringung wohnungsloser Menschen (unabhängig von Rechtskreis und Herkunft) in qualitätsgesicherten Unterkünften.	
Weiteranwendung der Statistiksoftware für Schuldner- und Insolvenzberatung (InsOStat)	Erhebung von Daten aus den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen und Weiterleitung an das Statistische Bundesamt gemäß Überschuldungsstatistikgesetz sowie zur Datenübermittlung an die Bezirke im Rahmen der KLR	
Gratulationsdatenbanken der Sozialkommissionen	Vorbereitung der Ablöse der von den Berliner Bezirken zur Bearbeitung der Gratulations- und Jubilarsdatenbanken verwendeten IT-Kleinstverfahren	
Interims-Digitalisierung der Betreuungsbehörden	Vorhaben zur Unterstützung der sieben Berliner Betreuungsbehörden ohne Fachsoftware bei der dezentralen Beschaffung einer Fachsoftware, damit bis Ende 2022 alle Betreuungsbehörden digital arbeiten können und damit den Großteil der GPO-Ergebnisse implementieren können	
Digitalisierungsstrategie für das Politikfeld Soziales	Entwicklung einer umfassenden Digitalisierungsstrategie für alle Fachprozesse im Politikfeld Soziales, inkl. Zeit- und Maßnahmenplan, Matching Prozess- und Verfahrenslandkarte, Einbeziehung von Sozialämtern und nachgeordneten Behörden, Nutzung von Synergieeffekten	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Elektronische Abrechnung mit der Sozialwirtschaft	Verarbeitung der in den Sozialämtern eingehenden Rechnungen insbes. betr. Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege, für Leistungen i.H.v. ca. 1,5 Mrd. €/Jahr in ca. 1 Mio. Rechnungsvorfällen/Jahr.	
Blended Learning für die IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales	Ertüchtigung der Qualifizierungsmaßnahmen für die Anwendung von IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales für moderne Bedarfe, d.h. Abkehr von Präsenzkursen in der VAK als alleinigem Mittel hin zu "Blended Learning" mit sinnvoll gemischtem Einsatz von online-Methoden und Präsenzkursen	
Aufbau von Auswertungs- und Veröffentlichungssystemen für soziale Daten (BASIS-BI, PAASoDat, SIS)	strukturelle Basis für die verbesserte Auswertung, Darstellung, Berichterstellung und Veröffentlichung (OpenData) von sozialen Daten; technische Grundlage für die integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung.	
Projekt Sozialhilfeportal (SHP)	Online-Annahme von Anträgen und Schriftstücken an die Sozialverwaltung, OZG-Umsetzung im Politikfeld Soziales ("SHP-extern"); Geschäftsprozessbearbeitung, insbes. Antragsbearbeitung, in der Sozialverwaltung ("Prozess-Container", "SHP-intern"); perspektivisch Bescheidzustellung ("Rückkanal")	
Einführung des IT-Fachverfahrens SERiD für die Antragsbearbeitung und Leistungserbringung in den Arbeitsbereichen des Sozialen Entschädigungsrechts (SER)	Im Rahmen des vollständigen Inkrafttretens des neuen SGB XIV sind bisherige IT-Fachverfahren abzulösen und ein aktuelles, das neue SGB XIV unterstützendes IT-Fachverfahren einzuführen. Das geschieht in diesem Fall im Rahmen einer Bundesländer übergreifenden Kooperation, bei der durch die einzelnen Bundesländer neben einer finanziellen Beteiligung an der Programmierung der SW kooperative Beiträge zu erbringen sind und die Einführung des Fachverfahrens im eigenen Bereich zu projektieren und umzusetzen ist.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Einführung Basisdienst Digitale Akte, bzw. Umsetzung des Ressort-Projekts "E-Akte Ready"	Einführung der Digitalen Akte zunächst für den Leistungsbereich und anschließend für das gesamte Amt.	
Einführung eines Kundenmanagementsystems für die Verwaltung der Stammdaten von Geflüchteten und Ablösung der PIK-Software des Bundes	Markterkundung, Anforderungserhebung und Vorbereiten der Ausschreibung eines Systems für die Einführung in den ITDZ Betrieb und in die Prozesse des LAF	
Digitalisierung von Personalprozessen	Einführung elektronischer Prozesse zur Urlaubsplanung, Abwesenheiten, Telearbeit und mobiler Arbeit, Zeiterfassung, Platzbuchung, Ressourcenverwaltung in Abstimmung mit der Politikfeld-verantwortlichen SenFin	
Digitales Tariffreuregister	Aus mehr als 500 Tarifverträgen des Landes sind Tarifinformationen zu bisher 50 Wirtschaftsbereichen im Online-Tariffreuregisters des Landes Berlin veröffentlicht. Mit dieser Einrichtung sollen Tarifvertragsinhalte noch stärker als bisher Beachtung finden und Maßstab für die Arbeitsbedingungen in den vom Land Berlin geförderten Einrichtungen sein.	
Bildungsurlaubsveranstaltungen	„Pflege, Wartung, & Serverbetrieb sowie Weiterentwicklung der Fachsoftware BiOn zur Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach BiZeitG BiOn 2.0 und BetrVG - BeOn“	Keine Angabe
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport		
Umsetzung des OZG im LEA	Einführung des digitalen Antrags für Aufenthaltstitel unter Nutzung des IKT-Basisdienstes "Digitaler Antrag"	
Digitalisierung von Siegellisten	Digitalisierung von Siegellisten bzw. des Siegelregisters für Beglaubigungen im Bereich der Apostillen und Vorbeglaubigung zur Ausstellung einer Legalisation	
Optimierung und Digitalisierung der Poststelle	Optimierung und Digitalisierung der Poststelle	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Optimierung und Digitalisierung im Bereich der Abteilung „Zentraler Service“	Optimierung und Digitalisierung im Bereich der Abteilung „Zentraler Service“	
eWarenhaus Berlin	Digitalisierung der Bestellabrufe aus dem Sammelbestellverfahren (SBV) des LVwA mittels Webshops (eWarenhaus) - Erweiterung des Vorhabens auf weitere Ebenen der Berliner Verwaltung (Hauptverwaltungen, Bezirke weitere Landeseinrichtungen)	
Optimierung Wissensmanagement Notrufbearbeitung Polizei Berlin	Optimierung des digitalen Wissensmanagement bei der Annahme und Bearbeitung von Notrufen in Form von interaktiven Checklisten für Dokumentation - SNA (Standardisiertes Notrufabfrageprotokoll)	
Einbindung Freiwillige Feuerwehr und Jugendfeuerwehr in Personalfachanwendungen	Überführung der Anwendungen (Access und Makro-Bezug) in die dafür vorgesehenen Fachanwendungen, die Nutzungen der daraus resultierenden Synergien und Umsetzung der Datenschutz- und IT Sicherheitsanforderungen	
Optimierung und Weiterentwicklung der Datenmanagement- und Datenanalyse-Infrastruktur bei der Berliner Feuerwehr	Um eine datengestützte Entscheidungsfindung zu ermöglichen, wird ein Datenmanagementsystem konzeptioniert und aufgebaut sowie die Prozesse zur Beladung, Kennzahlendarstellung und Analyse etabliert.	
Prozessoptimierung und Vorbereitung Digitalisierung der Einnahmewirtschaft bei der Berliner Feuerwehr	Optimierung der Abrechnungs-Soll-Prozesse der Einnahmewirtschaft sowie Aufnahme der Leistungsanforderungen der betroffenen Bereiche in Vorbereitung auf eine zukünftige Erneuerung des Feuerwehr-Abrechnungssystems (FAS)	
Digitale Verwaltung der Fahrzeuge / Geräte bei der Berliner Feuerwehr	Digitalisierung der Kernprozesse beim Zentralen Service der Feuerwehr Berlin im Bereich Fahrzeuge, Geräte sowie Technik und Logistik	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Digitale Funktionsplanung bei der Berliner Feuerwehr	Fachliche Optimierung der Funktionsplanung. Konzeption und Einführung einer digitalen Funktionsplanung	
OSiP (Onlinesicherheitsüberprüfung)	Einführung des OSiP Kerns (Anwendung des IT-Planungsrates) als Schnittstellen-Verteilssystem im Land Berlin zur landesweiten Digitalisierung der Prozesse zu Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	
Transparente Sportstättenvergabe 3.0	Geschäftsprozessoptimierung der Sportstättenvergabe im Land Berlin, Sichtbarmachung/Transparenz der Nutzungszeiten auf landeseigenen Sportanlagen, Aufbau einer Stammdatenbank über alle landeseigenen Sportanlagen	Keine Angabe
Optimierung und Verknüpfung der Vereinsdatenbank mit dem Geschäftsprozess Sportstättenvergabe 3.0	Optimierung und Verknüpfung der Vereinsdatenbank mit dem Geschäftsprozess Sportstättenvergabe 3.0	Keine Angabe
Lernplattform Informationssicherheit	Lernplattform Informationssicherheit - gem. Beschluss des Abgeordnetenhauses	Keine Angabe
DigiBüD	Programm Digitalisierung Bürgerdienste	
Digitalisierung Dienstleistungen Standesämter		
Daisi	Einführung eines Content-Management als Wissensplattform in der IT-Verbindungsstelle	
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		
Elektronische Gerichtsakte	Die Einführung der elektronischen Gerichtsakte	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Haftraummediensystem	insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die Gefangenen damit digital mit den Bediensteten kommunizieren können);	Keine Angabe
eKlausur	Ab Dezember 2023 können Referendar*innen in Berlin und Brandenburg die jeweils fünfstündigen schriftlichen Prüfungen im zweiten juristischen Staatsexamen auch am Computer und nicht wie bisher nur handschriftlich anfertigen. Hierfür werden den Kandidat*innen in Zusammenarbeit mit der Freien Universität Berlin PC-Arbeitsplätze mit einem speziell angepassten Schreibprogramm zur Verfügung gestellt. Ein solches digitales Prüfungsformat ist zeitgemäß und entspricht der Arbeitsweise im späteren Berufsleben. Zudem wird durch ein einheitliches Schriftbild die Chancengleichheit erhöht und durch die Digitalisierung die Korrektur und Akteneinsicht vereinfacht. Perspektivisch sollen elektronische Prüfungen auch im ersten juristischen Staatsexamen (staatliche Pflichtfachprüfung) angeboten werden, wobei es aufgrund der hohen Zahl an Kandidat*innen noch einige logistische Herausforderungen zu überwinden gilt.	Keine Angabe
Projekt Digitalisierung der Jahresberichterstattung der Stiftungen im Rahmen der Stiftungsaufsicht:	Berliner Stiftungen müssen ihre Jahresberichte in Form von diversen Formularen an die Stiftungsaufsicht übermitteln. Bislang erfolgt dies ausschließlich in Papierform. Mit der Digitalisierung der Jahresberichte soll es den Stiftungen ermöglicht werden, die Daten für die Jahresberichte in ein Online-Portal einzugeben, zu kontrollieren und dann an die Stiftungsaufsicht zur Prüfung zu geben. So soll zum einen der immense Anfall an Papieraufkommen reduziert	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	werden, aber auch die Arbeit der Stiftungsaufsicht erleichtert werden.	
AniD-App	Entwicklung AntidiskriminierungsApp	Keine Angabe
Senatsverwaltung für Kultur und Europa		
erfolgreiche Einführung des IKT-Basisdienstes Digitale Akte in der SenKultEuropa	Entsprechend des Berliner E-Government-Gesetzes §7 sollen alle Berliner Behörden ab dem 01.01.2025 ihre Akten elektronisch führen. Um die Digitale Akte erfolgreich einzuführen, müssen in der 1. Phase verschiedene Arbeitspakete bearbeitet werden, um die E-Akte-Readiness zu erlangen. Ab Frühjahr/Sommer gehen wir in die zweite Phase, die Einführungsphase, über. Um auch den steigenden Anforderungen nach IT-Sicherheit, Datenschutz und fachrechtlichen Vorgaben nachzukommen, halten wir es für sehr wichtig, dieses Projekt stark voranzutreiben und fristgerecht umzusetzen. Wir legen den Fokus hierbei auf eine offene Kommunikation und Einbeziehung aller Referate und verstehen das Projekt als Organisationsprojekt, bei dem das Akzeptanzmanagement eine große Rolle spielt. Wir erhoffen uns durch die Einführung der Digitalen Akte eine sichere, effizientere und modernere Arbeitsweise und erleichtern somit auch langfristig den Austausch unter den Behörden.	
eGo-Küf Umsetzungspaket II	Nachdem alle Funktionalitäten bis zur Ausreichung des Zuwendungsbescheides bei Projektförderungen umgesetzt wurden, sollte mit dem zweiten Umsetzungspaket die Projektbegleitenden Aspekte bis zur Abgabe des Verwendungsnachweises von Projektförderungen umgesetzt werden. Des Weiteren wurden verschiedene Automatisierungen zur Erleichterung der Benutzung und auf Basis des Feedbacks der Anwendenden integriert.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
eGo-Küf Umsetzungspaket III	Während der ersten Umsetzungspakete wurden weitere Zielinhalte für ein weiteres Umsetzungspaket gesammelt. Hierbei soll im speziellen eine Komponente für ein Controlling bei Projektförderungen umgesetzt werden. Weitere zentrale Themen sind die Nutzersteuerung sowie die Anbindung des Service Kontos Bund (Schriftformerfordernisse abbauen).	
eGo-Küf BDA Anbindung für Stipendienprogramme	Nachdem Ende 2022 das Pilot-Projekt BDA bei SenKultEuropa als klarer Fehlschlag anzusehen ist, soll im Laufe des Jahres 2023 ein neuer Versuch gestartet werden. Es sollen vor allem die Stipendienprogramme der Senatsverwaltung für Kultur und Europa zum BDA überführt werden. Voraussetzung hierfür die Behebung der technischen Schwächen des Systems sowie einiger grundlegender Aspekte wie eine Bestätigungs-Email über einen eingegangenen Antrag beim Antragstellenden. Weitere Aspekte wie die allgemeine Stabilität und das mehrmalige Zustellen von Anträgen sollten ebenfalls behoben sein.	
Geschäftsprozess Sammlungs- und Objektmanagement im Bereich der bezirklichen Museen und Archive	Gemäß §10 des EGovG Bln sind interne Verwaltungsabläufe in elektronischer Form abzuwickeln und in entsprechender Form zu gestalten. Hierbei müssen Abläufe zunächst aufgenommen und optimiert werden durch das GPM. Für die Verwaltung der in den Regionalmuseen und -archiven vorhandenen Objekte wurden die Prozesse analysiert und optimiert. In diesem Projekt geht es nun um die Implementierung einer Archiv- und Sammlungssoftware in den bezirklichen Einrichtungen. Die Arbeitsfähigkeit der Regionalmuseen wird durch eine fehlende Datenbank z.B. im Bereich der Provenienzforschung	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	eingeschränkt, weshalb dieses Vorhaben große Bedeutung innehat. Aktuell wird die Vergabe eines Dienstleistungsauftrages zur Begleitung der Beschaffung und Einführung einer Software vorbereitet.	
Aufnahme und Optimierung der Geschäftsprozesse für externe Antragsverfahren	Das Onlinezugangsgesetz, Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, sieht vor, Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Im Zuge dessen werden wir hierbei unsere Antragsverfahren zuvor prüfen und optimieren, um sie anschließend digital externen Personen anbieten zu können. Beispiele anzugehender Prozesse sind u.a.: Deutsche Künstlerhilfe beantragen, 1. Anträge auf Bescheinigungen zur Umsatzsteuerbefreiungen nach § 4 Nr. 20a UStG (künstlerische Tätigkeit) und § 4 Nr. 21 UStG (pädagogische Tätigkeit) bearbeiten, 3. Projekte von Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fördern und/oder Europaprojekte in Berlin fördern	
Kollaborations- und Digitalisierungsplattform Intrexx	Neben dem berlinweiten Intranet b-intern wird für die interne Kommunikation und zur Abbildung von Low-Code Anwendungen (Ablösung Kleinstanwendungen) sowie Microservices (z.B. Digitale Urlaubskarte) die Einführung von Intrexx projektiert. Hierbei wird auf bestehende Anwendungen diverser Senatsverwaltungen zurückgegriffen und auch gemeinsame Lösungen entwickelt.	
Basisdienst Digitale Archivierung	Nach dem ArchGB hat das Landesarchiv Berlin die Aufgabe, das Schriftgut der anbieterpflichtigen Stellen (u.a. der Berliner Verwaltung auf Senats und Bezirksebene, der Sonderbehörden, Eigenbetriebe und der landesunmittelbaren	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Stiftungen, Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts u. weitere Stellen) dauerhaft zu erhalten, für die Nachwelt zu erschließen und für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dieser Auftrag gilt sowohl für analoges als auch digitales Schriftgut. Das zu schaffende IT-basierte Verfahren einer Aussonderung, Anbietung und Bewertung und Weiterleitung von elektronischem Schriftgut wird als IKT-Basisdienst "Digitale Archivierung" bezeichnet. Es soll sich bausteinartig in die Vielfalt anderer Fachverfahren einklinken und ist seit Februar 2020 Teil der vom IKT-Architekturboard festgesetzten "IKT-Architektur für das Land Berlin". Ohne die zentrale Bereitstellung des Basisdienstes wird den genannten Stellen die gesetzlich vorgegebene Aussonderung und Anbietung der elektronischen Materialien an das Landesarchiv Berlin und damit die rechtsstaatlich gebotene Bewahrung der Dokumente nicht möglich sein.	
Denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (eDG)	Fachverfahren für die Vorgangsbearbeitung bei den Berliner Denkmalbehörden (12 Bezirke, 2 Land) Umsetzung und Fortentwicklung	
Fachverfahren eDG - Projekt KiBaDoc	Einsatz von Künstlicher Intelligenz, um die historischen digitalen Datenbestände nachträglich automatisiert zu indexieren und barrierefrei zu machen.	
Fortschreibung Denkmalfachdatenbank	Kontinuierliche inhaltliche und technische Qualifizierung und Fortschreibung der Fachdaten	
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung der geplanten Wohngeldreform	die Umsetzung des Beschlüsse der Bundesregierung im Wohngeldgesetz sind abzuwarten	Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung des geplanten zweiten Heizkostenzuschusses	die Umsetzung des Beschlüsse der Bundesregierung im Wohngeldgesetz sind abzuwarten	Keine Angabe
Anpassung des Wohngeldverfahrens zur Umsetzung der beschlossenen Verlagerung des Berlinpasses		Keine Angabe
Elektronisches Bau- und Genehmigungsverfahren (eBG)	Das eBG unterstützt die Mitarbeitenden in den Berliner Bauaufsichtsbehörden (alle 12 Bezirke und SenSBW VI BA) bei der digitalen Bearbeitung aller bauaufsichtlichen Vorgänge. Bereits seit 2011 ist die Verfahrensauskunft für die Antragsteller produktiv. Die berlinweite Auskunft- und Beteiligungs-Plattform für die elektronische Zusammenarbeit beteiligter Behörden ist bereits vorhanden und behördenübergreifende Prozesse (z.B. Übergabe von Akten) können elektronisch abgewickelt werden. Für die häufigen bauaufsichtlichen Verfahren stehen seit 01.04.2022 Antragsassistenten online bereit. Einer der nächsten Meilensteine ist die elektronische Bescheidung.	Keine Angabe
elektronische Baurechnungen	Einführung eines GPs zur Annahme, Prüfung, Verarbeitung und Zahlbarmachung von Baurechnungen unter Nutzung des X-Rechnungsstandards	Keine Angabe
elektronische Bauleitplanung, eBPlan	in Kooperation mit HH	Keine Angabe
Vorgangsbearbeitung für städtebauliche Verträge		Keine Angabe
Einführung der Berliner eAkte	entspr. Vorgaben zum E-Akte ready-Prozess	Keine Angabe
Wohngeld	Ergänzung des bestehenden eAntrags um die automat. Melderegisterauskunft mit der BKN	Keine Angabe
Bildungs- und Teilhabepaket		Keine Angabe
Wohnberechtigungsschein (WBS) u.a. wohnungswirtschaftl. Bescheinigungen		Keine Angabe

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Anträge nach dem Zweckentfremdungs-verbotsgesetz		Keine Angabe
elektron. Übersendung der Immobilienkaufverträge von Notariaten an Gutachterausschuss	rd. 30.000 Kaufverträge jährlich; Nutzung des beBPo	Keine Angabe
alle Antragsverfahren in Vorbereitung mit dem BDA		Keine Angabe
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-und Klimaschutz		
E-Friedhof	IT-Fachverfahren für die Friedhofsverwaltung	
eCities	Projekt Umsetzung eines optimierten und kundenorientierten eArtenschutz für Handels- und Nachzuchtgenehmigungen im Rahmen des Washingtoner Artenschutzabkommen (bekannt unter der Kurzform CITES: Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora	
BLUES (Berliner Lärmüberwachungssystem)	Datenbank Modul B(B) zur Bearbeitung der eingehenden Lärmbeschwerden aufbauend auf dem Fachverfahren GRIS	
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung		
Ablösung Kleinstanwendungen	Ablösung der auf MS-Office sowie MS-Access basierenden Kleinstanwendungen	
Migration Warschauer Str.	Migration/Zentralisierung der vulKT zum ITDZ. Das Vorhaben wurde bereits vor Jahren zwischen der SKzL und dem ITDZ gestartet, leider aber nicht zu Ende gebracht. Mit der Übernahme des Standortes in die Verantwortung der SenWGPG wurde in Q2/2022 ein erneuter Anlauf gestartet.	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Pakt für den ÖGD	Die Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wird seit der Covid-Pandemie als Arbeitsschwerpunkt im PF Gesundheit bearbeitet. Das Vorhaben wird mit Mitteln des Bundes gefördert.	
PrAGe	Projekt im Anti-Gewalt-Bereich, Monitoring und Datenerfassung im Anti-Gewalt-Bereich	
Krankenhausinvestitionsförderung	Kontrolle der Krankenhausinvestitionsförderung, Ablösung eines auf MS-Access basierenden Fachverfahrens, wird mit Hilfe der vom ITDZ angebotenen Lösung (Access Migrator der Firma msg) entwickelt	
eLGGB	elektronischer Bericht nach dem Landesgleichstellungsgesetz, Projekt zur Digitalisierung des LGG-Berichts	
Pflegekompetenzfeststellungsverfahren	Zugang für Pflegeschulen und Bewerberinnen und Bewerber für eine verkürzte Ausbildung zur Pflegefachassistenz	
Ticket-Tool	Zur Unterstützung der aufzubauenden Servicestelle ist die Einführung eines web-basierten Ticket-Systems vorgesehen	
VMS	Vertragsmanagementsystem mit Funktionalitäten für die Planung, Auslösung und das Controlling von Beschaffungen in den Bereichen Facility-Management und GPM/IKT/Digitalisierung	
eAkte	Einführung der digitalen Akte; das Projekt wurde unterbrochen durch den Weggang zweier Mitarbeiter der Projektleitung und seit Q2/2022 wieder aufgenommen	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe		

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
Digitale Barrierefreiheit	Verankerung der digitalen Barrierefreiheit beim Web-Auftritt, Veröffentlichungen usw., aber ebenso auch im normalen Schriftverkehr. Ein Teil des Projektes (Bereitstellung von Software für die PDF Barrierefreiheit) ist abhängig von der Unterstützung seitens der SenInnDS. Pandemiebedingte Verzögerungen.	
Digitale Dienstkräfteverwaltung	Das Projekt "Digitale Dienstkräfte-Verwaltung" wird die verschiedenen (nicht-personalakten-relevanten) Prozesse der Beschäftigung digitalisieren: vom Onboarding bis zum Ausscheiden. Insbesondere werden die bisher per eMail oder schriftlich zugewiesenen "Ressourcen" digital im Portal abgebildet: IT-Infrastruktur, -Geräte (inkl. eAkte), Telefonie, Büro-Arbeitsplatz, Raum, Türschild, Name, Vorname, Stellenzeichen, Aufgabenbeschreibung usw. Ziele: die beteiligten Stellen erhalten und verwalten die erforderlichen Informationen in einem Rollen-/Rechtemodelle in einem System .	
Ablösung von Kleinstanwendungen in den Politikfeldern Wirtschaft, Energie und Betriebe	Die Nutzung von auf MS Office basierenden Applikationen (auch als Ersatz-/ Ergänzungsfachverfahren oder Kleinstanwendungen bezeichnet) ist laut IKT-Architektur für das Land Berlin seit Juni 2021 nicht mehr zulässig. Ziel:- Koordinierung zur Ablösung der Kleinstanwendungen in anderen Senatsverwaltung und Bezirken der Politikfeldern Wirtschaft, Energie und Betriebe- Ablösung der Kleinstanwendungen und Signieren von benötigten Makros in der SenWiEnBe	
Digitalisierung "Beteiligung Beschäftigtenvertretungen"	Ziel ist es, ein einheitliches (durchgängiges) digitalisiertes Verfahren zur Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen (BeschV) in der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	und Betriebe mit Hilfe des eAkte-Systems VIS zu realisieren. Ein weiteres Ziel ist, diesen Prozess zu analysieren, zu dokumentieren und zu optimieren und darüber hinaus über einen Mustergeschäftsgang im eAkte System VIS abzubilden.	
Digitalisierung "Teilzeitantrag"	Ziel ist die Digitalisierung des in Papierform zu stellenden Teilzeitantrags. Ein IST-Prozess und die Ausgangslage ist dokumentiert, der SOLL-Prozess ist definiert. Das Projekt ruht solange die Entscheidung über das zu wählende IT-Tool zur digitalen Abbildung und Bearbeitung des Prozesses noch nicht getroffen ist	
Befreiung/Beschränkung vom Anschluss- und Benutzungszwang nach § 4 BerlBG	Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken, auf denen mehr als 150m ³ Wasser verbraucht wird, sind nach § 4 des Berliner Betriebe-Gesetzes seit Ende 2007 verpflichtet, diese Grundstücke an die öffentliche Wasserversorgung anzuschließen. Bevor bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (Wasserbehörde) ein Antrag auf Brunnenbau gestellt werden kann, muss der Antrag auf Befreiung bzw. Beschränkung des Anschluss- und Benutzungszwangs an die öffentliche Wasserversorgung Berlins und deren Benutzung von SenWEB positiv beschieden sein. Ziel ist die Digitalisierung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens	
Meistergründungsprämie	Das Land Berlin fördert mit der Meistergründungsprämie (MGP) die nachhaltige Existenzgründung von hochqualifizierten Fachkräften des Handwerks und die Unternehmensnachfolge handwerklicher Gewerbe. Das Förderverfahren wird durch die Handwerkskammer (HWK) und SenWiEnBe - IV D 2 (Gewerbliche	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Förderpolitik) durchgeführt. Ziel ist es, den Antrag der MGP für die Nutzenden online bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Bearbeitung des Antrags zu optimieren sowie zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten.	
Digitalisierung des Beschwerdemanagements der Börsenaufsicht des Landes Berlin	Ziel ist es, ein digitales und medienbruchfreies Beschwerdemanagement für die Börsenaufsicht auf dem Stadtportal Berlin.de zu implementieren und für die Nutzenden jederzeit verfügbar zu machen. Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der Datenfluss gezielt gesteuert, um für die Bearbeitung im Fachverfahren (eAkte) zur Verfügung zu stehen.	
Anonymes Hinweisgebersystem - Geldwäschaufsicht	Hamburg ist an die Bundesländer herangetreten. Es wird einen Dienstleister beauftragen zur Entwicklung eines anonymen Hinweisgebersystems, bei dem die Nachverfolgung von Daten nicht möglich ist. IP-Adresse wird z. B. nicht abgespeichert. HH hat eine Interessenabfrage an die Länder gestellt. Ggf. wird die Berliner Geldwäschaufsicht dieses System nutzen.	
Vorprojekt zur Einführung eines Customer-Relationship-Managements (CRM) in der Wirtschaftsförderung der Berliner Bezirke	Die Wirtschaftsförderungen der Berliner Bezirke sind 2019 im Rahmen einer vorbereitenden Analyse zur Digitalisierung von Geschäftsprozessen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Einführung eines Customer-Relationship-Managements (CRM) zur Optimierung und Professionalisierung der Prozesse führen würde. SenWiEnBe begleitet die Bezirke im Rahmen dieses Vorprojekts (Phase I). Ziel des Vorprojekts ist die Erarbeitung einer Entscheidungsvorlage zur Beschaffung einer geeigneten CRM-Software sowie die Erstellung eines Leitfadens und der Erarbeitung aller notwendigen Dokumente	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	für den Übergang in Phase II, der Implementierung des Fachverfahrens.	
Digitalisierung Geheimschutz in der Wirtschaft	Ziel ist es, eine Online-Sicherheitsüberprüfung für die Nutzenden bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Sicherheitsüberprüfung zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten. Der Anschluss weiterer Berliner Landesbehörden könnte zusätzliche Erkenntnisgewinne generieren, die die Zuverlässigkeit der Ergebnisse steigern würden. Durch die Online-Sicherheitsprüfung soll ein Verfahren etabliert werden, das es ermöglicht, die unterschiedlichen Beteiligten und Nutzenden von personenbezogenen Sicherheits- und Zuverlässigkeitsprüfungen insbesondere im Hinblick auf Erkenntnisse über Aspekte, die gegen eine Zuverlässigkeit sprechen, in medienbruchfreie Abläufe zu integrieren.	
Geschäftsprozessoptimierung Ordnungsämter - Teilprojekt Gewerbe	Mit dem am 10. Juni 2016 in Kraft getretenen E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln) hat der Senat eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen. Alle Behörden der Berliner Verwaltung sollen demnach ihre Verwaltungsabläufe „[...] vor Einführung der informationstechnischen Systeme unter Nutzung gängiger Methoden dokumentieren, analysieren und optimieren“ (vgl. § 10 Absatz 2 EGovG Bln). Eine vorangehende Geschäftsprozessanalyse soll somit den „Grundstein“ für die Digitalisierung der Berliner Verwaltung legen und dauerhaft etabliert werden. Gemäß Beschluss des IKT-Lenkungsrates (28/2017) liegt die federführende Zuständigkeit für die Umsetzung des E-Government-Gesetz Berlin (EGovG Bln) im Politikfeld	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Ordnungsamt bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport (heute: SenInnDS) und dem Bezirksamt Lichtenberg. Darüber hinaus besteht eine fachliche Zuständigkeit bei Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, die in die Projektarbeit und Projektorganisation jeweils themenspezifisch eingebunden ist.	
Digitalisierung der Messeplanung und Aufbau einer Informationsplattform für Außenwirtschaftsaktivitäten (Projekt AuWi-Plattform)	Die Wirtschaftsverwaltungen der Länder Berlin und Brandenburg beabsichtigen, eine gemeinsame webbasierte Datenbank und eine Informationsplattform für gemeinsame Messe- und Außenwirtschaftsaktivitäten zu entwickeln. Die Datenbank soll den bisherigen Workflow von der Erfassung relevanter Daten zu Gemeinschaftsmesseständen und weiteren Auslandsaktivitäten bis zur Erstellung von (digitalen und analogen) Publikationen effizienter gestalten und zu einer Optimierung der Datenqualität beitragen. So entsteht ein Messetool, das die Beantragung und Bearbeitung von Anträgen zum Messeplan digitalisiert, sowie eine Informationsplattform, die einen zentralen und umfassenden Überblick über die Außenwirtschaftsaktivitäten in der Hauptstadtregion bietet. Das erste Ziel des Projektes war es, eine SOLL-Konzeption (inkl. Beschreibung der Ausgangslage sowie der Workflows) für den Antragsprozess Messeplanung und die AuWi-Informationsplattform mit den Projektbeteiligten zu erarbeiten. Anschließend wurde mit allen Projektbeteiligten eine Leistungsbeschreibung inkl. einem Lastenheft erstellt, u.a. auch in Zusammenarbeit mit den IT-Referaten der beiden Wirtschaftsverwaltungen, begleitet durch eine Beratung eines externen IT-	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Dienstleisters. Aktuell werden die Vergabeunterlagen abgestimmt und finalisiert. Nach Abschluss der Ausschreibung soll die Projektimplementierung Ende 2020 mit dem Beginn der Plattformentwicklung starten. Nach einer Testphase soll die Plattform Mitte 2021 final abgenommen und live geschaltet werden, sodass die Messeplanung im kommenden Jahr digital über das Messtool erfolgen kann.	
Webportal Solarwende Berlin	Im Mai 2019 wurde unter dem Namen „Solarwende Berlin“ die neue Internetseite zur Solarenergie in Berlin in Betrieb genommen (URL: https://www.solarwende-berlin.de). Das Webportal verfolgt das Ziel der zielgruppenspezifischen Information, Kommunikation, Bildung und Beratung, Vernetzung und Kooperationen zu Solarenergie spezifischen Themen in der Hauptstadt und soll damit den Ausbau befördern. Die webgestützte Anwendung verknüpft zudem unterschiedliche bestehende und zu entwickelnde Instrumente miteinander (z.B. Internet-Solarplattform, Solardachbörse, Energieatlas). Die Seite ist so konzipiert, dass sie perspektivisch eine Unterseite einer übergeordneten „Webplattform Energiewende“ darstellen kann. Der Fokus der Internetseite liegt vorerst auf der Solarenergie, als die Erzeugungsform, welche die Energiewende in urbanen Räumen maßgeblich vorantreiben kann. Auf „Solarwende Berlin“ wird zielgruppenspezifisch über die Möglichkeiten der Nutzung von Solarenergie informiert und Wissen zum Thema Solarenergie vermittelt. Es steht ein umfangreiches Glossar zur Verfügung und die Internetseite gibt einen Überblick über	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	Gesetze und Förderangebote sowie über weitere bestehende Angebote wie z.B. Solarpotenzialkarten. Zudem beinhaltet die Seite einen eigenen Bereich des neuen Solarzentrums, sodass Nutzer*innen direkt in die Beratung überführt werden können. Interessierten Berlinerinnen und Berlinern soll der Weg zu einer eigenen Solaranlage durch neutrale Informationen und die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme erleichtert werden. Ziel ist es, die Solarwende in Berlin voranzubringen, um dazu beizutragen, die im Berliner Energiewendegesetz festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen. Perspektivisch soll das Webportal weiterentwickelt werden, z. B. soll das qualitative Monitoring des Masterplans Solarcity auf der Seite dargestellt werden. Zudem ist geplant, die Website online zu bewerben. Für größere Weiterentwicklungen, wie die Anpassung des Layouts an ein neues CD des Landes Berlin, soll es ein Nachfolgeprojekt ab 2021 geben.	
Potenzialberatung Geschäftsprozessoptimierung und Digitalisierung	Das Land Berlin gewährt kleinen und mittelständischen Unternehmen zweckgebundene Zuschüsse, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der in Berlin ansässigen Unternehmen zu sichern und zu stärken. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind kofinanziert aus Mitteln der Bund-Länder Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) oder des Landes Berlin. Gegenstand der Förderung sind Potenzialberatungen für Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, produktionsnahe Dienstleistungsgewerbe, Unternehmen der digitalen Wirtschaft und	

Vorhaben	Kurzbeschreibung	Status
	des Handwerks, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsmöglichkeit zu verbessern. Ziel ist es, den Antrag der MGP für die Nutzenden online bereit zu stellen, den verwaltungsinternen Prozess der Bearbeitung des Antrags zu optimieren sowie zu digitalisieren und ihn medienbruchfrei zu gestalten.	
eFREporter4	Weiterentwicklung der Förderbankdatenbank für den EFRE und ESF auf Basis des Client-Server-Systems eFREporter3 unter Beteiligung der BL Sachsen-Anhalt (Entwicklung), Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Das Datenbanksystem ermöglicht einen gesicherten Zugriff der in den BL beteiligten Instanzen zur Erfassung und Berichterstattung der Förderdaten.	Keine Angabe
Solargesetz Berlin - Befreiungsantrag	Nach dem Solargesetz Berlin sind Eigentümerinnen und Eigentümer von nicht-öffentlichen Gebäuden, die ab dem 1. Januar 2023 neu gebaut oder deren Dach umgebaut wird (Bestandsgebäude), mit einer Solaranlage auf dem Gebäudedach auszustatten. Neben den kraft Gesetzes geltenden Ausnahmen, besteht die Möglichkeit sich unter bestimmten Voraussetzungen von der Solarpflicht befreien zu lassen. Hierfür muss ein Antrag bei der SenWiEnBe gestellt werden. Dieser Antrag soll nach Abschluss des Projekts zukünftig online gestellt werden können.	
Solarrechner Berlin	Der Solarrechner Berlin soll die Solarpotentiale der Gebäudedachflächen darstellen sowie erste Anhaltspunkte zur Wirtschaftlichkeit einer Solaranlage geben.	

2.2.2 OZG Leistungen der Ressorts

**Quelle: ProMaP 10/22*

Die Tabelle der OZG Umsetzungen bildet die vorhandenen und in der Umsetzung befindlichen Online Angebote für die Berliner Bürgerinnen und sowie für die Wirtschaft ab. In allen Lebensbereichen sind Angebote vorhanden und werden laufend ergänzt. Parallel sind Angebote für die Krisenbewältigung mit hoher Priorität und zusätzlich umgesetzt worden.

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie	
Berufswahl Beratung	Grün
Sorgeerklärung Beurkundung	Gelb
Anerkennung einer im Ausland erfolgten Adoption eines Kindes unter 18 Jahren	Gelb geplant
Bildungsabschlüsse aus anderen Bundesländern Anerkennung	Gelb geplant
Ausübung der Personensorge und des Umgangsrechts Beratung und Unterstützung	Grün
Kindertagesstätte	Grün
Elterngeld Bewilligung	Grün
Kindesunterhalt Festsetzung im vereinfachten Verfahren	Gelb
Erziehung Beratung	Grün
sozialpädagogische Familienhilfe	Rot
Jugendhilfe im Strafverfahren	Grün
jugendgefährdende Medien Prüfung	Grün
Jugendschutz	Rot
Kinderschutz	Grün
Förderung in Kindertagespflege	Rot
Verpflichtung zur Erfüllung von Unterhaltsansprüchen Beurkundung	Gelb
allgemeinbildende Schulen	Grün
allgemeinbildende Schulen Aufnahme Grundschule	Grün
Unterhaltsvorschuss Bewilligung	Gelb
Vormundschaft	Gelb
Erklärung zur Vaterschaftsanerkennung	Rot
Erklärung zur Mutterschaftsanerkennung	Rot
Lehramtsqualifikation	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Lehramtsqualifikation Anerkennung Lehrerin oder Lehrer mit Berufsqualifikation aus dem Ausland	Grün
Senatsverwaltung für Finanzen	
Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz	Grün
Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz Auszahlung für Verdienstausschüttung sorgeberechtigter Personen	Grün
Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz Gewährung für Verdienstausschüttung sorgeberechtigter Personen	Grün
Steuerfreibeträge	Grün
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	Grün
Einkommensteuer Festsetzung	Grün
Erbsteuer Festsetzung	Grün
Gewerbesteuer Festsetzung	Grün
Grunderwerbsteuer Festsetzung	Grün
Grundsteuer Festsetzung	Gelb
Hundesteuer Abmeldung	Gelb
Hundesteuer Anmeldung	Gelb
Körperschaftsteuer	Grün
Körperschaftsteuer Festsetzung	Grün
Zweitwohnungssteuer	Grün
Steuerliche Abmeldung eines Unternehmens	Grün
Steuerliche Anmeldung eines Unternehmens	Grün
Umsatzsteuer	Grün
Umsatzsteuer - Kleinunternehmer	Grün
Umsatzsteuer Voranmeldung	Grün
Vergnügungssteuer	Grün
Kirchensteuer Festsetzung	Grün
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale	Grün
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale Änderung	Grün
Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale Einsicht gewähren	Grün
Kapitalertragsteuer	Gelb

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Steueridentifikationsnummer - Vergabe an nicht meldepflichtige Personen	Gelb
verbindliche Auskunft im Besteuerungsverfahren	Gelb
Doppelbesteuerungsabkommen Ansässigkeitsbescheinigung	Grün
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	
Auskunft aus dem Gemeinsamen Tarifregister der Länder Berlin und Brandenburg	Grün
Ausländer- und Integrationsbeauftragte - Rechtsberatung im Migrationsrecht	Rot
Schwerbehinderung - Zustimmung zur Kündigung schwerbehinderter Menschen beantragen	Gelb
Schwerbehindertenausweis	Gelb
Wertmarke auf Beiblatt zum Schwerbehindertenausweis	Gelb
Schwerbehindertenausweis - Beiblatt mit oder ohne Wertmarke beantragen	Gelb
Schwerbehinderung - Akteneinsicht	Rot
Gleichwertigkeit von Zeugnissen von Spätaussiedlern nach BVFG	Gelb
Sonderfahrdienst für behinderte Menschen	Gelb
Begleitende Hilfe im Arbeitsleben Erbringung	Gelb
Berufsanerkennung für Spätaussiedler nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG)	Rot
Vorsorgevollmacht	Gelb
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	Gelb
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)	Gelb
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII)	Gelb
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	Gelb
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Gelb
Anerkennung von Betreuungsvereinen	Gelb
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport	
Geburtsurkunde - Ausstellung	Grün

OZG Leistung		Digitalisierungsampel
	Geburtsurkunde beantragen bei Geburt im Ausland oder in einem ehemaligen deutschen Gebiet	Gelb
	Führungszeugnis	Grün
	Urkunden - Ausstellung - Eheurkunde	Grün
	Antrag auf Ausstellung einer Sterbeurkunde bei einem Sterbefall auf einem deutschen Seeschiff	Gelb
	Melderegisterauskunft in besonderen Fällen - Erteilung gegenüber Wohnungsgebern	Grün
	Meldebescheinigung beantragen	Grün
	Änderung/Wechsel der Hauptwohnung	Gelb
	Anmeldung einer Wohnung	Gelb
	Förderung gesellschaftlicher Verantwortung im und durch den Sport Bewilligung	Rot
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		
	Grundbuch-Eintragung Erbbaurecht	Gelb
	Eintragung eines Erbbaurechts an mehreren Grundstücken oder Erbbaurechten im Grundbuch	Gelb
	Grundbuch Abschrift	Gelb
	Grundbucheinsicht Gewährung	Gelb
	Grundpfandrechte im Grundbuch	Rot
	Grundpfandrechte im Grundbuch Änderung	Gelb
	Grundpfandrechte im Grundbuch Eintragung	Gelb
	Ausschlagung der Erbschaft	Rot
	Betreuer Bestellung	Gelb
	Prozesskostenhilfe	Rot
	Entschädigung von Zeugen Gewährung in strafrechtlichen Verfahren	Gelb
	Entschädigung von ehrenamtlichen Richtern	Gelb
	Maßnahmen der Zwangsvollstreckung	Gelb
	Güterichter	Rot
	Abwesenheitspfleger Bestellung	Rot
	Vergütung von Dolmetschern Gewährung	Gelb
	Vergütung von Dolmetschern Gewährung in zivilrechtlichen Verfahren	Gelb
	Vergütung von Dolmetschern Gewährung in strafrechtlichen Verfahren	Gelb

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Vergütung von Sachverständigen nach JVEG Gewährung	Gelb
Allgemeine Beeidigung von Dolmetschern	Rot
Negativbescheinigung über die Anhängigkeit eines Insolvenzverfahrens	Gelb
Handelsregister Eintragung Kommanditgesellschaft	Gelb
Handelsregister Eintragung Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	Gelb
Kosten des Insolvenzverfahrens Stundung	Rot
Kirchenaustritt	Rot
Aufnahme eines europäischen Rechtsanwalts in die Rechtsanwaltskammer Entscheidung	Rot
Rechtsangelegenheiten - Beratungshilfe	Gelb
Vereinsregister Eintragung von Änderungen der Satzung	Rot
Vereinsregister Eintragung von Vorstandsänderungen	Rot
Senatsverwaltung für Kultur und Europa	
Kulturförderung, regelmäßige für Institutionen	Rot
Kulturgutschutzgesetz - Ausfuhr von Kulturgut	Gelb
Kulturgutschutzgesetz - Ausfuhr von Kulturgut Genehmigung	Gelb
Kulturgutschutzgesetz - Vorübergehende Ausfuhr von nationalem Kulturgut	Gelb
Kulturgutschutzgesetz - Vorübergehende Ausfuhr von nationalem Kulturgut Genehmigung	Gelb
Beseitigung von Denkmalen Genehmigung	Grün
Nutzungsänderung von Denkmalen Genehmigung	Grün
Ortswechsel von Denkmalen Genehmigung	Grün
Maßnahmen in der Umgebung von Denkmalen Genehmigung	Grün
Bescheinigung zur Beantragung steuerlicher Vergünstigungen zur Erhaltung oder sinnvollen Nutzung von Baudenkmalen oder Gebäuden innerhalb von Denkmalbereichen oder geschützten Gesamtanlagen Ausstellung	Grün
Änderung von Denkmalen Genehmigung	Grün

OZG Leistung		Digitalisierungsampel
	Nachforschung zum Entdecken von Denkmalen Genehmigung	Rot
	Kulturförderung	Grün
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
	Baugenehmigung	Grün
	Baugenehmigung im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (§ 63 BauO Bln) beantragen	Grün
	Baugenehmigung – Sachstandabfrage	Grün
	Vorbescheid (§ 75 Abs. 1 BauO Bln) beantragen	Grün
	Bauvorhaben - städteplanerische und planungsrechtliche Aspekte Auskunft	Rot
	Genehmigungsfreistellung (§ 62 BauO Bln) vorlegen	Grün
	Baugenehmigung für Werbeanlagen im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (§ 63a BauO Bln) beantragen	Grün
	Wohnberechtigungsschein	Rot
	Wohngeld	Grün
	Wohngeld Änderung	Grün
	Genehmigung zur Zweckentfremdung von Wohnraum	Gelb
	Genehmigung zur Zweckentfremdung von Wohnraum Erteilung	Gelb
	Bodenrichtwert - Auskunft	Grün
	Liegenschaftskataster	Grün
	Architektenliste Eintragung	Grün
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher-und Klimaschutz		
	Gewerbliche Tierhaltung Erlaubnis	Rot
	Abfälle - Genehmigung für Sammler, Beförderer, Händler und Makler	Grün
	Baustellensicherheit	Grün
	Altlasten und Bodenschutzkataster Auskunft	Rot
	Ersatzführerschein nach Verlust/Diebstahl	Rot
	Halterauskunft zu einem Kraftfahrzeug oder Anhänger beantragen	Grün
	Halterauskunft Erteilung	Grün
	Bauart von Fahrzeugteilen Genehmigung	Rot
	Kraftfahrzeug Stilllegung	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Kraftfahrzeug Zulassung	Grün
Kraftfahrzeug Zulassung bei Halterwechsel	Grün
Kraftfahrzeug Zulassung erstmalig	Grün
Kraftfahrzeug Zulassung neu aus EU-Land	Rot
Kraftfahrzeug Zulassung wieder	Grün
Kraftfahrzeug Meldung technische Änderung	Gelb
Kraftfahrzeug Meldung Verkauf	Grün
Kraftfahrzeug Abmeldung	Rot
Kraftfahrzeug Ummeldung	Grün
Kraftfahrzeugkennzeichen Ersatz wegen Diebstahl	Rot
Kraftfahrzeugkennzeichen Ersatz wegen Unleserlichkeit	Rot
Ausfuhrkennzeichen beantragen für Neu- und Gebrauchtfahrzeuge aus dem Inland	Rot
Ausfuhrkennzeichen beantragen für eingeführte fabrikneue Fahrzeuge aus dem Ausland mit Fahrzeugbrief bzw. Zulassungsbescheinigung Teil II	Rot
Ausfuhrkennzeichen beantragen für eingeführte Gebrauchtfahrzeuge aus dem Ausland	Rot
EU-Zulassung von Lebensmittelbetrieben	Rot
Nutzungsrecht für eine Grabstelle	Rot
Bestattung	Rot
Bestattung Durchführung	Rot
Bestattung Durchführung Erdbestattung	Rot
Bestattung Durchführung Feuerbestattung	Rot
Bestattung Durchführung Seebestattung	Rot
Bestattung Durchführung Waldbestattung	Rot
Genehmigung zum Aufstellen oder Verändern von Grabmalen und anderen baulichen Anlagen auf Friedhöfen	Rot
Genehmigung zum Aufstellen oder Verändern von Grabmalen und anderen baulichen Anlagen auf Friedhöfen Erteilung	Rot
Bestattungsplatz	Rot
Bestattungsplatz Erwerb eines Nutzungsrechts	Rot
Ausnahmegenehmigung Parken Erteilung für Betriebe	Grün

OZG Leistung	Digitalisierungsampel
Sondernutzung von Straßen	Gelb
Erlaubnis zur Zucht, Haltung und zum Handel mit Tieren	Rot
Gewerbliche Tierhaltung	Rot
Hundehaltung Befreiung	Rot
Hundehaltung Befreiung vom Leinenzwang	Rot
Hundehaltung Meldung	Grün
Hundehaltung Anmeldung Kampfhund	Rot
Schutz vor Tierseuchen	Gelb
Lebensmittelsicherheit Prüfung	Rot
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung	
Keine Meldung	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	
Gewerbe der Immobilienmakler, Darlehensvermittler, Bauträger, Baubetreuer, Wohnimmobilienverwalter Anzeige nach §9 Makler- und Bauträgerverordnung	Grün
Europäischer Berufsausweis - Beantragung	Grün
Gaststättengewerbe Erlaubnis	Grün
Gaststättengewerbe Erlaubnis vorläufig	Grün
Gaststättengewerbe Gestattung	Gelb
andere Spiele mit Gewinnmöglichkeit Erlaubnis	Rot
Bewachungsgewerbe Erlaubnis	Grün
Gewerbe Abmeldung	Grün
Gewerbe Ummeldung	Grün
Gewerbe Anmeldung	Grün
Reisegewerbe Erlaubnis	Grün
Ladenöffnungszeiten	Grün
Veranstaltung eines Wanderlagers Anzeige	Gelb
Erlaubnis zur gewerbsmäßigen Schausstellung von Personen	Gelb
Erlaubnis für Immobiliendarlehensvermittler	Grün
Gewerberegisterauszug	Grün
Handwerksrolle Eintragung	Grün
Verzeichnis über die Inhaber eines Betriebs eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes Eintragung	Grün
Bescheinigung über die Eintragung in die Handwerksrolle (Handwerkskarte)	Grün

	OZG Leistung	Digitalisierungsampel
	Sicherheitsüberprüfung von Personen mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit in der Wirtschaft Durchführung für Geheimschutz	Rot

2.2.3 Fachverfahren der Berliner Verwaltung: Bestand*

**Quelle: ITBePla 11/22*

Die Bestandsverfahren der Berliner Verwaltung geben Auskunft darüber, dass in fast allen Aufgabenstellungen der Berliner Verwaltung bereits eine digitale Unterstützung/Abwicklung vorhanden ist. Dies gibt es nun weiter zu konsolidieren und weiterzuentwickeln.

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
Senatskanzlei		
Senatskanzlei	elektronische Zeiterfassung	Betrieb der elektronischen Zeiterfassung
Senatskanzlei	LaBePo - b-intern.de	Landesweites Beschäftigtenportal im Intranet der Berliner Verwaltung (b-intern.de)
Senatskanzlei	mein.Berlin.de	E-Partizipationsplattform der Berliner Verwaltung
Senatskanzlei	Adressdatenbank	Adressdatenbank der Senatskanzlei
Senatskanzlei	Berlin-Brandenburg.de	Gemeinsames Internetportal der Länder Berlin und Brandenburg
Senatskanzlei	SIDOK	Senatsinformations- und Dokumentationssystem
Senatskanzlei	Intraplan	Regierungsplanungstool
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie		
SenBJF	AVUS 32 (vorm. 2000)	Verwaltungsverfahren für die Berliner Amtsvormundschaften und Unterhaltsvorschussstellen
SenBJF	BEO L	Online Bewerbungsverfahren für die zentrale Nachsteuerung, betrifft künftige Lehrer
SenBJF	BEOintern	Bearbeitungsprogramm der Bewerbungsdaten für die Zentrale Bewerberstelle
SenBJF	BEOv	Online Bewerbungsverfahren für die Einstellung von Vertretungslehrern
SenBJF	Elterngeld/Betreuungsgeld	Berechnung und Zahlbarmachung von Eltern - und Betreuungsgeld
SenBJF	HSM	Haus-und Seminarmanager

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenBJF	ISBJ - E&D	Einrichtungen und Dienste Datenbank (Informationen zu Trägern der Jugendhilfe)
SenBJF	ISBJ - Kita	Kinder in Tagesbetreuung (Kita, Tagespflege, EFöB), Sprachstand und Portale für die Träger
SenBJF	JuGHost	Jugendgerichtshilfe - Organisation und Statistik
SenBJF	Mitarbeiterverzeichnis	tagaktuelles, internes Telefonverzeichnis mit ausgiebigen Suchmöglichkeiten
SenBJF	SAFT	Unterstützung der Bearbeitung der staatlichen Anerkennungen für Sozialberufe
SenBJF	reP3A-Sekten	statistische Erfassung von Fragen zu Einrichtungen und Gruppen am Lebenshilfemarkt
SenBJF	Sorgerecht	Deutschland-weite Kartei für Sorgerechtfestlegungen bei ausländischen Kindern
SenBJF	Stellenausschreibung - intern	Vorbereitung von Ausschreibungen für Lehrer, die auch im Internet veröffentlicht werden sollen
SenBJF	ZVK/UVK	Zentrale Vormundschaftskasse/Unterhaltsvorschusskasse
SenBJF	FAMOS	Facilitymanagement- und Inventarsoftware
SenBJF	EALS	Elektronisches Anmelde- und Leitsystem berufliche Schulen
SenBJF	BSM Magellan	Einführung der BSM Schulverwaltungssoftware Produkt Magellan
SenBJF	BMS Untis	Einführung der BSM Stundenplanprogramm Produkt UNTIS
SenBJF	BMS Untis Web	Einführung der BSM Produkt WebUNTIS
SenBJF	SoPart- Jugendbewährungshilfe	Organisation und Statistik Jugendbewährungshilfe

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenBJF	INKA-Sharepoint	Interne SharePoint-Kommunikationsplattform SenBildJugWiss
SenBJF	Abiturdaten	Erfassung statistischer Werte der Abiturjahrgänge
SenBJF	OTRS	Ticketsystem
SenBJF	ISBJ-UmA	Fachverfahren zur Verwaltung der Daten unbegleiteter minderjähriger Ausländer, dass auf der ISBJ-Plattform betrieben wird
SenBJF	EZB-Privatschuldatenbank	Administration und Ressourcenverwaltung im Privatschulbereich
SenBJF	DAS	Sichere Plattform für Abschluss-Prüfungen an deutschen Schulen im Ausland
SenBJF	LiV	Lehrer-Informations-Verfahren
Senatsverwaltung für Finanzen		
SenFin	Beteiligungsmanagement	Betriebswirtschaftliche Daten der Beteiligungsunternehmen des Landes Berlin
SenFin	KONSENS	Steuerfachverfahren
SenFin	NBR	Neues Berliner Rechnungswesen
SenFin	PuSta	Personalstrukturstatistikgesetz (PSSG)
SenFin	Schuldenverwaltung	Schulden-, Derivate- und Wertpapierverwaltung
SenFin	Bestandsverzeichnis	Zentrales Bestandsverzeichnis aller Liegenschaften (Gebäude) des Landes Berlin
SenFin	DMS/VBS SenFin	Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem in der fachlichen Ausprägung für die SenFin
SenFin	VeraDok	Bearbeitung offener Vermögensfragen im ehemaligen Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)
SenFin	LagL	Datenbankverfahren des ehemaligen LagL (Lastenausgleich)
SenFin	LAROV3DB	Widerspruchsdatenbank des ehemaligen Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen (LARoV)
SenFin	PAB.HR	Verfahren zur Auswertung und Hochrechnung von Personalausgaben

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenFin	Beschäftigtenportal	prozessorientiertes, webbasiertes Mitarbeiterportal
SenFin	E-Rec (rex mit AON)	E-Recruiting (Online Bewerbungsmanagement)
SenFin	BSDDB	Bürgerschaftsdatenbank
SenFin - LVwA	BABSY	Automatisiertes Beihilfe-ABrechnungsSYstem
SenFin - LVwA	IPV	Integrierte Personalverwaltung
SenFin - LVwA	SenFin - LVwA Stellenplattform	Stellenplattform „Berliner Stellenausschreibungen für den öffentlichen Dienst“
SenFin - LVwA	Rundschreibendatenbank	Rundschreibendatenbank des Landes Berlin
SenFin - LVwA	Formularverzeichnis	Formularserver Intranet/Formular-Center
SenFin - LVwA	Bestellservice	Online-Bestellung von Inn-Papiervordrucken
SenFin - LVwA	Versorgungsauskunft online	Versorgungsauskunft online
SenFin - LVwA	Fahrdienstmanagementsystem	Planung und Koordinierung der personenbezogenen Fahrdienstleistungen
SenFin - LVwA	KIKA	Kindergeldbearbeitung
SenFin - LVwA	EuropaDB	Europa Datenbank
SenFin - LVwA	RAV	Rentenauskunftsverfahren - Kopfstelle
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales		
SenIAS	SMS Reise / Stiewi	Reisekostenabrechnung

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenIAS	TOPqm	Erstellung von Jahresberichten gem. § 75 (3) SGB XII
SenIAS	TOPqw	Erstellung und Verwaltung von Verträgen mit Pflegeeinrichtungen
SenIAS	BERAV	Berliner AFBG-Verfahren (Fortbildungsförderung)
SenIAS	BASIS	Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach SGB XII, dem AsylbLG und dem Berliner Pflegegeldgesetz mit der Fachsoftware OPEN/ProSoz
SenIAS LAF	ASYL	Aufnahmestelle für Asylbewerber
SenIAS LaGeSo	EASY	Abfrage zur Erstverteilung von Asylbewerbern nach Länderschlüssel
SenIAS LaGeSo	EDAS/ELAN	Programm zur Erhebung der Ausgleichsabgabe / Einzug der Ausgleichsabgabe.
SenIAS LaGeSo	Ethik-Kommission-DB	Verwaltungs-SW
SenIAS LaGeSo	Fortbildungs-DB	Erfassung und Statistik der Fortbildungen der Angehörigen des LAGeSo
SenIAS LaGeSi	IFAS	Informationssystem für den Arbeitsschutz
SenIAS LaGeSo	I-Net	UserHelpDesk, Hardwareinventarisierung, Berichterstellungen
SenIAS LaGeSo	Versorgungsarchiv (KBL-Archiv-DB)	Elektronische Kartei für die Akten des Versorgungsamtes Bereich Soziales Entschädigungsrecht (SER)
SenIAS LaGeSo	KLIFD	Klientenverwaltung für Informationsfachdienste
SenIAS LaGeSo	OASIS	Online-Anwendungssystem im Schwerbehindertenrecht
SenIAS LaGeSo	GMS	Geschütztes Marktsegment
SenIAS LaGeSo	PROSID	Berechnung und Zahlbarmachung von Leistungen nach dem Sozialen Entschädigungsrecht
SenIAS LaGeSo	QBM	Qualitäts- und Beschwerde-Management
SenIAS LaGeSo	RuW (vormals REAG)	Rückkehr- und Weiterwanderung

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenIAS LaGeSo	SED UnBergG	SED-Unrechtsbereinigung
SenIAS LaGeSo	Registrierungs-DB	Erfassung von Klagen, Widersprüchen im SER- und Schwerbehindertenbereich
SenIAS LaGeSo	Regreß-DB	Regreß-Verwaltung
SenIAS LaGeSo	BULweb (ehem. BUL bzw. ZBN)	Berliner Unterbringungsleitstelle
SenIAS LaGeSo	ProSoz/K	Leistungen der Kriegsopferfürsorge
SenIAS LaGeSo	Vistra	Besucher Aufrufsystem
SenIAS LaGeSo	Siebel	Ticketsystem Berlin-Telefon
SenIAS LaGeSo	Praktikantenbörse	Praktikantenbörse
SenIASLaGe So	FAZIT	Zuwendungsbearbeitung LAGeSo, SenIAS, SenGPG, SenJVA, LAF, SenBJF
SenIAS LaGeSo	OPEN/ProSoz	Asylbewerber - Nachfolger von ProSoz/S
SenIAS LaGeSo	OSAVweb	Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht (SGB IX)
SenIAS LaGeSo	WTG-DB	Wohneteilhabe-Gesetz DB (ehem. Heimaufsicht-DB)
SenIAS LarbG	Trijus-Fach	Verwaltung der Gerichtsakten
SenIAS LaGeSo	AMS	Beschwerdemanagement
Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport		
SenInnDS	iBMS	Integriertes Bildungsmanagementsystem
SenInnDS	DiDaKat	Digitale Datensammlung im Katastrophenschutz
SenInnDS Polizei	ABAKUS	Nachverfolgung polizeilich umgesetzter Fahrzeuge
SenInnDS Polizei	BIDAVIS II	Erkennungsdienstliches Verfahren zur Fingerabdruck- und Lichtbildverarbeitung
SenInnDS	BOWI21	Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
Polizei		
SenInnDS Polizei	CASA	Computergestützte Anwendung für Sachbearbeitung und Auswertung
SenInnDS Polizei	Condition WaffenDB	Waffen- und Erlaubnisdatenbank
SenInnDS Polizei	DWH	Datawarehouse ; Generierung von Auswertungen / Statistiken polizeirelevanter Daten
SenInnDS Polizei	EPOST810	Formelle Kommunikation zwischen Pol-Dienststellen (Polizeien von Bund und Ländern)
SenInnDS Polizei	EVA	Verwaltung der Untersuchungsaufträge in der KT (elektronisches Vorgangs-Bearbeitungs-Auftragssystem)
SenInnDS Polizei	Internetwache	Empfang und Weiterleitung eingehender Internetmitteilungen. Die Internetwache ist seit 2014 eng mit POLIKS (V0248) verbunden.
SenInnDS Polizei	PELZ	Polizei Einsatzleitsystem (110 Notruf - Verarbeitung und Steuerung)
SenInnDS Polizei	POLIKS	Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung
SenInnDS Polizei	PuZMan	Personal- und Zeitmanagement (Dienstvorausplanung und -verrichtung)
SenInnDS Polizei	TKÜ	Überwachung der Telekommunikation gem. § 100 a;b StPO
SenInnDS Polizei	Veranstaltungsdatenbank	Übersicht über polizeirelevante Veranstaltungen
SenInnDS Polizei	VU-Urs	Verkehrsunfallursachen
SenInnDS Polizei	EuA	Polizeiliches Einstellungs- und Aufstiegsverfahren

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS Polizei	ZAMIK	Fuhrparkverwaltung
SenInnDS Polizei	ITSM-Tool	Vorgangsbearbeitungssystem zur Unterstützung von ITSM-Prozessen in Anlehnung an ITIL
SenInnDS Polizei	eWH Bekleidung	"elektronisches Warenhaus" für allgemeine Dienstbekleidung in Kooperation mit der ZDPol Brandenburg
SenInnDS Polizei	Funkwerkstatt	Verwaltung von Funkgeräten (auch in Kfz) und deren Reparaturen
SenInnDS Polizei	PortSecurity	DV-Verfahren zur Überwachung von Netzwerk-Ports und Zertifizierung zugelassener Hardware
SenInnDS Polizei	Technisches Analysesystem TK	Technisches System zur Analyse von Kommunikationsnetzen im Mobilfunkbereich sowie der Detektion und Lokalisierung von Mobilfunkendgeräten
SenInnDS Polizei	PolMan	Polizei Management System für Personal und Dienststellen
SenInnDS Polizei	SE-Netz	Kommunikationsmedium zum Austausch von Text- und Mediennachrichten. Einsatzkommunikations- und Unterstützungssystem (EKUS)
SenInnDS Polizei	PABS	Polizeiliche Anforderungsprofile, Beurteilungen und Statistiken
SenInnDS Polizei	FABS	Fotoabzugsbestellsoftware
SenInnDS Polizei	Widerspruch	Vorgangsverwaltung Widerspruchsbearbeitung
SenInnDS Feuerwehr	BKI	Bekleidungskammerprogramm
SenInnDS Feuerwehr	Einsatzsimulation	Schulungssoftware zur 3D-Einsatzsimulation

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS Feuerwehr	FAS	Feuerwehr Abrechnungssystem (FAS)
SenInnDS Feuerwehr	IGNIS	Einsatzsteuerung Feuerwehr
SenInnDS Feuerwehr	SNAP	Notrufannahmeprotokoll
SenInnDS Feuerwehr	MoDE	Mobile Daten-Erfassung bei Rettungsdiensteinsätzen
SenInnDS Feuerwehr	PlaSMa	Personalplanungssoftware
SenInnDS Feuerwehr	HelpLine	Inventarisierung und Ticketsystem, Webshop, Vertragsmanagement, Beschwerdemanagement sowie Werkstattsteuerung für die Abteilung Fahrzeug und Geräte
SenInnDS Feuerwehr	FIRE	mobiles Führungsunterstützungssystem via Applikation (APP)
SenInnDS Feuerwehr	ME	Mobile Einsatzberichterstattung im Bereich Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung
SenInnDS Feuerwehr	RIKS	Rettungsdienst Informations- und Kommunikationssystem
SenInnDS Feuerwehr	CommandX	Einsatz-Führungs-Unterstützungssystem für Feuerwehr und Katastrophenschutz
SenInnDS LABO	AutiSta	Standesamtssoftware / Fachverfahren
SenInnDS LABO	E-Renten	Zahlbarmachung und Auszahlung von Entschädigungsrenten nach dem BRG und PrVG
SenInnDS LABO	VOIS-EWW	Einwohnerwesen, Ausweis- und Passangelegenheiten, eID-Karte für Unionsbürger
SenInnDS LABO	FüReg	elektronisches Führerscheinregister
SenInnDS LABO	myCMDB	SW für IT-Service Management und Unterstützung der Geschäftsprozesse des Zentralen Service LABO
SenInnDS LABO	KKViewer	Karteikartenviewer für Stand I
SenInnDS LABO	ODiS I	Online-Datenbank Stand I für bundesweite Abfragen

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS LABO	NOWI	Bearbeitung von Nichtverkehrsordnungswidrigkeiten
SenInnDS LABO	ZAS	Zahlungssystem LABO (Kassenautomaten, eCash, Verfahrensanbindung)
SenInnDS LABO	KFZ-Zulassung	Fahrzeug-Zulassungsverfahren
SenInnDS LABO	BePersReg	Berliner Personenstandsregister (Registerverfahren)
SenInnDS LABO	AMS	Ordnungsamt-Online / Anliegenmanagementsystem
SenInnDS LABO	NOWI-neu	Verfahren zur Bearbeitung von nichtverkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten - Nachfolgeverfahren von NOWI
SenInnDS LABO	VOIS - PAM	VOIS - Bewohnerparkausweis
SenInnDS LABO	Online PAM	Online Bewohnerparken - Informationsregister
SenInnDS LABO	VOIS - Fusch	Beantragung von Führerscheinen im Bürgeramt
SenInnDS LABO	VOIS - BZR/GZR	Verfahren zur Beantragung von Führungszeugnissen beim Bundeszentralregister (BZR) sowie Gewerberegisterauskünften beim Gewerbezentralregister (GZR)
SenInnDS LABO	VOIS - GeKa	VOIS Gebührenkasse
SenInnDS LABO	VOIS - ERS	VOIS ehrenamtliche Richter und Schöffen
SenInnDS LABO	VOIS - Wahlen	VOIS-Verfahren zur Abwicklung und Vorbereitung von Wahlen und Abstimmereignissen
SenInnDS LABO	OLMERA	Online Melderegisterauskunft
SenInnDS LABO	OLIWA	Online Wahlscheinantrag
SenInnDS LABO	Online Wahlhelfer	Onlineverfahren zur Registrierung von Wahlhelfenden
SenInnDS LABO	Online Status Pass/PA	Online Statusabfrage Reisepass und Personalausweis

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenInnDS LABO	Online Meldebescheinigung	Online Meldebescheinigung
SenInnDS LEA	Ausländerregister	Register der in Berlin lebenden Ausländer
SenInnDS IKT	ADONIS	Geschäftsprozessmanagement
SenInnDS IKT	IT-BePla	IT Bestands- und Planungsübersicht
Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung		
SenJustVA	BALVI iP	Lebensmittel-, futtermittel- und veterinärrechtliche Überwachung von Gewerbebetrieben (vormals Hamlet 2000)
SenJustVA	ELARES	Zeiterfassungssystem
SenJustVA	JAM	JustizAktenManagement / Registratursystem
SenJustVA	Raumverwaltung	Raumverwaltung
SenJustVA	PROGRESO	Organisationsablauf der juristischen Staatsprüfungen
SenJustVA	DEPOS	Fachanwendung im gerichtlichen Hinterlegungswesen
SenJustVA	DVQK	Überwachung von Erzeugern, Großmärkten, Wochenmärkten, Lebensmittelgroß- und Einzelhandel nach Qualitäts- und Vermarktungsnormen
SenJustVA	GJPA-Portal	Verwaltung und Veröffentlichung von Fortbildungsveranstaltungen für die Mitarbeitenden des höheren Justizdienstes über ein Webportal
SenJustVA - JVA	BASIS-Web	Buchhaltungs- u. Abrechnungssystem im Strafvollzug
SenJustVA - JVA	DSMWare	Dienstplanerstellung und -abrechnung
SenJustVA - JVA	Nexus Web	Abrechnungsverfahren für die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten; Bereiche Eigen- und Unternehmerbetriebe
SenJustVA - JVA	SoPart	Verwaltungssoftware für die Sozialen Dienste der Justiz , die Führungsaufsichtsstelle sowie die Berliner Justizvollzugsanstalten

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenJustVA - JVA	VauZettchen	Verwaltungssoftware für Jugendarrestanstalten
SenJustVA - JVA	Nexus VeLiS	Verwaltungssoftware für Hauskammern in Justizvollzugsanstalten
SenJustVA - JVA	FCMS (ehemals DGL 2000)	Verwaltungssoftware für Küchen in Justizvollzugsanstalten
SenJustVA - JVA	Nexus Curator	Wissensdatenbank für ein Qualitätsmanagement mit Dokumentenlenkung in den medizinischen Bereichen des Berliner Justizvollzuges
SenJustVA - GStA	GStA-PersonalDB	Generalstaatsanwaltschaft Berlin
SenJustVA - GStA	GStA-Stellenkartei	Generalstaatsanwaltschaft Berlin
SenJustVA - GStA	Personaldatenbank StA	Personalverwaltung Staatsanwaltschaft
SenJustVA - GStA	GStA-Drittschuldner	Generalstaatsanwaltschaft Drittschuldner
SenJustVA - GStA	MESTA	Mehrländer-Staatsanwaltschafts-Automation
SenJustVA - GStA	eVerwaltungsakte	elektronische Verwaltungsakte im Bereich der Strafverfolgungsbehörden
SenJustVA - KG	AULAK	Automation Landgericht, Amtsgerichte, Kammergericht
SenJustVA - KG	AUMAV	Automatisiertes gerichtliches Mahnverfahren
SenJustVA - KG	Digitales Aktenarchiv	Digitale Archivierung von Gerichtsakten
SenJustVA - KG	HAREG/AUREG	Automation des Handelsregisters
SenJustVA - KG	SolumSTAR	Automatisiertes Grundbuch
SenJustVA - KG	AJUKA	Automatisierung der KEJ
SenJustVA - KG	EUMAV	Europäisches Mahnverfahren
SenJustVA - KG	eKP	Elektronische Kommunikationsplattform
SenJustVA - KG	eIP	Elektronisches Integrationsportal

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenJustVA - KG	e-Ausbildung	Elektronisches Ausbildungsmanagement: Elektronische Erstellung und Verwaltung von Veranstaltungen im Rahmen der Aus- und Fortbildung durch das Kammergericht für die Justiz.
SenJustVA - OVG	GOŠA	Fachverfahren Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht (VG/OVG)
SenJustVA - OVG	EDEV	Elektronische Verwaltungsakte im OVG und VG
SenJustVA - SG	EUREKAFach	Fachverfahren für Geschäftsstellen, Richter und alle übrigen Gerichtsbereiche.
Senatsverwaltung für Kultur und Europa		
SenKultEuropa	CiK	Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen
SenKultEuropa	VÖBB	Verbund der öffentlichen Bibliotheken Berlins / Bibliotheksmanagementsystem
SenKultEuropa	eGo-Küf	eGovernment für die Künstler/-innenförderung
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen		
SenSBW	HHV	Steuerung der Baukosten Hochbau
SenSBW	InWo	Integriertes Wohnungswesen
SenSBW	Korruptionsregister	Online-/Fax-Auskunft Korruptionsregister für Öffentliche Auftraggeber
SenSBW	KKG	Erschließungsbeiträge
SenSBW	ULV-Berlin	Unternehmer und Lieferantenverzeichnis für öffentliche Aufträge
SenSBW	PRISMA	Planungsraumbezogenes Informationssystem für Monitoring + Analyse
SenSBW	WoFIS	Wohnbauflächen-Informationssystem
SenSBW	AAA	AFIS, ATKIS und ALKIS (inklusive der APK)
SenSBW	eDG	elektronisches denkmalschutzrechtliches Genehmigungsverfahren

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz		
SenUMVK	eCites	elektronisches artenschutzrechtliches Genehmigungsverfahren
SenUMVK	ASYS	Abfallüberwachungssystem
SenUMVK	BBK	Bodenbelastungskataster
SenUMVK	Geodin	Geologische Schichtenverzeichnisse und Grundwasserstände
SenUMVK	GRIS	Grünflächeninformationssystem
SenUMVK	KSU Tiefbau	Baukosten- Controlling im Tiefbau
SenUMVK	Öffentliche Beleuchtung	Technische Datenbank der Leuchten und ihrer Standorte (LuxData)
SenUMVK	OWB_AKWA (KOMVOR)	Aktenmanagement Wasserbehörde
SenUMVK	Störortkataster	Störortkataster
SenUMVK	VEMAGS	Verfahrensmanagement für Großraum- und Schwerlasttransporte
SenUMVK	VISS	Verkehrsinformationssystem Straße mit Verkehrsmanagementsystem
SenUMVK	WIB (WISKI)	Wasserwirtschaftliches Infosystem Berlin
SenUMVK	Bauwerksarchiv (eBWDOK)	Bauwerksarchivierung Bestandsunterlagen
SenUMVK	BMVI-ITKO-Fachinformationssysteme-Straße	BMVI-ITKO-Fachinformationssysteme-Straßenwesen. Bund-Länderverfahren für die Unterhaltung von Landesstraßen und Ingenieurbauwerken
SenUMVK	DMIS	Bestands-, Projekt- und Störungsdaten der Lichtsignalanlagen
SenUMVK	KMRDOC	Antragsverwaltung und Ergebnisberichte zu Kampfmitteln
SenUMVK	ProForst	Forst-DB mit Planungs- und Vollzugsdaten der Berliner Forsten
SenUMVK	glforest	Waldkataster-DB mit Forsteinrichtungsdaten und Kartendaten der Berliner Forsten
SenUMVK	YADE LPlan	YADE Fachschale Landschaftsplan
SenUMVK	ZEDAL	Elektronisches Nachweisverfahren für die Entsorgung von Abfällen (Abfallbegleitscheine)
SenUMVK	TIC Landesmeldestelle	Landesmeldestelle für den Verkehrswarndienst

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenUMVK	LIS-A	Länderinformationssystem für Anlagen gemäß BImSchG
SenUMVK	KIS	Kompensationsinformationssystem - Dokumentation von festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und deren Flächen
SenUMVK	AVA (iTWO)	Ausschreibung, Vergabe, Kalkulation und Abrechnung von Bau- und Lieferleistungen mit Bauablaufsimulation, Bauablaufsteuerung und Bauleistungskontrolle (RIB-Software)
SenUMVK	EMS-Straße	systematisches, IT-gestütztes, Zustandsbasiertes Erhaltungsmanagement der Stadtstraßen
Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung		
SenWGPG	GSI	Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI) des Referates I A (Gesundheitsberichterstattung, Epidemiologie, IT-gestützte Fachinformationssysteme) der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG)
SenWGPG	KKP	Krisenpersonalpool ist eine webbasierte Matching -Plattform zur Unterstützung der Einrichtungen bei pandemiebedingte Personalengpässe.
SenWGPG	BAFÖG-Sach	BAFÖG-ADV-Sachbearbeiterverfahren
SenWGPG	BfBI 32	Beratungsstelle für Behinderte Informationssystem
SenWGPG	Dot.sys	Dokumentationssystem der Tätigkeiten von Fachkräften der Suchtprävention
SenWGPG	ESU	Dokumentation Einschulungsuntersuchungen
SenWGPG	GSI	Gesundheits- und Sozialinformations system
SenWGPG	KiPsi 32	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst Informationssystem
SenWGPG	Physiomed	Abrechnung therapeutischer Leistungen gem. § 302 SGB V

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
SenWGPG	SpDI 32	Sozialpsychiatrische Dienste Informationssystem 32 Bit
SenWGPG	BAFÖG-Haupt	BAFÖG-ADV Hauptverfahren
SenWGPG	SurvNet 3	Verfahren zum Analysieren der Erkrankungszahlen gem. Infektionsschutzgesetz
SenWGPG	Octoware TN MEDGAM	Software zur Unterstützung der Verfahrensabläufe der Zentralen medizinischen Gutachterstelle (ZMGA)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe		
SenWiEnBe	BLC	BusinessLocationCenter Standortmarketing, Investoreninformation
SenWiEnBe	Gewerbedatenbank	Gewerbedatenbank Migewa
SenWiEnBe	EUREKAplus	IT-Begleitsystem zur Verwaltung der europäischen Strukturfondsförderung ESF und EFRE im Land Berlin
SenWiEnBe	EU-DLR	EU-Dienstleistungsrichtlinie
SenWiEnBe	eAuskunft	Elektronische Auskunft zu Gewerbedaten
SenWiEnBe	StD-DB	Steuerungsdienst-Datenbank
SenWiEnBe	Projekt-Portal	sichere Portal-Lösung für die Abbildung ressort-überschreitender, Projekte mit externer, tlw. weltweiter Beteiligung
SenWiEnBe	eAkte SenWi	elektronische Aktenführung (DMS/VBS) auf Basis der vom ITDZ bereitgestellten Fachverfahrenssoftware "VIS" der Fa. PDV
SenWiEnBe	Gewerbe	Fachverfahren Gewerbe (Gewerbeüberwachung, -Statistik)
Bezirksverwaltungen		
Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf		
BA C-W	SoPart - ZeWo	SoPart - Zentrale Wohnhilfe
Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg		
BA F-K	Brath	Verwaltungsprogramm der Beratungsstelle für Hörbehinderte
BA F-K	Hogrefe TestSystem	System zur computerunterstützten Psychodiagnostik

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
BA F-K	Wahlhelfer-DB	Verzeichnis der Wahlhelfer
Bezirksamt Lichtenberg		
BA Lichtenberg	Bürgerhaushalt	Bürgerbeteiligung am Bezirkshaushalt
BA Lichtenberg	MultibaseCS3	Wildtierdatenbank
BA Lichtenberg	SC-OWI (vorm. OWA)	Fahrzeugbeseitigung
BA Lichtenberg	eRegistratur	Unterstützung des Zentralarchivs im Bezirksamt Lichtenberg
Bezirksamt Marzahn-Hellendorf		
BA M-H	Patientenaktenarchiv	Patientenaktenarchiv vor 1990 (Berlin Ost)
BA M-H	Straßenbuch	Straßenzustandsregister
Bezirksamt Neukölln		
BA Neukölln	NGA-Datenbank	Datenbank Kleingartenverwaltung, Spielplatzentwicklungsplanung, mittelfristige Finanzplanung, Grünflächendatei
BA Neukölln	VHS-IT	Verwaltungssystem für Kurse an Volkshochschulen
BA Neukölln	Liegenschaftsverwaltung	Liegenschaftsverwaltung im BA Neukölln
BA Neukölln	BKI-Kostenplaner	Baukostenermittlung von Neu-/Altbauten und Freianlagen nach DIN 276
BA Neukölln	MS-IT	Musikschul-Verwaltung
Bezirksamt Pankow		
BA Pankow	Zahlungssystem Bergmann	Kassensystem (Barkasse)
BA Pankow	Museum Plus RiA	Verwaltungs- und Archivierungsprogramm der bezirklichen Kunstsammlung, Onlinebereitstellung von Exponaten etc.
BA Pankow	pit-Sport	pit-Sport Sportstättenvergabeprogramm/-management
BA Pankow	ORCA AVA	Software für Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung und Kostenplanung von Bauleistungen (ORCA AVA)
BA Pankow	NAP	NetAlarmPro Alarmierungssoftware für Beschäftigte
Bezirksamt Reinickendorf		

Behörde	Bezeichnung	Kurzbeschreibung
BA Reinickendorf	OrLando	Friedhofs- und Krematoriumsverwaltungssoftware
Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf		
BA S-Z	Butler Behörde	Vorgangsverwaltung Betreuungsbehörde
BA S-Z	eStraße	Leitungsanfragen für Aufgrabungen im Straßenland
BA S-Z	verinice	IT-Security-Management-Tool
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg		
BA T-S	Einbürg	Einbürgerung [Access-Anwendung]
BA T-S	FuN	Fundsachen im Netz
BA T-S	OMA	Senioren Datenbank
BA T-S	RIBCon	CAD-Anwendung
Bezirksamt Treptow-Köpenick		
BA T-K	ALLRIS / ALLRISnet	Ratsinformationssystem zur Organisation und Abwicklung des Sitzungsdienstes der BVV'n in Berlin
BA T-K	Servalino HABAU	Haushaltsbasierte Bau- und Auftragsbearbeitung
BA T-K	KING	Kindergeldberechnung
BA T-K	KomVor	Vorgangsbearbeitung
<i>Keine Meldungen vom Bezirksamt Mitte und Spandau</i>		

2.3 Kooperation Berlin-Brandenburg

Die Zusammenarbeit mit Brandenburg auf dem Gebiet der Digitalisierung ist für den Berliner Senat eine Priorität. Am 11.10.2022 fand eine gemeinsame Kabinettsitzung statt, die u.a. die Möglichkeiten des digitalpolitischen Austauschs in den Blick nahm. Nach wie vor ist das Interesse beidseitig sehr groß, besonders im Rahmen der Vereinbarung zur Kooperation zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion (SGHR).

Berlin und Brandenburg werden in den Jahren 2023 und 2024 aufeinander folgend den Vorsitz der D16 (Digitalministerkonferenz) übernehmen und beabsichtigen, mit einer gemeinsamen Agenda über einen Zeitraum von zwei Jahren einen für alle Länder relevanten inhaltlichen Impuls zu geben. Die Vorbereitungen sind angelaufen.

Der Staatssekretär für Digitalisierung, Herr Dr. Kleindiek, sieht großes Potenzial in diesem Austausch unter Nachbarn und hat mit o.g. offenen Kanälen bereits eine gute Basis für fortlaufende, verwaltungsübergreifende Maßnahmen geschaffen.

3 Inhaltsteil IKT-Zukunftsbericht

Der Senat ist aufgefordert, im Rahmen der Berichterstattung zur Umsetzung des EGovG Bln einen „IKT-Zukunftsbericht“ als gesonderten Abschnitt vorzulegen. Entsprechend der Systematik im vorstehenden Bericht zum Sachstand der laufenden Digitalisierungsmaßnahmen erfolgt auch in diesem Berichtsteil eine Aufteilung nach zentralen Maßnahmen, die unmittelbar beim CDO (Skzl bzw. SenInnDS) angesiedelt sind und dezentralen Maßnahmen der Fachdigitalisierungsanstrengungen in den einzelnen Politikfeldern.

3.1 Zentrale Maßnahmen

3.1.1 Trends aus dem IT-PLR/der föderalen Zusammenarbeit

Das Land Berlin beteiligt sich aktiv an den Diskussionen und den Entwicklungen im **IT-Planungsrat**. Inhaltliche Schwerpunkte in 2022 waren dabei u.a. der Umsetzungsstand zum OZG/„OZG-Booster“, Finanzierung von EfA-Leistungen, das Vorhaben Registermodernisierung, die Weiterentwicklung der FITKO und die Einführung eines elektronischen Marktplatzes für Verwaltungsdienstleistungen.

Der IT-Planungsrat hat ferner fünf inhaltliche, mehrjährige Schwerpunktthemen für seine Arbeit identifiziert. Diese sind: Digitale Infrastruktur (v.a. Cloud-Transformation); Digitale Transformation (v.a. Digitale Kompetenzen/Aus- und Weiterbildung des eigenen Personals, Abbau gesetzlicher Hemmnisse, Standardisierung, Automatisierung); Digitale Anwendungen (v.a. Weiterentwicklung OZG, Stärkung von Nachnutzung/EfA und Kooperationen, Umsetzung SDG, föderale IT-Architektur); Datennutzung und Datenschutz (v.a. Registermodernisierung, Once-Only); Informationssicherheit.

Zudem soll die Zusammenarbeit mit den Fachministerkonferenzen aktiv verstärkt (Berlin hat in diesem Zusammenhang die fachpolitische Sprecherrolle gegenüber der Justizministerkonferenz übernommen) und die strategische Neuausrichtung des IT-Planungsrats sowie der FITKO weiterverfolgt werden.

Berlin und Brandenburg haben sich darauf verständigt, die ab Mitte 2023 bis Ende 2024 anstehende Übernahme des Vorsitzes in der „Digitalisierungsministerkonferenz (D16)“ möglichst gemeinsam zu gestalten.

Im Rahmen der Umsetzung des strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion sollen für das Handlungsfeld 6 (Digitale Transformation) in 2023 erste Vorhaben angegangen und sichtbar gemacht werden. Erste Schwerpunkte könnten aus den Bereichen Smart-City und Digitalwirtschaft kommen.

3.1.2 Umsetzung OZG / Registermodernisierung

Das Land Berlin hat im Jahr 2018 gemeinsam mit dem BMI die Federführung für das OZG-Themenfeld der „Querschnittsleistungen“ übernommen. Das Themenfeld ist durch Leistungen gekennzeichnet, die häufig als Nachweise in anderen Antragsprozessen benötigt werden, wie z.B. die Meldebescheinigung, die Geburtsurkunde oder das Führungszeugnis. Zielstellung ist es, dass sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Unternehmen den Behörden bestimmte Standardinformationen, wie zum Beispiel den Nachweis ihres Wohnortes oder ihrer Geburt, nur noch einmal mitteilen müssen.

Zu den Querschnittsleistungen gehört unter anderem auch die Entwicklung der Basiskomponente Nachweisabruf, um zukünftig verschiedene Registerabrufe über einen zentralen Service zu realisieren. Die Komponente soll verschiedene Fach- und Antragsverfahren mit verschiedenen Registern verbinden. Das Land Berlin schafft damit die Grundlage einer medienbruchfreien Nachweiserbringung für die Beantragung von Verwaltungsleistungen nach dem sog. Once-Only-Prinzip.

Die „Basiskomponente Nachweisabruf“ wird sowohl die Vorlage von Nachweisen in Verwaltungsverfahren als auch den Schriftverkehr in Papierform erheblich reduzieren. Ihre Entwicklung trägt maßgeblich zur Digitalisierung der Verwaltung bei. Die Basiskomponente Nachweisabruf soll unter Beachtung externer Projektabhängigkeiten fortwährend weiterentwickelt werden. Gleichzeitig sollen im Rahmen ihrer Entwicklung die Anforderungen für das bevorstehende Registermodernisierungsprojekt berücksichtigt werden. Ziel des Registermodernisierungsprojekts ist die Systematisierung der fragmentierten Registerlandschaft, um einen einfachen und sicheren elektronischen Datenaustausch von Verwaltungsdaten unter Einhaltung höchster Datenschutzstandards zu ermöglichen. Das Registermodernisierungsprojekt wird im Land Berlin gegenwärtig unter Berücksichtigung der föderalen Vorgaben konzeptionell vorbereitet.

Einen zentralen Punkt der OZG-Umsetzung bildet das „Einer-für-Alle“-Prinzip. Es ermöglicht die Nachnutzung digital entwickelter Verwaltungsleistungen durch andere Länder. Der Software-as-a-Service Gedanke spielt dabei eine zentrale Rolle. Im Dezember 2020 wurde ein einheitlicher Kriterienkatalog entwickelt, welcher die EfA/V-Geeignetheit einer Entwicklung definiert. Bei Einhaltung dieser Kriterien ist damit die Nachnutzung von Entwicklungen aus anderen Bundesländern grundsätzlich möglich. Über den sog. „FIT-Store“ werden betriebsbereite Leistungen zu standardisierten Vertragsbedingungen zentral eingekauft, angeboten und an Nachnutzungsinteressierte weiterverkauft. Um die von den Ländern entwickelten Leistungen anderen Ländern sukzessive bereitstellen zu können, existiert als Marktplatzlösung das Genossenschaftsmodell „GovDigital“. Erste Pilotleistungen werden Anfang 2023 zum Abruf bereitgestellt.

Die vom Land Berlin durchgeführten Projekte „Basiskomponente Nachweisabruf“ und „Digitale Meldebescheinigung“ sollen nach erfolgreichen Referenzimplementierungen entsprechend den Vorgaben des EfA-Prinzips weiterentwickelt und nach ihrer Fertigstellung allen Ländern zur Nachnutzung zur Verfügung gestellt werden.

Sonstige OZG-relevante Verwaltungsleistungen werden unter Begleitung der IKT-Steuerung durch die fachlich zuständigen Ressorts umgesetzt. Über Hilfestellungen wie ein einheitliches Projektmonitoring, Geschäftsprozessmanagement sowie letztlich durch die bereitgestellten E-Government-Basisdienste (bspw. Nutzerkonto, Payment, Basisdienst Digitaler Antrag) werden die konkret entsprechend Verantwortlichen zur OZG-konformen Umsetzung befähigt.

3.1.3 Digitale Souveränität

3.1.3.1 *Verwaltungscloud*

Berlin geht bei dem Thema Digitale Souveränität mit voran. Hierfür beteiligt sich das Land an der AG Cloud Computing des IT-Planungsrates. Die Strategie für die Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung wird hier u.a. durch die gemeinsame Weiterentwicklung der Deutschen Verwaltungscloud Strategie (DVS) geschärft. Derzeit wird hier eine Architektur für eine Cloudinfrastruktur erarbeitet, die dann im föderalen Architekturboard weiter betrachtet wird. Eine erste Machbarkeitsstudie für die DVS liegt mittlerweile vor.

Die Umsetzung dieser Strategie wird durch Maßnahmen wie die Schaffung des Cloud-Service-Portals sowie der kontinuierlichen Weiterentwicklung von Cloud-Standards befördert. Koordiniert werden diese Tätigkeiten zukünftig voraussichtlich durch die Koordinierungsstelle DVS. Die Deutsche Verwaltungscloud wird nicht zuletzt benötigt, um Dienste und Leistungen einzelner Länder gemeinsam nutzen und weiterentwickeln zu können (EfA-Leistungen).

Das Ziel Berlins ist es, die Umsetzung der DVS zu unterstützen und so im Verbund mit anderen Bundesländern und deren Dienstleistern eine leistungsfähige und digital souveräne Multi-Cloud zu etablieren. Abhängigkeiten zu großen Anbietern (Hyperscalern) sollen somit vermieden werden, ohne auf die Möglichkeiten der Cloud-Technologien (Skalierung, Geo-Redundanz, Wiederverwendung von Diensten) verzichten zu müssen.

3.1.3.2 Open Source

Für eine digital souveräne Stadt sind Open Source und offene Standards unverzichtbar. In der IKT-Architektur für die Berliner Landesverwaltung ist im Gleichklang mit den Richtlinien der Regierungspolitik für die 19. Wahlperiode die zuvor formulierte Präferenz für den Einsatz von Open Source Software noch einmal bestätigt worden. Bei jeder zukünftigen Software-Beschaffung soll nach einer Open Source-Alternative gesucht werden, die Nichtbeschaffung von Open Source muss begründet werden. Bei der Einführung von IT-Fachverfahren ist ebenfalls vorrangig Open Source-Software zu nutzen. Bei der Neuentwicklung von IT-Fachverfahren ist diese unter einer Open Source-Lizenz der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen („Public Money, Public Code“).

Im Jahr 2023 soll eine Open Source-Strategie für das Land Berlin entwickelt und verabschiedet werden. Die Open Source-Strategie soll mit ihrer fachlich spezifischen Ausrichtung direkt an die sich derzeit in Abstimmung befindliche (Dach-) Strategie „Gemeinsam Digital:Berlin“ anknüpfen.

Das Ziel eines digital-souveränen IKT-Arbeitsplatzes für die Berliner Verwaltung plant Berlin mit der Entwicklung eines zentralen IKT-Arbeitsplatzes auf Basis von Open Source Software („BerlinPC Open Source“) in den nächsten Jahren zu erreichen.

Im Mai 2022 hat das Land Berlin, vertreten durch den Chief Digital Officer und Staatssekretär für Digitales und Verwaltungsmodernisierung, die gemeinsame Absichtserklärung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und der Länder zur Etablierung des Zentrums für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) unterzeichnet. Das Zentrum soll als Bindeglied zwischen Öffentlicher Verwaltung und den Akteuren des Open-Source-Software-Ökosystems fungieren, Anforderungen der Öffentlichen Verwaltung aufnehmen und diese in das Open-Source-Software-Ökosystems kommunizieren.

Darüber hinaus wird beim ITDZ Berlin ein „Open-Source Kompetenzzentrums (OSK)“ etabliert. Ziel ist, einen zentralen Kompetenzpool für Open Source als Service-Angebot für die Verwaltung im Land Berlin zur Verfügung zu stellen.

3.1.4 Datenmanagement/Open Data/Datahub

Die gesetzlichen Grundlagen für die Bereitstellung von Open Data der Berliner Verwaltung existieren in §13 des E-Government Gesetzes und der dazugehörigen Open-Data-Verordnung.

Mit dem Open-Data-Portal des Landes Berlin daten.berlin.de besteht die technische Infrastruktur für einen zentralen Zugang zu den offenen Verwaltungsdaten. Das Open-

Data-Portal hat mittlerweile über 3.000 Datensätze aus 22 Kategorien und 67 Anwendungsbeispiele aus Verwaltung und Wirtschaft.

Die Open-Data-Strategie wird aktuell weiterentwickelt und im ersten Quartal 2023 in den Senat eingebracht.

Ebenso sollen Daten in Fünf-Sterne-Qualität, also Linked Open Data, auf dem Open-Data-Portal zur Verfügung stehen, die per *Uniform Resource Identifier* (URI) identifiziert sind und darüber direkt per HTTP abgerufen werden können und ebenfalls per URI auf andere Daten verweisen. Ebenso sollen Kerndatensätze aus zehn Kategorien von Stadtentwicklung und Wohnen bis Umwelt, Verkehr und Wirtschaft auf dem Open-Data-Portal veröffentlicht und Ihr Nutzen für die Allgemeinheit mit Visualisierungen und Dashboards dargestellt werden.

Eine gemeinsame Datenplattform ist ein unabdingbarer und wichtiger Baustein für das Berliner Datenmanagement. Verschiedene Datenplattformen des Landes Berlin sollen daher über Schnittstellen an die gemeinsame Datenplattform angebunden werden. Upload- und Downloadprozesse in der Datenplattform sollen möglichst niedrighschwellig funktionieren. Für die Weiterentwicklung des Konzepts einer gemeinsamen Datenmanagementplattform soll eine gemeinsame Infrastruktur, die entsprechenden Ressourcen, eindeutige Verantwortlichkeiten und die erforderlichen Kompetenzen regelt, konkretisiert werden. Der Data Hub soll von Anfang an darauf ausgerichtet sein, verknüpfte Datensätze im Sinne von Linked Open Data zu hosten und auch eine Cloud Umgebung zur internen Speicherung von Daten haben. Über eine Schnittstelle vom Data Hub zum Open-Data-Portal solle eine automatische Veröffentlichung von Datensätzen gewährleistet werden.

3.1.5 Nachhaltige und sozialverträgliche Beschaffung der Berliner IT-Hardware

Um das vom Land Berlin verfolgte Ziel einer klimaneutralen Stadt bis 2050 zu erreichen, leistet auch das ITDZ Berlin mit Hilfe seines Nachhaltigkeitsmanagements einen Beitrag zu mehr sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit der Digitalisierung.

Das ITDZ Berlin orientiert seine Nachhaltigkeitsstrategie an den Empfehlungen der DIN ISO 26.000 des Bundesamtes für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und beachtet die Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable Development Goals). Erstmals 2018 hat das ITDZ Berlin einen Bericht nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) verfasst und auf der dortigen Plattform veröffentlicht.

Im Rahmen der Risikoabschätzung der Geschäftstätigkeit für natürliche Ressourcen ist der Gesamtenergieverbrauch des ITDZ Berlin eines der wesentlichen Handlungsfelder zur Nachhaltigkeit.

Bedeutende Energieeffizienzsteigerungen werden vor allem in den beiden Rechenzentren des IT-Dienstleisters erreicht. Einen wesentlichen Hebel stellt dabei die Virtualisierung der Serversysteme, also das Umstellen der physikalischen Server auf modernste Cloud-Technologie dar. Neben dem Einsatz neuer leistungsstarker IT-Hardware sorgen vor allem eine Reduzierung der Heizwärmeleistungen und eine Anpassung der Klimaanlage für Erfolge im Energiemanagement.

Der Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit findet im ITDZ im Rahmen von Diversity bei der Beteiligung von Anspruchsgruppen, Chancengleichheit, bei der Qualifizierung und im Gesundheitsmanagement Beachtung. Dazu gehört auch der Frauenförderplan des ITDZ Berlin, der ein wichtiges Instrument ist, um Unterrepräsentanzen abzubauen und Chancengleichheit herzustellen. So sind Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen unter Betrachtung des Status quo zu erkennen und aufzugreifen, sowie die Attraktivität des Arbeitgebers durch interessante Angebote der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufzubauen und aufrechtzuhalten. Um dem Diversity-Bestreben Ausdruck zu verleihen, hat sich das ITDZ Berlin der „Charta der Vielfalt“ verpflichtet.

Vor dem Kontext der oft sehr langen Wertschöpfungsketten werden alle Verarbeitungsstufen auf die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien überprüft. Aus den vom ITDZ Berlin auszustattenden Institutionen ergibt sich eine große Beschaffungsmenge, die im Sinne der Nachhaltigkeit für Berlin eine große Auswirkung bedeuten kann. Hohe Stückzahlen, beispielsweise der fair produzierten Nager IT Maus, machen einen erheblichen Unterschied für Unternehmen, die versuchen möglichst nachhaltig zu produzieren, und werden damit in ihren Bemühungen unterstützt.

Im Rahmen der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen werden Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) und die Verwaltungsvorschrift für „Beschaffung und Umwelt“ (VwVBU) im ITDZ Berlin präzise beachtet. Alle Aufträge werden mit einer ergänzenden Vertragsbedingung versehen, die die Auftragnehmer verpflichtet, die Aufträge gemäß den Leistungsbeschreibungen ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter bestmöglicher Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen oder hergestellt worden sind.

Die Maßnahmen zur Nachhaltigkeit und sozialverträgliche Beschaffung der IT-Hardware durch das IT-Dienstleistungszentrum werden konsequent fortgeführt.

3.1.6 KI

Künstliche Intelligenz (KI) ist seit langem ein vieldiskutiertes Thema. Die EU-Kommission hat ein Paket zu Künstlicher Intelligenz (KI-Paket) vorgelegt, das einerseits die Entwicklung von KI und die innovative Nutzung durch die europäischen Verwaltungen fördern sowie andererseits potentielle Risiken in den Blick nehmen soll. Die Umsetzung von nationalen

KI-Strategien soll damit vorangetrieben werden. Mit der Fortschreibung der deutschen KI-Strategie im Dezember 2020 hat die Bundesregierung ihre Umsetzungsmaßnahmen an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

In der Berliner Verwaltung werden bisher nur vereinzelt Systeme eingesetzt, die als künstlich intelligent bezeichnet werden könnten. Hinzu kommt, dass bisher keine einzelne Federführung für den Bereich KI festgelegt ist. Für den Fall der verfahrensabhängigen IKT (IT-Fachverfahren) ist die jeweilige politikfeldverantwortliche Senatsverwaltung zuständig.

3.1.7 Digitaler Zwilling

Ein Digitaler Zwilling ist kein Selbstzweck, sondern ein digitales Abbild der Wirklichkeit, das Informationen weitergibt, zum Beispiel den Bau, die Instandsetzung oder Sanierung von Gebäuden erleichtern. Durch eine smarte Steuerung der Kreisläufe können – je nach Ausgangslage – zwischen 10 bis 30 Prozent der Ressourcen eingespart werden. Auch kann der Digitale Zwilling Strom- oder Energieversorgung monitoren und Störungen in Echtzeit und mit genauer Ortsangabe melden. Es können nicht nur elektronische Bestandteile digitalisiert werden, sondern damit sind auch Fensterflächen abzubilden und beispielsweise deren kontinuierliche Pflege, den Rückbau oder eine Wiederverwendung besser zu organisieren, ist möglich und sinnvoll, wenn es sich um komplexe Bauwerke mit erheblichen Flächen und Stückzahlen handelt.

Mittlerweile gibt es auch erste Standards beispielsweise für die Bemusterung und Beschreibung von Bauteilen, sodass das Risiko gering ist, als Early-Adaptor Pionierarbeit zu leisten und Schnittstellen zu schaffen, die später nicht mehr kompatibel sind.

Als Teil der Umsetzung des Digitalen Zwillings von Berlin wird eine technologische Plattform für praktische Anwendungen beispielsweise für den

- Hochbau/Tiefbau,
- Verkehrsinformationssysteme,
- Schulwege,
- private/öffentliche Ladeinfrastruktur und
- Portal für Versorgungsanschlüsse

angestrebt.

Das entsprechende Projekt wird im Q3 2022 durch die Stabsstelle GD:B verortet.

Mit dem Thema Digitaler Zwilling hat sich auch die Technologiestiftung Berlin beschäftigt. In Berlin gibt es erste Digitale Zwillinge, zum Beispiel von der Rudolf-Wisell-Brücke, deren Konstruktion und Bauteile vor der Sanierung digital erfasst wurden und Planung und Durchführung der Maßnahmen erleichtern werden.

Trotz des hohen Nutzens eines Digitalen Zwillings setzt sich die Digitalisierung im Gebäudebereich nicht so schnell durch, wie das zu erwarten wäre. Eine Umkehrung dieses Trends ist für 2023 wünschenswert, allerdings nicht umgehend zu erwarten.

3.1.8 Zusammenarbeit mit GovTechCampus, CityLAB

In Berlin wurde jüngst der GovTechCampus Deutschland eröffnet, ein Innovationshub, der Fachkräfte der Digitalisierung aus dem privaten wie dem öffentlichen Sektor zusammenbringt – aber auch Akteure aus diversen Tech-Communities (z.B. Open Source), des Beschaffungswesens und der Zivilgesellschaft. Das Land Berlin ist jüngst als Mitglied Teil dieses Vorhabens geworden, das künftig als Leuchtturm bei der Verwaltungsmodernisierung gelten soll. Erste Termine haben in dem Gebäudekomplex stattgefunden, weitere Veranstaltungen sind für das neue Jahr geplant. Die Tätigkeiten rund um den Campus werden zwischen Bund (BMI), Ländern sowie Kommunen koordiniert. Weitere Standorteröffnungen in anderen Bundesländern sollen folgen.

Das CityLAB Berlin ist das städtische Innovationslabor und wird in dieser Rolle vor allem auch im Bereich der Digitalisierung tätig. Maßgeblich war das CityLAB auch beim Erstellen des Strategiepapiers „Gemeinsam Digital: Berlin“ der Senatskanzlei beteiligt. Es gilt für die Zukunft, den Innovationsgeist des CityLAB auch vermehrt bei Projekten der Verwaltungsmodernisierung unter Federführung von SenInnDS miteinzubinden. Begünstigt wird dieses Vorhaben durch das neue Selbstverständnis der Technologiestiftung Berlin, die die Steuerung des CityLAB verantwortet.

3.2 Dezentrale Maßnahmen / Fachdigitalisierung

Die im vorstehenden Abschnitt beschriebenen zentralen Handlungsfelder stellen auch organisatorische und technische Herausforderungen für die Digitalisierungsverantwortlichen der einzelnen Politikfelder dar. Neben den fachlich getriebenen Handlungsbedarfen für die Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen (hier fließen natürlich die Aspekte der OZG-Umsetzung und der Registermodernisierung jeweils unmittelbar ein) sind es gerade Themen wie die passgenaue Cloud-Strategie für das Land Berlin sowie die zentralen digitalstrategischen Themenfelder zu OpenSource und zur OneDevice-Ausrichtung, die die Entwicklung der Fachdigitalisierung bestimmen werden.

Eine weitergehende Betrachtung soll mit dem Bericht zum 01.03.2023 erfolgen.